

Fachinformationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland

**Schriftliche Arbeit im Hauptfach Politikwissenschaft
zur Erlangung des B.A.-Abschlusses (Bachelor of Arts)
an der FernUniversität Hagen**

**von
Monica Broschard**

Stand: 05.06.2001

URL: <ftp://ftp.zew.de/mbr/polba-fip2001.pdf>

E-Mail: broschard@zew.de

FernUniversität - Gesamthochschule Hagen
Institut für Politikwissenschaft
LG Politikfeldanalyse und Verwaltungswissenschaft
Prof. Dr. Roland Czada

Betreuer: Priv. Doz. Dr. Jörg Bogumil

Danksagung

Zahlreiche Personen haben durch Anregungen, Kritik, Vermittlung wichtiger Informationen und persönliche Unterstützung zum Entstehen dieser Bachelor-Arbeit beigetragen. Ihnen allen gilt mein herzlicher Dank!

Besonders danken möchte ich

- Herrn Dr. Jürgen Lorenz (Gesamtbetriebsrat des Fachinformationszentrums Karlsruhe) für die unermüdliche Weitergabe von Informationen, durch die ich einen tieferen Einblick in die Situation der Fachinformationszentren und das Agieren des zuständigen BMBF-Referates erhielt
- Herrn Richard Sietmann (Fachjournalist) für seine Informationen und offenen Worte zum Thema der Arbeit
- Frau Dipl.-Bibl. Sabine Staf für ihre kritischen Anmerkungen in der Anfangsphase der Arbeit und die Hinweise zum deutschen Bibliothekswesen
- Herrn Dr. Karl A. Stroetmann (ehemaliger Leiter des IZ Sozialwissenschaften in Köln) für den informativen Mailkontakt und das Überlassen von umfangreichem Material aus seinem privaten Archiv
- den Mitarbeitern der "Tauss-Gruppe" um Herrn Jörg Tauss (MdB), insbesondere Herrn Nermin Fazlic und Herrn Johannes Kollbeck für die Vermittlung von Ansprechpartnern und hilfreichen Informationen
- sowie denjenigen Einrichtungen, die mich unbürokratisch, schnell und – für Studenten ebenfalls wichtig – kostenlos durch die Zusendung von Arbeitspapieren, Aufsatzkopien und umfangreichen Dokumenten unterstützten. Hervorzuheben sind hier insbesondere der Wissenschaftsrat, der Bundesrechnungshof, die DGI (Deutsche Gesellschaft für Informationswissenschaft und Informationspraxis) – mein besonderer Dank gilt dabei Frau Andrea Voos für Ihre Bemühungen –, die GMD (Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung) sowie der Herausgeber und Redakteur der Zeitschrift Password, Herr Dr. Willi Bredemeier.

Ein ganz herzliches Dankeschön richtet sich ebenfalls an meine beiden Studienkolleginnen, Frau Marion Beer-Stief M.A. und Frau Ilja Schwarzhaupt, die mir mit fachlichen Anregungen, "moralischer Unterstützung" und zum Schluß mit einer äußerst kritischen Durchsicht des Manuskripts einen sehr großen Freundschaftsdienst erwiesen.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit des Bachelor-Abschlusses auch nutzen, um mich bei zwei Dozenten der Universität Mannheim – dort hatte ich die Zwischenprüfung in Politikwissenschaft abgelegt – zu bedanken. Ihre Unterstützung bezog sich zwar nicht unmittelbar auf die vorliegende Arbeit. Ich danke jedoch Herrn Dr. André Kaiser und Herrn Dr. Thomas Zittel ganz herzlich dafür, daß sie auch dann noch ein offenes Ohr für meine Fragen hatten, als ich das Studium bereits an der FernUniversität Hagen fortsetzte und nicht mehr Studentin der Universität Mannheim war. Ihre Anregungen und die unmittelbare Ansprechbarkeit waren für mich besonders in der Anfangsphase des Fernstudiums und vor einigen Prüfungen eine wertvolle Hilfe.

Inhaltsverzeichnis

1	Gegenstand und Aufbau der Arbeit	1
2	Begriffsbestimmung	4
2.1	Fachinformation (FI)	4
2.1.1	Bedeutung der Fachinformation	6
2.1.2	Informationsinfrastruktur	7
2.1.3	Träger von Fachinformation in der BRD	8
2.2	Fachinformationspolitik (FIP)	11
2.2.1	Aspekte der Fachinformationspolitik	12
2.2.2	Staatliche Programme als zentrales Element der Fachinformationspolitik	13
2.2.3	Akteure der Fachinformationspolitik	15
2.2.4	Konfliktlinie: Staat oder Markt?	18
3	Entwicklung der Fachinformationsprogramme	20
3.1	Ausgangssituation	20
3.2	Etappen auf dem Weg zum IuD-Programm von 1974	21
3.2.1	Erstes Gutachten des Bundesrechnungshofes von 1962	21
3.2.2	Erste staatliche Koordinierungsmaßnahmen	22
3.2.3	Konzeptionen der Bundesregierung zur zukünftigen IuD-Politik	23
3.2.4	Planung eines Informationsbankensystems	24
3.3	Das erste Förderprogramm der Bundesregierung: IuD-Programm 1974 – 1977	25
3.3.1	Ziele, geplante Maßnahmen und Finanzierung	25
3.3.1.1	Strukturkonzept	26
3.3.1.1.1	Fachinformationssysteme	26
3.3.1.1.2	Informationsinfrastruktur	27
3.3.1.2	Aktionsprogramm	28
3.3.2	Realisierung und Kritik	28
3.4	Neuorientierung auf dem Weg zum Fachinformationsprogramm von 1985	30
3.4.1	Leistungsplan Fachinformation des BMFT für 1982 – 1984	31
3.4.2	Zweites Gutachten des Bundesrechnungshofes von 1983	31
3.5	Das zweite Förderprogramm der Bundesregierung: Fachinformationsprogramm 1985 – 1988	33
3.5.1	Ziele, geplante Maßnahmen und Finanzierung	33
3.5.2	Realisierung und Kritik	35
3.5.2.1	Die Chemiedatenbanken Beilstein und Gmelin	36
3.5.2.2	Die Auflösung der zentralen Infrastruktureinrichtung GID	36
3.6	Das dritte Förderprogramm der Bundesregierung: Fachinformationsprogramm 1990 – 1994	37
3.6.1	Ziele, geplante Maßnahmen und Finanzierung	37
3.6.2	Realisierung und Kritik	38
3.7	Das vierte Förderprogramm der Bundesregierung: Information als Rohstoff 1996 – 2000	39
3.7.1	Ziele, geplante Maßnahmen und Finanzierung	40
3.7.2	Realisierung und Kritik	41
3.7.2.1	Subito	41
3.7.2.2	Privatisierung der Fachinformationszentren	42

4 Gesamtbetrachtung und Ausblick	43
4.1 Defizite der Fachinformationsprogramme.....	44
4.2 Neuorientierung.....	47
4.2.1 "Eckwerte-Papier".....	47
4.2.2 Heutige Situation der Fachinformationszentren.....	49
4.2.3 Strategiekonzept "Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information"	51
5 Fazit	52
6 Anhang	56
7 Abkürzungsverzeichnis	57
8 Literaturverzeichnis	58

1 Gegenstand und Aufbau der Arbeit

Das Politikfeld der Fachinformation stellt eines der Kernelemente der modernen Informations- und Wissensgesellschaft dar. Die deutsche Fachinformationspolitik trug diesem Umstand seit Anfang der 70er Jahre durch eine *"bemerkenswerte Kontinuität bei der Förderung [...] des Fachinformationsgebietes"* [Tauss 1999, S. 490] Rechnung und formulierte dafür nacheinander mehrere staatliche Programme.

Vor diesem Hintergrund ist es allerdings erstaunlich, daß die Fachinformationspolitik trotz ihrer politischen und gesellschaftlichen Relevanz in der deutschen Politikwissenschaft bisher nahezu unbeachtet blieb. Wie bei einigen informellen Gesprächen im Vorfeld dieser Bachelor-Arbeit zu erfahren war, besteht jedoch seitens der politischen Praxis durchaus Bedarf an einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Politikfeld. Es existiert jedoch noch keine Arbeit, die sich ausführlicher mit der Entwicklung aller bisherigen staatlichen Fachinformationsprogramme befaßt. Insbesondere auch im Hinblick auf die derzeit laufende Studie zum geplanten Strategiekonzept¹ "Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information", welches eine Basis für die weitere programmatische Entwicklung der Fachinformationspolitik bilden soll, erscheint es daher wichtig zu wissen, "worauf" man mit einer möglichen Fortsetzung der staatlichen Förderprogramme letztlich aufbaut.

Eingang in die wissenschaftliche Literatur fand die Entwicklung der Fachinformationsprogramme jedoch bisher lediglich in begrenztem Umfang, und zwar meist nicht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, durch politikwissenschaftliche, sondern vielmehr durch informationswissenschaftliche Untersuchungen, wie z.B. einer Diplom-Arbeit aus dem Jahr 1992 [Hahn 1992]. Diese befaßte sich aber aufgrund ihres Entstehungszeitpunktes v.a. mit den ersten beiden Programmen der Bundesregierung und konnte das Fachinformationsprogramm von 1990 nur am Rande sowie das jüngste Informationsprogramm von 1996 überhaupt nicht in die Analyse einbeziehen.

Eine Gesamtbetrachtung der deutschen Fachinformationspolitik bzw. der Entwicklung aller entsprechenden Förderprogramme erscheint allerdings auch aufgrund der Tatsache angebracht, daß sich dieses Politikfeld bisher als relativ diffus darstellt. Beispielsweise finden sich in der Literatur über die Fachinformationsprogramme v.a. – abgesehen von einzelnen Gutachten und den Evaluationsstudien durch Unternehmensberatungen zu bestimmten Programmen – etwas überspitzt formuliert einerseits "Lobeshymnen" der zuständigen Ministerialbürokratie und andererseits "Verrisse" durch die Betroffenen, durch nicht unmittelbar beteiligte Wissenschaftler sowie durch Fachjournalisten. Die mangelhafte Trans-

¹ S. Kap. 4.2.3, S. 51.

parenz dieses Politikbereiches zeigte sich bisher auch darin, daß aus dem zuständigen Referat des Forschungsministeriums in den letzten 20 Jahren nur in geringem Maße Informationen über dessen Tätigkeit an die Öffentlichkeit drangen. Selbst bei konkreten Informationsersuchen für diese Bachelor-Arbeit wurden nur zögerliche, teilweise sehr allgemeine Auskünfte erteilt.² Problematisch ist jedoch nicht nur die geringe Öffentlichkeitsarbeit auf der politischen Ebene. Ein grundlegendes Problem im Politikfeld der Fachinformation bilden vielmehr auch die sprachlichen Ungenauigkeiten, die unterschiedlichen Begriffsdefinitionen sowie die uneinheitlichen Systematiken,³ die es teilweise auch dem "Insider" erschweren, dieses Feld vollständig zu überblicken.

Das Ziel dieser Bachelor-Arbeit ist es daher, ein wenig "Licht in das Dunkel der Fachinformationspolitik" zu bringen. Ausgehend von der Erkenntnis, daß nach Héritier die Policy-Analyse "*einerseits beschreibend-erklärend* [Hervorh. i. O.], *andererseits beratend* [Hervorh. i. O.] *orientiert*" ist [Windhoff-Héritier 1987, S. 8], soll nachfolgend ein erster Versuch unternommen werden, die Entwicklung der deutschen Fachinformationspolitik von den Anfängen bis zur Gegenwart deskriptiv zu erschließen und mit dieser Aufarbeitung eine mögliche Ausgangsbasis für die Politikberatung zu schaffen.

Zu den zentralen Fragestellungen dieser Arbeit gehört daher zunächst die Klärung der Begriffe, d.h. die Frage, was überhaupt unter Fachinformation (Kap. 2.1) und was unter Fachinformationspolitik (Kap. 2.2) zu verstehen ist, wer die Beteiligten, d.h. die Akteure und die Adressaten sind (Kap. 2.1.3 und Kap. 2.2.3) und in welcher Form sich Fachinformationspolitik in der Bundesrepublik hauptsächlich artikuliert (Kap. 2.2.2). Außerdem soll das Konfliktpotential, das sich in diesem Politikfeld immer wieder aus dem Verhältnis von Staat und Privatwirtschaft ergibt, kurz skizziert werden (Kap. 2.2.4). Dem vorgegebenen Umfang dieser Arbeit entsprechend konzentrieren sich die weiteren Erläuterungen dann im Hauptteil (Kap. 3) in erster Linie auf den sogenannten "Output" der Politikformulierung,⁴ d.h. insbesondere auf die für die Fachinformationspolitik relevanten Förderprogramme der Bundesregierung. Denn anhand dieser Programme kann gezeigt werden, in welchen Etappen sich die deutsche Fachinformationspolitik entwickelt hat. Das Ziel dieser Arbeit ist also keineswegs eine Evaluierung der gesamten Fachinformationspolitik⁵ im Sinne einer Analyse des

² S. Fußnote 26, S. 16.

³ Beispielsweise wurde das Fachinformationssystem (FIS) Elektrotechnik im IuD-Programm von 1974 (s. Kap. 3.3, S. 25) an fünfter Stelle genannt, in der Sekundärliteratur später jedoch als FIS 16 bezeichnet. Auch was aus dem Berliner FIZ Werkstoffe wurde, das nach seiner Gründung im Jahr 1984 bereits im Zwischenbericht zum Fachinformationsprogramm von 1990 nicht mehr als geförderte Einrichtung ersichtlich ist, konnte nicht direkt aus der Literatur, sondern nur durch persönliche Nachfrage bei der DGI (Deutsche Gesellschaft für Informationswissenschaft und Informationspraxis e.V.) ermittelt werden.

⁴ S. Kap. 2.2.2, S. 13 sowie [Jann 1983, S. 46 f.].

⁵ Als Beispiele für Evaluationsstudien zu einzelnen Programmen können die Kienbaum-Studie zum Fachinformationsprogramm von 1985-88 [Kienbaum 1988] sowie die Studie von GIB und Prognos zum Fachinformationsprogramm von 1990-94 [GIB 1995] genannt werden.

"Outcome",⁶ d.h. der Ergebnisse und Auswirkungen der staatlichen Aktivitäten auf sämtliche Betroffenen bzw. den Zustand des gesamten Politikfeldes. Vielmehr soll grundlegend dargestellt werden, "worum" es der deutschen Fachinformationspolitik bisher eigentlich ging und welche Richtungen sie eingeschlagen hat. Zum Verständnis der Entwicklung wird daher zunächst ausführlich die Ausgangslage für die staatlichen Programme in der BRD erläutert (Kap. 3.1 und 3.2). Die Arbeit geht außerdem auf Rahmenbedingungen der Fachinformationspolitik ein (Gutachten, wirtschaftspolitische Veränderungen) und behandelt insbesondere die expliziten und impliziten Ziele der einzelnen Förderprogramme sowie deren geplante Maßnahmen. Um Anreize für eine Diskussion über die zukünftige Gestaltung der nationalen Fachinformationspolitik zu bieten, werden schließlich bei den einzelnen Programmen in den Kapiteln zur "Realisierung und Kritik" Beispiele für positiv sowie negativ bewertete Resultate aufgezeigt und im Kapitel "Defizite der Fachinformationsprogramme" (Kap. 4.1) die kritischen Stimmen zur bisherigen Entwicklung der gesamten Fachinformationspolitik zusammengefaßt. Denn diese Beispiele sollen insbesondere darauf hinweisen, mit welchen Problemen die deutsche Fachinformationspolitik verbunden war und mit welchen sie sich zum Teil heute noch auseinandersetzen muß. Als Ausblick sollen dann noch einige Hinweise darauf gegeben werden, inwiefern sich seit dem Regierungswechsel im Jahr 1998 eine Trendwende bzw. Neuorientierung in der Fachinformationspolitik andeutet (Kap. 4.2).

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß sich die Ausführungen dieser Arbeit, sofern nicht anders angegeben, insbesondere auf folgende Primärquellen stützen:

- staatliche Förderprogramme:
 - luD-Programm 1974 – 1977 [BMFT 1975⁷],
 - BMFT-Leistungsplan Fachinformation 1982 – 1984 [BMFT 1982],
 - Fachinformationsprogramm 1985 – 1988 [BMFT 1985],
 - Fachinformationsprogramm 1990 – 1994 [BMFT 1990],
 - Programm der Bundesregierung 1996 – 2000 [BMBF 1996]
- Gutachten und offizielle Stellungnahmen:
 - Gutachten des Bundesrechnungshofes von 1962 [BRH 1962],
 - Gutachten des Bundesrechnungshofes von 1983 [BRH 1983],
 - Stellungnahme der Bundesregierung zum Gutachten des Bundesrechnungshofes von 1983 [BMFT 1983],
 - Zwischenbilanz 1992 zum Fachinformationsprogramm 1990 – 1994 [BMFT 1992],
 - Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur GID⁸ von 1984 [Wissenschaftsrat 1984],

⁶ S. Fußnote 4.

⁷ Das Jahr 1975 bezieht sich auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Programmes.

⁸ Abkürzungsverzeichnis s. Kap. 7, S. 57.

Stellungnahme des Wissenschaftsrates zu Einrichtungen der Information und Dokumentation von 1990 [Wissenschaftsrat 1990].

Zusätzlich wurden zahlreiche Artikel aus der Fachzeitschrift "Nachrichten für Dokumentation" (NfD) herangezogen, die die einzelnen Etappen der Fachinformationspolitik regelmäßig kommentierten. Als Hintergrundinformation dienten ferner E-Mails aus der bibliothekarischen Mailingliste INETBIB (Internet und Bibliotheken), deren Archiv im Internet frei einsehbar ist (<http://www.inetbib.de>).

Als Sekundärquellen wurde schließlich v.a. folgende Literatur ausgewertet:

- Butzek/Windel: Zum Verhältnis von Staat und Information und Dokumentation in der BRD. Entwicklung bis zur Mitte der 60er Jahre [Butzek/Windel 1978]
- Hahn: Eine kritische Rekonstruktion deutscher Fachinformationspolitik [Hahn 1992]
- Kuhlen: Informationsmarkt: Chancen und Risiken der Kommerzialisierung von Wissen [Kuhlen 1995]
- Seeger: Informationspolitik – IuD-Politik – Fachinformationspolitik [Seeger 1997]

2 Begriffsbestimmung

2.1 Fachinformation (FI)

Der Terminus "Fachinformation" (FI) etablierte sich Anfang der 80er Jahre im Sprachgebrauch der deutschen Informationspolitik als Bezeichnung für den Gegenstand staatlicher Förderprogramme [s. Kuhlen 1995, S. 27], ist jedoch *"international nicht gebräuchlich"* [Kienbaum 1988, S. A-11]. Er löste den zuvor verwendeten Begriff der "Information und Dokumentation" (IuD) ab, der in den 70er Jahren dominierend war und in der vorliegenden Arbeit synonym zum Begriff der Fachinformation verwendet wird. Die Kombination "IuD" war eine Erweiterung des bis Ende der 50er Jahre gebräuchlichen Begriffs der "Dokumentation" [s. Butzek/Windel 1978, S. 100], welche sich traditionell auf die handwerklichen Methoden und Werkzeuge der Literaturdokumentation beschränkte [s. Ockenfeld/Rehfeld 1983, S. 267]. Das auch im ersten Förderprogramm der Bundesregierung [BMFT 1975] verwendete Begriffspaar "Information und Dokumentation" bezog sich dagegen umfassender auf alle Fragen *"des systematischen Sammelns, Speicherns und Zugriffs auf Dokumente (Bücher, Zeitschriften, Fakten in Datenbanken u.a.) und der in ihnen vorhandenen Informationen"* [Wissenschaftsrat 1984, S. 6]. Seit Mitte der 90er Jahre bevorzugt das für die Fachinformation in der Bundesrepublik de facto zuständige Forschungsministerium nun die Bezeichnung "wissenschaftlich-technische Information" (WTI) anstelle des Begriffs der Fachinformation und paßt sich damit dem internationalen Sprachgebrauch an. Denn die englischsprachige Fachliteratur verwendet für diesen Informationsbereich i.d.R. die Bezeichnung

"scientific and technical information" (STI) [Pham 1996, Kap. 1.1.2.]. Damit wird aber gleichzeitig der Gegenstand der staatlichen Programme auch in sprachlicher Hinsicht auf einen engeren Bereich der Fachinformation beschränkt als dies im ursprünglichen Konzept⁹ vorgesehen war. Der Schwerpunkt dieser Programme lag, mit Ausnahme des IuD-Programms, allerdings schon von Anfang an auf der wissenschaftlich-technischen Information.

Der Begriff Fachinformation bezieht sich in den Förderprogrammen auf diejenigen Informationen, die der *"Fachmann [...] für seine Aufgaben benötigt"* [Wissenschaftsrat 1984, S. 6] und die ihm durch IuD-Einrichtungen *"in staatlicher, privater und gemischter Trägerschaft"* [Wissenschaftsrat 1984, S. 78] zur Verfügung gestellt werden. Fachinformation beschränkt sich dabei nicht auf die durch Dokumentation erstellte Information, sondern schließt auch die durch wissenschaftliche Bibliotheken zur Verfügung gestellten Informationen ein.¹⁰ In Anlehnung an die Formulierungen der veröffentlichten Fachinformationsprogramme¹¹ sowie eines Arbeitsentwurfs zum Programm von 1990¹² wird der vorliegenden Arbeit daher folgende Definition des Begriffs Fachinformation zu Grunde gelegt: Fachinformation bildet die materielle Grundlage für und beinhaltet das geistige Wissen, das zur Bewältigung fachlicher Aufgaben in Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft benötigt wird.

Diese Definition ordnet ein sehr breites Spektrum von Informationen dem Bereich der Fachinformation zu, schließt jedoch allgemeine Informationen – beispielsweise von Werbung und Unterhaltung – aus. Im Gegensatz zur Begriffsbestimmung in einigen Förderprogrammen vermeidet sie die Gleichsetzung von Information und Wissen, welche von Fachkreisen als *"terminologischer Wirrwarr"* [Stroetmann/Schwuchow 1990, S. 3] kritisiert wurde. Denn Fachinformation ist nicht gleich Wissen, sondern enthält nur das Wissen desjenigen, der die Fachinformation erstellt (also ein "Autor" im weitesten Sinne). Der Nutzer wiederum kann sich dieses Wissen letztlich erst durch intellektuelle Verarbeitung der Fachinformation erschließen und aneignen.

Ausgehend von der allgemeinen Definition kann Fachinformation schließlich sowohl anhand ihres Inhalts als auch ihrer formalen Darstellungsform weiter untergliedert werden.

⁹ Vgl. Kap. 3.3, S. 25.

¹⁰ Zur Abgrenzung zwischen Dokumentationseinrichtungen und Bibliotheken vgl. [BRH 1962, S. 6]: Bibliotheken *sammeln* Literatur, um sie dem Benutzer zur Verfügung zu stellen, gehen aber weniger auf deren Inhalt ein. Dokumentationsstellen *verarbeiten* dagegen *den Inhalt* von Dokumenten zum Erstellen von Nachweisdiensten, ohne diese Dokumente auch physisch für den Benutzer bereithalten zu müssen.

¹¹ Z.B.: [BMFT 1982, S. 4]: *"Fachinformation ist jener wichtige Teil allen Wissens und aller Informationen, der für den Fachmann bei der Bewältigung seiner Aufgaben nützlich ist"* sowie [BMFT 1990, S. 5]: *"Fachinformation ist das Wissen, das für die Bewältigung fachlicher Aufgaben im Beruf, in Wissenschaft und Forschung, in Wirtschaft und Staat benötigt wird."*

¹² [GMD 1991, S. 9]: *"Fachinformation – gedruckt, elektronisch oder in anderer Form – ist die materielle Grundlage [...] (geistigen) Wissens, das [...] Motor und Ziel jeder Forschungs- und Erfindungstätigkeit ist, [...] die Rahmenbedingungen und Ergebnisse wirtschaftlichen Handelns und betrieblicher Innovationen beschreibt, [...] Leitlinie und Resultat staatlichen und gesellschaftlichen Handelns ist."*

Inhaltlich unterscheiden die staatlichen Programme meist folgende Bereiche [BMFT 1985, S. 5, 10; BMBF 1996, S. 6; GMD 1991, S. 9]:

- a) wissenschaftliche und technische Informationen dokumentieren die Ergebnisse von Forschung und Entwicklung (FuE) in Hochschulen, außeruniversitären Forschungsinstituten und den Laboratorien von Unternehmen und werden wiederum von diesen Einrichtungen selbst benötigt; hierzu zählen z.B. Forschungsberichte, technische Normen und Verfahrensbeschreibungen
- b) ressortspezifische Informationen umfassen die im staatlichen Bereich (Bund, Länder und Gemeinden) verfügbaren Informationen, die zur Erfüllung staatlicher Aufgaben benötigt werden und teilweise auch zur Information der Öffentlichkeit dienen; hierzu zählen z.B. Statistiken aus dem Gesundheitswesen, der Landwirtschaft, Umweltdaten, sozio-ökonomische Analysen, Gesetzestexte, Gerichtsentscheidungen und demoskopische Umfrageergebnisse
- c) Wirtschaftsinformationen umfassen die in der Wirtschaft anfallenden und im Wirtschaftsprozeß benötigten Informationen; hierzu zählen z.B. Geld- und Kreditinformationen, Unternehmens- und Produktdaten, Außenhandelsinformationen, Devisen- und Börsenkurse sowie volkswirtschaftliche Statistiken

Unabhängig vom Inhalt existiert eine Vielzahl von Formen der Fachinformation. Sie kann gedruckt, elektronisch oder auch durch persönliche Kommunikation (z.B. durch Austausch auf Tagungen und Kongressen) vermittelt werden. Die gedruckte und elektronische Fachinformation wird in den Förderprogrammen und anderen offiziellen Stellungnahmen zur Fachinformationspolitik [BMFT 1985, S. 9; BMBF 1996, S. 11; Wissenschaftsrat 1984, S. 77 f.] meist nach folgenden grundlegenden Darstellungsformen gegliedert, die sich jedoch im konkreten Fall auch überschneiden können:

- a) Fachliteratur (Bücher, Zeitschriften und Zeitungsartikel, Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen, Graue Literatur wie beispielsweise Diskussionspapiere, Reports oder Forschungsdokumentationen, Geschäftsberichte usw.)
- b) Daten-, Fakten- und Textsammlungen (Statistiken, Arzneimitteldaten, chemische und physikalische Datensammlungen, Börseninformationen, Gesetzestexte usw.)
- c) Hinweisdienste und Hilfsmittel zur Literaturschließung (Fach- und Spezialbibliographien, Referatedienste mit den sogenannten *abstracts* von Volltexten und sonstige Nachschlagewerke wie Lexika, Wörterbücher, Adreßverzeichnisse o.ä.)

2.1.1 Bedeutung der Fachinformation

Alle staatlichen Förderprogramme messen der Fachinformation einen hohen Stellenwert für die heutige Gesellschaft zu. Mit dem vielfach postulierten "*Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft*" [Riehm 1997, S. 1034] wird Fachinformation zunehmend als Grund-

lage für die Leistungsfähigkeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung begriffen. Die Programme bezeichnen Fachinformation häufig als *"Rohstoff"* [z.B. BMFT 1985, S. 9; BMFT 1990, S. 5], der eine herausragende Rolle für die Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten und rohstoffarmen Bundesrepublik spielt, denn *"Fortschritte in der Forschung und in der technischen Entwicklung, in Wirtschaft, Verwaltung und Politik hängen maßgebend davon ab, ob das auf der Welt vorhandene Wissen rasch, konzentriert und aufgabenbezogen zugänglich gemacht und in der Praxis umgesetzt werden kann"* [BMFT 1975, S. 1]. Fachinformation wird neben personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen als ein weiterer *"Produktionsfaktor"* [z.B. BMFT 1985, S. 9; BMFT 1990, S. 5; BMBF 1996, S. 8] gewertet, der *"eine entscheidende Voraussetzung für Innovationen [...] und damit für die Zukunft des Standorts Deutschland"* [BMFT 1996, S. 8] darstellt. Hierdurch ergibt sich die *"wachsende ökonomische und damit auch politische Bedeutung"* [Goebel/Schadt/Schwuchow 1984, S. 9] der Fachinformation.

2.1.2 Informationsinfrastruktur

Um Fachinformation effizient verfügbar machen zu können, bedarf es einer sogenannten Informationsinfrastruktur zwischen dem Produzenten und dem Nutzer von Fachinformation. Als *"Infrastruktur"* wird allgemein *"die Gesamtheit der für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft notwendigen Einrichtungen und Anlagen"* [Riehm 1997, S. 1035] verstanden, wozu beispielsweise die Gas-, Wasser- und Stromversorgung, das Verkehrsnetz und die Telekommunikation zählen. Daraus abgeleitet läßt sich die Bedeutung des Begriffs *"Informationsinfrastruktur"* in Anlehnung an Mayntz wie folgt charakterisieren: Informationsinfrastruktur ist *"eine Ermöglichungsstruktur für die Erzeugung, Verbreitung und Verwendung von Informationen"* [Riehm 1997, S. 1035; vgl. Mayntz 1993]. Sie bildet den organisatorischen und technischen Unterbau der Informationsgesellschaft.

Damit sind auch bereits die beiden wesentlichen Aspekte der Informationsinfrastruktur genannt, nämlich Organisation und Technik. In der Literatur wird unter dem Begriff der Informationsinfrastruktur nicht immer das Zusammenspiel beider Aspekte verstanden, sondern – je nach Sichtweise des Autors – häufig entweder nur das technische oder nur das institutionelle bzw. organisatorische Element dieses Infrastrukturbereichs behandelt. Der Begriff der *"Nationalen Informationsinfrastruktur"* bezieht sich beispielsweise meist auf den technischen Aspekt und wurde in Deutschland erst in jüngster Zeit aus der amerikanischen Diskussion zur *"National Information Infrastructure"* (NII) übernommen. Gemeint ist damit die sogenannte Netzinfrastruktur, d.h. die Übertragung von Informationen über das Telefon-

netz, Breitbandkabelnetze, das deutsche Wissenschaftsnetz (WIN) oder das Internet [vgl. Bayer 1994; Riehm 1997].¹³

Im Rahmen dieser Arbeit wird bei den staatlichen Fachinformationsprogrammen dagegen in erster Linie der organisatorische Aspekt der Informationsinfrastruktur untersucht. Als Elemente dieser Infrastruktur führen die Programme besonders die Einrichtungen und Träger der Fachinformation an. Im Zentrum steht dabei der Nutzer in Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, der seine benötigten Informationen aus einem komplexen System von unterschiedlichen Institutionen bezieht [s. BMFT 1990, S. 25], welches im nachfolgenden Kapitel näher erläutert wird. Das erste Förderprogramm (IuD-Programm 1974-1977) verweist zusätzlich auf drei weitere wesentliche Elemente der Informationsinfrastruktur, nämlich den Bereich der Aus- und Weiterbildung im Bibliotheks-, Dokumentations- und Archivwesen, die Forschung und Entwicklung in diesem Fachgebiet sowie insbesondere die IuD-Einrichtungen mit zentralen Infrastrukturaufgaben, welche für die Koordination des IuD-Wesens zuständig sein sollten [BMFT 1975, S. 41 ff. und 45 ff.].

2.1.3 Träger von Fachinformation in der BRD

Die Produzenten und Anbieter von Fachinformationen bestehen in der Bundesrepublik aus *"privatwirtschaftlichen Unternehmen [...] einerseits und staatlich geförderten Einrichtungen [...] andererseits"* [BMFT 1990, S. 24]. Meist werden folgende Hauptträger der Fachinformation aufgeführt [vgl. BMFT 1990, S. 25; BMBF 1996, S. 16; Sietmann 1999 a]:

- (1) Autoren
- (2) Fachinformationszentren sowie andere Datenbankproduzenten und –anbieter
- (3) wissenschaftliche Bibliotheken
- (4) Fachgesellschaften
- (5) (Fach)Verlage
- (6) Buchhandel und
- (7) sonstige Informationsvermittlungsstellen

Diese verschiedenen Fachinformationsträger sollen nachfolgend kurz erläutert werden [vgl. EFI 1995, Kap. 2.4; Hacker 2000, S. 20 ff.], weil sie zusammen mit den Nutzern der Fachinformation zu den Adressaten der Fachinformationsprogramm gehören.

(1) Autoren:

Zu den "Autoren" von Fachinformationen zählen v.a. Wissenschaftler in Hochschulen und Forschungsabteilungen von öffentlichen Instituten oder Firmen. Fachinformationen werden aber auch von Behörden oder anderen staatlichen Einrichtungen sowie von Wirtschaftsunternehmen, z.B. in Form von Geschäftsberichten, erstellt. Aufgrund der heutigen techno-

¹³ Auf diesen technischen Bereich der Informationsinfrastruktur kann im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht näher eingegangen werden.

logischen Möglichkeiten bieten Autoren – individuell oder innerhalb ihrer Institution – zunehmend Fachinformationen auch direkt auf elektronischem Wege an, ohne den traditionellen Zwischenschritt über Verlage. Dadurch kann der Endnutzer selbst über Datennetze von überall her darauf zugreifen. Beispielsweise stehen die Forschungsberichte von Hochschulen und Forschungsinstituten inzwischen häufig auch über das Internet zum Abruf bereit. Ein wichtiger Aspekt bei Fachinformationen ist zudem, daß deren "Autoren" meistens zugleich auch deren Nutzer sind, weil sie solche Informationen für ihre tägliche Arbeit benötigen. Dies trifft insbesondere auf die Gruppe der Wissenschaftler zu.

(2) Fachinformationszentren, Datenbankproduzenten und –anbieter:

"Die Produktion von Fachinformationsdatenbanken wird zu einem großen Teil aus öffentlichen Mitteln gefördert." [EFI 1995, Kap. 2.4.2] Hierzu wurden in der Bundesrepublik Fachinformationszentren (FIZ) gegründet, die sich v.a. als Hersteller von Literaturnachweis- und Faktendatenbanken sowie als Informationsvermittler und vereinzelt auch als Betreiber von Datenbanken betätigen.¹⁴ Zu den großen deutschen Fachinformationszentren zählen heute das FIZ Karlsruhe, das FIZ Technik (Frankfurt), das FIZ Chemie (Berlin) und das GEOFIZ (Hannover). Neben den staatlich finanzierten existieren aber auch eine Reihe privatwirtschaftlich produzierter Datenbanken von Verlagen oder Nachrichtenagenturen, welche beispielsweise *"Firmenverzeichnisse, Zeitungen, Zeitschriften oder Agenturmeldungen"* [EVI 1995, Kap. 2.4.2] umfassen. Sogenannte Hosts (Datenbankanbieter) stellen schließlich diese Datenbanken für Online-Recherchen zur Verfügung. Endnutzer können nach vertraglichen Vereinbarungen i.d.R. mit einer einzigen Retrievalsprache (Abfragesprache) in allen von einem Host angebotenen Datenbanken recherchieren. International sind Datenbankproduzenten und –anbieter meistens getrennte Institutionen. In Deutschland sind Datenbankproduzenten jedoch häufig auch gleichzeitig Anbieter der eigenen sowie fremder Datenbanken.¹⁵ Ursprünglich war für jedes FIZ ein staatlicher Host geplant. Heute betreiben jedoch nur vier der Fachinformationszentren einen eigenen Host, nämlich DIMDI (mit Datenbanken der Bio- und Sozialwissenschaften), STN International (mit Datenbanken der Naturwissenschaften und Technik), FIZ Technik (mit Datenbanken der Technik und Wirtschaft) sowie Juris (mit Datenbanken des Rechtswesens) [Henzler 1992, S. 19].

(3) Wissenschaftliche Bibliotheken:

Bibliotheken sind *"Serviceeinrichtungen der Literatur- und Informationsversorgung"* [EFI 1995, Kap. 2.4.4]. Zu den Trägern der Fachinformation zählen v.a. die wissenschaftlichen Bibliotheken, deren Hauptaufgabe das Sammeln, Erschließen und Vermitteln von wissen-

¹⁴ Zur Entstehung der Fachinformationszentren siehe ausführlich Kapitel 3.3.1.1.1, S. 26.

¹⁵ Z.B. die großen Hosts DIMDI, FIZ Technik, GBI, Genios und STN International des FIZ Karlsruhe.

schaftlicher Literatur¹⁶ ist. Diese Literatur wird durch alphabetische und systematische Kataloge erschlossen, welche heute meist auch elektronisch als OPACs (Online Public Access Catalogues) angeboten werden. Die kooperative Erfassung von Katalogdaten in landesweiten Bibliotheksverbänden¹⁷ ermöglicht zusätzlich eine bibliotheksübergreifende Recherche. Aufgrund des zunehmenden Angebots von elektronischen Informationen vermitteln die meisten Bibliotheken inzwischen Fachinformationen auch über CD-ROM-Datenbanken in lokalen PC-Netzen, die sie gebührenfrei zur Selbstrecherche bereitstellen.

Im Zusammenhang mit den Fachinformationsprogrammen wird häufig auf das föderal strukturierte und öffentlich geförderte deutsche Bibliothekswesen verwiesen.¹⁸ Einen kurzen Überblick über die Organisation des Bibliotheksbereichs in der BRD soll daher ein Exkurs im Anhang dieser Arbeit vermitteln.

(4) Fachgesellschaften:

Wissenschaftliche Fachgesellschaften veröffentlichen u.a. wissenschaftliche Zeitschriften, Tagungsbände und Newsletters, teilweise eigenständig, teilweise in Zusammenarbeit mit Verlagen. Einige von ihnen versuchen auch durch Projekte im Zusammenhang mit den staatlichen Förderprogrammen *"die Rahmenbedingungen des Fachinformationszugangs für ihre Fächer mit zu gestalten"* [EFI 1995, Kap. 2.4.7]. Beispielsweise beteiligt sich die Deutsche Gesellschaft für Informationswissenschaft und Informationspraxis (DGI) durch entsprechende Stellungnahmen aktiv an der deutschen Fachinformationspolitik.

(5) Fachverlage:

Fachverlage produzieren hauptsächlich Fachbücher, wissenschaftliche Zeitschriften und Tagungsbände. Neben der Informationsaufbereitung (Lektorat und Gestaltung) sowie neben Druck und Marketing ist die inhaltliche Qualitätskontrolle von Artikeln durch das sogenannte *Peer-review*-Verfahren ein wesentliches Element der Verlagstätigkeit. Hierbei prüfen renommierte Wissenschaftler (kostenlos im Auftrag des herausgebenden Verlages) die für eine Fachzeitschrift eingereichten Beiträge und entscheiden durch ihr Fachgutachten über deren Annahme und Veröffentlichung.

¹⁶ Hierzu zählen heute neben den "klassischen" Büchern und Zeitschriften auch sogenannte Nichtbuchmaterialien, wie z.B. Mikroformen, audiovisuelle Medien und Informationen auf elektronischen Datenträgern.

¹⁷ Zu den regionalen Bibliotheksverbänden in Deutschland gehören beispielsweise der Südwestdeutsche Bibliotheksverbund (SWB) und der Bibliotheksverbund Bayern (BVB).

¹⁸ *"Der Bibliothekssektor ist ein gutes Beispiel dafür, wie eine Kooperation in der Forschungsförderung zwischen verschiedenen Förderinstanzen (BMBF, Länder, DFG) funktionieren kann"* [Klaus 1998, S. 216]. Vgl. auch [BMFT 1975, S. 39 f.].

(6) Buchhandel:

Die Rolle des Buchhandels in der Fachinformationsinfrastruktur besteht in der Lieferung von gedruckter Literatur und elektronischen Medien. Zunehmend etablieren sich neben den klassischen Buchläden vor Ort auch sogenannte Internet-Buchhändler, die eine eigenständige Recherche und Online-Bestellungen ermöglichen.

(7) Informationsvermittlungsstellen:

Informationsvermittlungsstellen (IVS), z.T. auch als Online-Informationsvermittlungsstellen bezeichnet, nehmen eine Mittlerfunktion wahr *"zwischen denjenigen die Informationen benötigen (Endnutzer) und denjenigen, die Informationen bereithalten (z.B. FIZ, IuD-Stellen, Hosts, Bibliotheken und Experten)"* [Pham 1996, Kap. 3.2.1.]. Ihre Hauptaufgabe ist die Durchführung von Recherchen in externen Datenbanken und die Vermittlung der Informationen an ihre Kunden. In der Bundesrepublik existiert ein dezentrales Netz von mehreren Hundert fachlich, sektoral und regional unterschiedlichen IVS in Universitäten, Forschungsinstituten, Wirtschaftsunternehmen, Verbänden und wirtschaftsnahen Institutionen wie den Industrie- und Handelskammern sowie in Fachinformationszentren. Ein wesentliches Charakteristikum der IVS ist ihre Nähe zum Nutzer, die auch gleichzeitig *"eine Voraussetzung für die erfolgreiche Vermittlungstätigkeit der IVS"* [Pham 1996, Kap. 3.2.1] ist. Denn Kundennähe fördert die Chancen für eine bedarfsgerechte Informationsvermittlung.

2.2 Fachinformationspolitik (FIP)

Bisher existiert für den Begriff Fachinformationspolitik (FIP) keine allgemein anerkannte Definition, sondern – je nach Hintergrund des Autors (Informationswissenschaft, Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft usw.) eine sehr unterschiedliche Sichtweise dieses Politikfeldes. Ian Rowlands stellt beispielsweise die Frage *"what is information policy?"* und leitet seine Antwort ein mit dem Hinweis: *"There are at least as many definitions of 'information policy' as there are writers on the subject"* [Rowlands 1996, S. 14]. Dieses Beispiel weist auch auf die zweite Problematik hinsichtlich der Begriffsbestimmung hin. In der Regel beziehen sich Definitionsversuche meist auf den allgemeineren Begriff der "Informationspolitik" bzw. der *information policy* anstatt auf den Begriff der Fachinformationspolitik, die nur das Teilgebiet einer umfassenden Informationspolitik darstellt. Vor diesem Hintergrund soll Fachinformationspolitik in der vorliegenden Arbeit nur dadurch von der allgemeineren Form der Informationspolitik abgegrenzt werden, daß sie sich speziell mit dem Bereich der "fachlich relevanten" Informationen beschäftigt. Die Ziele und Faktoren der Fachinformationspolitik entsprechen jedoch im wesentlichen denen der übergeordneten Informationspolitik, weshalb beide Bezeichnungen in dieser Arbeit synonym verwendet werden.

2.2.1 Aspekte der Fachinformationspolitik

Nach einer sehr breit gefaßten Definition von Weingarten, auf die sich auch die Arbeit der britischen Information Policy Unit [IPU] stützt, ist Informationspolitik ein *"set of all public laws, regulations, and policies that encourage, discourage, or regulate the creation, use, storage, and communication of information"* [Weingarten 1989, zit. nach Rowlands 1996, S. 14]. Informationspolitik betrifft somit alle Bereiche der Produktion, Speicherung, Verbreitung und Nutzung von Informationen und soll hierfür den rechtlichen und institutionellen Rahmen bereitstellen. Insofern ist Informationspolitik auch ein wesentlicher Bestandteil der Infrastrukturpolitik eines Landes, die als *"ein zentrales Element staatlichen Handelns"* [Riehm 1997, S. 1035] angesehen wird.

Henrichs untergliedert Informationspolitik in Steuerungspolitik, Ressourcenpolitik und nationale Politik [Henrichs 1983], was nachfolgend näher erläutert wird.

Informationspolitik als Steuerungspolitik

Informationspolitik als Steuerungspolitik befaßt sich mit der Organisation des Informationswesens insgesamt. Zu den wesentlichen Elementen dieser Steuerungspolitik zählen die Ordnungspolitik (1), die Strukturpolitik (2) sowie die Förderpolitik (3).

- (1) Die Ordnungspolitik setzt und garantiert den rechtlichen Rahmen für ein organisiertes Informationswesen, z.B. durch Formulierung von Schutzrechten (Urheberrecht, Wettbewerbsrecht und Gesetze zum Datenschutz) oder auch durch internationale Abkommen. Ordnungspolitik bietet eine Orientierungshilfe für die Beteiligten eines nationalen Informationswesens, indem sie die Verteilung der Zuständigkeiten klärt und ein Regelungskonzept erstellt.
- (2) Strukturpolitik formuliert hingegen Strukturvorgaben und Zielvorstellungen für ein nationales Informationswesen. Beispielsweise soll für das politische Ziel eines weitgehend privatwirtschaftlich organisierten Informationswesens die Entwicklung und Nutzung von Informationsprodukten/-diensten durch die Privatwirtschaft erleichtert werden, indem Investitions- und Risikobarrieren vermindert werden.
- (3) Förderpolitik – im Sinne von distributiver Politik – ist schließlich die klassische Form der Informationspolitik. Es wird hierbei unterschieden zwischen der institutionellen und der projektbezogenen Förderung:
 - (a) institutionelle Förderung bedeutet staatliche Finanzierung von Personal- und Sachmitteln bestimmter Institute, wie z.B. der Einrichtungen der Blauen Liste¹⁹

¹⁹ "Blaue Liste" bezeichnet eine Gruppe von 82 Forschungsinstituten und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Serviceaufgaben für die Forschung, die von Bund und Ländern gemeinsam gefördert werden. Der Wissenschaftsrat hat sämtliche Einrichtungen der Blauen Liste von 1995 bis 2000 evaluiert und danach Empfehlungen für deren Weiterförderung oder eine Einstellung der Förderung ausgesprochen.

- (b) projektbezogene Förderung beschränkt sich auf Zuschüsse, Steuererleichterungen oder Investitionszulagen für einzelne Projekte und ist entsprechend zeitlich begrenzt [Seeger 1997, S. 850].

Informationspolitik als Ressourcenpolitik

Henrichs bezeichnet Informationspolitik auch als Ressourcenpolitik, da sie nicht nur die Organisation des Informationswesens betrifft, sondern auch die Information als solche, welche häufig als Ressource für das Entscheidungshandeln in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft aufgefaßt wird. Dadurch erklärt sich ihre Abhängigkeit von den Vorgaben durch andere, mit ihr in Beziehung stehende Politikfelder wie der Wissenschafts-, Wirtschafts-, Kultur- und Bildungspolitik. Beispielsweise wirkt sich die politische bzw. ideologische Entscheidung für ein marktwirtschaftliches oder planwirtschaftliches System auch unmittelbar auf die Konzeptionen einer staatlichen Informationspolitik aus. Marloth bezeichnet diesen Aspekt der Informationspolitik als "Ressortpolitik" und dementsprechend als *"eine Facette der Wirtschaftspolitik, Wissenschaftspolitik, Forschungspolitik, Landwirtschaftspolitik, Gesundheitspolitik"* [Marloth 1985, S. 233].

Informationspolitik als nationale Politik

Für Henrichs bedeutet Informationspolitik schließlich auch nationale Politik, die von internationalen Entwicklungen beeinflusst wird. Die nationale Ebene der Informationspolitik ergibt sich u.a. aus dem primären Ziel, die Benutzerinteressen zu bedienen. Denn dies impliziert, daß eine übergeordnete nationale Politik den Benutzern auch den Zugang zu im Ausland angebotenen Informationen ermöglicht sowie den Inlandsmarkt für ausländische Anbieter öffnet. Weitere Gründe für eine nationale Informationspolitik sind beispielsweise das Ziel der nationalen Selbständigkeit im Informationsbereich sowie die Notwendigkeit internationaler Kooperation zum Entwickeln von Normen und Standards für den grenzüberschreitenden Informationsfluß.

2.2.2 Staatliche Programme als zentrales Element der Fachinformationspolitik

Da sich die vorliegende Arbeit besonders auf die staatlichen Programme der Fachinformationspolitik konzentriert, soll nachfolgend der allgemeine Kontext von staatlichen Programmen, d.h. deren Einordnung in das sogenannte "Policy-Making-System" (PMS)²⁰ anhand der theoretischen Ausführungen von Werner Jann erläutert werden [Jann 1983, S. 40 ff. und 46 ff.].

²⁰ Jann subsumiert unter dem Begriff "Policy-Making-System" diejenigen Strukturen und Rollen, d.h. insbesondere auch die öffentlichen Institutionen und Akteure, *"die mit der Entwicklung oder Durchführung staatlicher Politiken beschäftigt sind"* [Jann 1983, S. 41].

Zu den wesentlichen Funktionen eines Policy-Making-Systems zählen die Politikformulierung und die Politikdurchführung. Die Politikformulierung ist diejenige Phase des Politik-erzeugungsprozesses, in der aus Inputs (z.B. artikulierte Probleme, Vorschläge, Forderungen) verbindliche staatliche Handlungsprogramme oder rechtliche Regelungen entstehen. Das Ergebnis (Output) der Politikformulierung wird daher allgemein als "Programm" bezeichnet. Dieser Output kann sowohl in konkreter Programmform vorliegen (Programm im engeren Sinne) als auch nur aus einzelnen Gesetzen, Absichtserklärungen, Zielbestimmungen usw. bestehen, die miteinander in Zusammenhang stehen (Programm im weiteren Sinne). Die Politikdurchführung (Implementation) ist die nachgeordnete Phase des Politik-erzeugungsprozesses, in der bereits beschlossene Programme umgesetzt werden. Der Output der Implementation stellt daher die eigentliche Programmkonkretisierung dar, d.h. die Bereitstellung von Ressourcen, die Verteilung von Mitteln, die Anwendung von Normen usw. Bei der Betrachtung der Gesamtergebnisse bzw. Resultate von Politikformulierung und Implementation sind jedoch noch weitere Aspekte relevant, weshalb zusätzlich zwischen drei Ebenen des Ergebnisses unterschieden wird. An erster Stelle steht dabei der bereits genannte *Output* von Politikformulierung und Implementation. Danach folgt der *Impact* (das sind die Wirkungen bzw. Veränderungen, die bei den Adressaten der jeweiligen Politik zu beobachten sind; d.h. hier spielt die Reaktion der Zielgruppe ("*target reaction*") eine Rolle). Und als dritte Ebene ist schließlich der sogenannte *Outcome* von Bedeutung (das sind die letztlich umfassenden Auswirkungen der staatlichen Aktivitäten auf sämtliche Betroffenen der jeweiligen Politik, aber auch auf den Zustand des gesamten Politikfeldes).

Bei der Betrachtung des Outputs der Politikformulierung im Politikfeld der Fachinformation kann festgestellt werden, daß sich die deutsche Fachinformationspolitik seit ihren Anfängen tatsächlich in erster Linie in Form von konkreten Förderprogrammen artikuliert. Dazu zählen bisher insbesondere vier Programme der Bundesregierung (IuD-Programm 1974-77, Fachinformationsprogramm 1985-88, Fachinformationsprogramm 1990-94 und Informationsprogramm 1996-2000) sowie ein sogenannter "Leistungsplan" des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT), der von 1982 bis 1984 als Übergangsprogramm fungierte.²¹

²¹ Das zur Zeit aktuelle Aktionsprogramm der Bundesregierung "Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts" [BMBF 1999] wird zwar teilweise als Fortsetzungsprogramm genannt. Es bezieht sich jedoch nur in einem kleinen Unterkapitel "Digitale Bibliothek" auf den Bereich der Fachinformation und enthält außer dem Hinweis, daß der Aufbau digitaler Bibliotheken und elektronischer Dokumentenlieferdienste bis zum Jahr 2003 mit ca. 115 Mio. DM gefördert werden soll [BMBF 1999, S. 55] keine genaueren Angaben über konkrete Maßnahmen. Daher wird es in der vorliegenden Arbeit nicht als eigenständiges Fachinformationsprogramm berücksichtigt.

Allgemein enthalten staatliche Programme i.d.R. folgende Elemente:

- sie legen eine bestimmte Anzahl (potentieller) Maßnahmen fest
- sie versuchen mehr oder weniger klar definierte Ziele zu erreichen (Programme enthalten sowohl explizite als auch implizite Ziele, die nicht unbedingt übereinstimmen müssen; außerdem werden allgemein bei staatlichen Programmen – und nicht nur bei denjenigen der Fachinformationspolitik – in der Literatur häufig Klagen über zu vage, vieldimensionale und widersprüchliche Ziele geäußert)
- sie betreffen bestimmte Akteure und Adressaten des Politikfeldes und
- sie enthalten schließlich bestimmte Steuerungsinstrumente (dabei wird v.a. unterschieden zwischen regulativen (Gebote, Verbote, Kontrollen), finanziellen (Anreize, Förderungen, Ankauf von Gütern durch den Staat) sowie informationellen (Öffentlichkeitsarbeit) Instrumenten)

Auch die Fachinformationsprogramme der Bundesregierung weisen diese Elemente auf. Sie werden im Rahmen der vorliegenden Arbeit zum Teil zusammenfassend (z.B. Akteure in Kap. 2.2.3), zum Teil aber auch direkt bei den einzelnen Programmen (Ziele, geplante Maßnahmen) behandelt.

2.2.3 Akteure der Fachinformationspolitik

Zu den typischen staatlichen Policy-Akteuren in der Bundesrepublik Deutschland zählen nach Schneider die Regierung und das Parlament auf Bundesebene sowie die Behörden und Ämter der Verwaltung und schließlich auch die Landes- und Regionalebene mit den entsprechenden Institutionen. Parteien und Verbände sowie Unternehmen, wissenschaftliche Organisationen und Medien ordnet er den gesellschaftlichen Policy-Akteuren zu. Internationale und transnationale Organisationen werden von ihm teilweise den staatlichen Akteuren (z.B. EU, UNO, OECD) und teilweise den gesellschaftlichen Akteuren (UNICE, Greenpeace) zugerechnet [Schneider 1998, S. 64].

In der BRD gibt es *"keine einheitliche Trägerschaft des öffentlichen Informationssystems"* [Stroetmann 1990, S. 670]. Aufgrund des föderalen Aufbaus sind sowohl der Bund als auch die Länder zentrale Akteure der staatlichen Fachinformationspolitik. Beispielsweise werden zahlreiche Fachinformationseinrichtungen von Bund und Ländern als Gemeinschaftsaufgabe auf der Grundlage einer "Rahmenvereinbarung Forschungsförderung" nach Artikel 91 b GG vom 28.11.1975 gemeinsam finanziert.²²

²² Zur Trägerschaft im deutschen Bibliothekswesen vgl. den Exkurs in Anhang auf S. 56.

Auf Bundesebene dominierte von Anfang an das Forschungsministerium (heute BMBF, bis Ende 1994 BMFT) *"beim staatlichen Engagement für das Informationsgebiet allgemein und für die Fachinformationseinrichtungen im besonderen"* [Kuhlen 1995, S. 219]. Dies zeigt sich u.a. bereits daran, daß die Fachinformationsprogramme zwar wegen ihrer nationalen Bedeutung ausdrücklich Förderprogramme der Bundesregierung waren, jedoch immer vom Forschungsministerium herausgegeben wurden. Der "Leistungsplan Fachinformation 1982-1984" war als Überbrückung zwischen dem IuD-Programm von 1974 und dem Fachinformationsprogramm von 1985 sogar ein reines BMFT-Programm. Obwohl die ursprünglich umfassende Zuständigkeit des BMFT durch die Kabinettsbeschlüsse Anfang der 80er Jahre zurückgenommen²³ und die Fachinformationsstellen entsprechend der Ressortzuständigkeit den einzelnen Bundesministerien unterstellt wurden, spielt das BMBF aber auch heute noch eine wichtige Rolle bei der deutschen Fachinformationspolitik. Es fördert u.a. weiterhin zusammen mit den Ländern die beiden großen Fachinformationszentren FIZ Karlsruhe und FIZ Chemie sowie das IRB. Beispiele für die Zuständigkeit von anderen Bundesministerien sind die Unterstützung des FIZ Technik, des DITR sowie des GEOFIZ durch das Wirtschaftsministerium (BMWi) und die Unterstützung der Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (ZADI) durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML).

Relevant für die Fachinformationspolitik war innerhalb des Forschungsministeriums von Anfang an ein spezielles Referat – ursprünglich "Referat für Dokumentation" genannt,²⁴ heute als "Referat 5.23: Wissenschaftlich-technische Information; Bibliotheken" bezeichnet. In diesem Zusammenhang muß auch auf einen individuellen Akteur hingewiesen werden, der die Fachinformationspolitik der letzten 20 Jahre entscheidend prägte: Herr Dr. Jan Michael Czermak war als Leiter des zuvor genannten Referats maßgeblich an der Erstellung der drei letzten Fachinformationsprogramme (1985-1988, 1990-1994, 1996-2000) beteiligt und wirkte auch an der jüngsten Ausschreibung für eine Studie zur "Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information" mit [Czermak 2000]. Insbesondere die von ihm in den vergangenen Jahren stark forcierten Privatisierungsbestrebungen im Fachinformationswesen – v. a. bezüglich der beiden großen Einrichtungen FIZ Karlsruhe und FIZ Chemie²⁵ – sowie die unter seiner Leitung vorherrschende geringe Transparenz hinsichtlich der Arbeit des Ministeriums auf dem Gebiet der Fachinformation,²⁶ führten im Laufe der Jahre immer

²³ Vgl. Kapitel 3.4, S. 30.

²⁴ Vgl. Kapitel 3.2.2, S. 22.

²⁵ Vgl. Kapitel 3.7.2.2, S. 42.

²⁶ Als eines der Beispiele für die mangelhafte Transparenz kann die "vertrauliche" Erstellung der ADL-Gutachten über das FIZ Karlsruhe sowie das FIZ Chemie genannt werden. Das BMBF verweigerte die zur Auswertung für die vorliegende Bachelor-Arbeit erbetene Einsichtnahme in diese Gutachten, obwohl vom Betriebsrat des FIZ Karlsruhe keine Bedenken dagegen geäußert wurden. Dies ist m.E. - angesichts der Tatsache, daß diese Gutachten einerseits selbst mit Steuergeldern erstellt wurden und andererseits indirekt die Verwendung von Steuergeldern zur Förderung von Informationseinrichtungen betrafen – als bedenklich und

wieder zu heftigster Kritik seitens der betroffenen Einrichtungen und verschiedener Informationswissenschaftler.

Im Auftrag des BMBF sowie des BMWi ist heute der "Projekträger Fachinformation" [PTF] mit der wissenschaftlich-technischen Projektbegleitung und der Verwaltung der Projektförderung auf dem Gebiet der Fachinformation betraut. Sein *"Aufgabenspektrum erstreckt sich von der Planung, Beurteilung, Ablaufverfolgung, Steuerung und Erfolgskontrolle von Einzelprojekten bis zur Mitarbeit bei der Programmentwicklung und Programmbegleitung"* [PTF]. Er ist die Anlaufstelle für entsprechende Förderanträge. Insbesondere unterstützt(e) er die beiden Ministerien bei der Implementierung des inzwischen abgelaufenen Programms "Information als Rohstoff für Innovationen, 1996-2000" sowie der auf die Fachinformation bezogenen Teile des zur Zeit aktuellen Programms "Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts".

Die Parteien als solche, die ansonsten zu den wesentlichen Akteuren des politischen Systems der BRD zählen, spielten auf dem Gebiet der Fachinformationspolitik bisher keine bedeutende Rolle. Es kam lediglich in den Anfangsjahren der staatlichen Förderprogramme, insbesondere gegen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre, zu einer größeren Anzahl von Anfragen im Bundestag, die sich v.a. mit der Besorgnis der Verleger und dem Aufbau sowie der Finanzierung der Fachinformationszentren befaßten. Es handelte sich dabei meist nur um Aktionen einzelner Abgeordneter, die – unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit – von Betroffenen aus dem Fachinformationswesen angesprochen wurden und sich daraufhin mit der Thematik befaßten. Dies betraf beispielsweise in den 80er Jahren parteiübergreifend mehrere Mitglieder des Forschungs- und Technologieausschusses, die vom Kölner Informationszentrum (IZ) Sozialwissenschaften über die Kürzungspolitik des BMFT und die dadurch für das IZ entstehenden Gefahren informiert und um entsprechende Unterstützung gebeten wurden [Hahn 1992, Bd. 2, S. 24 f.]. Auch die jüngste Aktion zur Zukunft der Fachinformationspolitik, das sogenannte "Eckwerte-Papier",²⁷ war kein Thema für die gesamte SPD-Fraktion, sondern nur die Initiative eines einzelnen Bundestagsabgeordneten (Jörg Tauss).

In der BRD kam allerdings im Politikfeld der Fachinformation zwei anderen Akteuren im Laufe der Entwicklung eine besondere Bedeutung zu. Die Erläuterungen des dritten

anachronistisch zu werten. Des weiteren verschickte das BMBF als Antwort auf eine andere konkrete Anfrage nur eine allgemeine Broschüre zum Profil dieses Bundesministeriums. Abschließend sei noch erwähnt, daß selbst auf direkte Nachfrage bei den relevanten Stellen beispielsweise nicht zu erfahren war, welche Personen im einzelnen an den Hearings zu den Förderprogrammen beteiligt waren und welche Mitbewerber neben ADL es bei der Ausschreibung für das aktuelle Strategiekonzept [s. S. 51] gab bzw. wie die anderen möglicherweise eingereichten Studienvorschläge lauteten.

²⁷ S. Kap. 4.2.1, S. 47.

Kapitels dieser Arbeit zeigen, daß sowohl der Bundesrechnungshof als auch der Wissenschaftsrat durch ihre Stellungnahmen bestimmte Aspekte einzelner Förderprogramme beeinflussten. Der Bundesrechnungshof wurde auf dem Gebiet der Fachinformationspolitik tätig aufgrund seiner Funktion als unabhängiges Organ der staatlichen Finanzkontrolle. Der Wissenschaftsrat hingegen agiert als *"eine Einrichtung der Politikberatung"* [Wissenschaftsrat, Punkt 2] und ist v.a. dadurch am Politikfeld der Fachinformation beteiligt, daß er regelmäßig die staatlich geförderten Institute der "Blauen Liste" evaluiert, zu denen auch Fachinformationseinrichtungen gehören.

2.2.4 Konfliktlinie: Staat oder Markt?

Die Frage nach den Aufgaben und der Rolle des Staates in der Fachinformation und die Abgrenzung zwischen Staat und Markt bot in der bisherigen Fachinformationspolitik immer wieder Anlaß zu Diskussionen und Konflikten [vgl. Moore/Steele 1991; Schwuchow 1997; Goebel/Schadt/Schwuchow 1984]. Auch bei der bis Ende dieses Jahres durchzuführenden Studie "Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information", die später als Grundlage für ein neues Strategiekonzept des BMBF dienen soll, ist die *"[z]ukünftige Rolle und Aufgabe des Staates in der wissenschaftlichen und technischen Information"* [Czermak 2000] eine der zentralen Fragestellungen. Nachfolgend sollen dazu einige Aspekte kurz erläutert werden. Aufgrund der Komplexität der Thematik muß im Rahmen dieser Arbeit jedoch auf eine detailliertere Auseinandersetzung verzichtet werden. Die intensive Diskussion dieser äußerst strittigen Frage wäre vielmehr ein geeigneter Gegenstand für eine gesonderte Untersuchung.

Eine grundlegende Konfliktlinie der Fachinformationspolitik betrifft das Verhältnis von Staat und Privatwirtschaft und die damit verbundene Problematik des Ausgleichs und der Abgrenzung zwischen dem öffentlichen Interesse der Allgemeinheit und dem kommerziellen Interesse der Privatwirtschaft an der Fachinformation [s. Goebel/Schadt/Schwuchow 1984, S. 11]. Sehr umstritten war in diesem Zusammenhang – insbesondere in den 80er Jahren – inwieweit Fachinformation ein öffentliches oder ein privates Gut darstellt [vgl. Lenk 1984; Goebel/Schadt/Schwuchow 1984; Stroetmann 1991]. Denn für öffentliche Güter war staatliche "Fürsorge" erlaubt und erwünscht. Private Güter sollten hingegen allein den Marktmechanismen unterworfen sein. Dieser Aspekt implizierte somit auch die Frage nach den Kriterien für das Eingreifen oder Nichteingreifen des Staates im Bereich der Fachinformation [s. Goebel/Schadt/Schwuchow 1984, S. 11].

Unterschiedliche Ansichten gibt es hierzu bereits im Hinblick auf die Grundlagen für eine mögliche Gesamtverantwortung des Staates im Bereich der Fachinformation. Einzig die besondere Verantwortung des Staates aufgrund der in der Verfassung verankerten Grund-

rechte der Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und der Freiheit von Wissenschaft und Forschung [s. Art. 5 GG] scheint bisher allgemein anerkannt zu sein. Aus diesen Grundrechten – Kleinsteuber spricht bzgl. des ungehinderten Zugangs *"zu allgemein zugänglichen Quellen"* sogar von einem *"Konstituens von Demokratie"* [Kleinsteuber 1987, S. 366] – leitet beispielsweise Stroetmann eine *"originäre (und nicht nur subsidiäre) Verantwortung für den Prozeß der gesellschaftlichen Organisation von Fachinformation"* [Stroetmann 1990, S. 671] ab. Der Staat habe in dieser Hinsicht *"für die Bereitstellung eines Mindestniveaus an Fachinformationen zu sorgen, die für die Ausübung der Grundrechte unabdingbar"* [Goebel/Schadt/Schwuchow 1984, S. 15] seien.

Problematisch ist jedoch die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips, das in den Förderprogrammen vielfach als Grundlage für den Einsatz oder das Unterlassen von staatlichen Maßnahmen betont wird. Das Subsidiaritätsprinzip stammt ursprünglich aus der katholischen Soziallehre und fordert, bezogen auf den staatlichen Bereich, *"daß staatliche Eingriffe [...] und öffentliche Leistungen grundsätzlich nur unterstützend und nur dann erfolgen sollen, wenn die jeweils tiefere hierarchische Ebene [...] nicht in der Lage ist, die erforderliche (Eigen-)Leistung zu erbringen"* [Schubert/Klein 1997, S. 284]. Mit diesem Prinzip wurde in den meisten Fachinformationsprogrammen die Nachrangigkeit staatlicher Hilfen gegenüber der Privatinitiative begründet und darauf verwiesen, daß der Staat nur dann in den "Informationsmarkt" eingreifen dürfe (es in diesem Fall allerdings auch müsse), wenn übergeordnete gesellschaftliche oder gesamtwirtschaftliche Gründe dafür vorliegen [s. BMFT 1985, S. 16]. Entgegen mancher Einschätzungen ist das Subsidiaritätsprinzip jedoch nicht von der Verfassung ableitbar²⁸ und stellt somit auch keine festgelegte rechtliche Begründung dar. Die Entscheidung für oder gegen das Subsidiaritätsprinzip ist statt dessen allein Ausdruck der jeweiligen wirtschaftspolitischen Einstellung und damit nur als politisches Argument verwendbar [s. Goebel/Schadt/Schwuchow 1984, S. 12]. Die sich verändernden wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in der BRD spiegeln sich daher auch in den entsprechenden Formulierungen der Fachinformationsprogramme wider.

Zur Beantwortung der Frage *"in welchem Rahmen sich die Verantwortung des Staates für eine Versorgung mit Fachinformation bewegt"* [Goebel/Schadt/Schwuchow 1984, S. 16] wird häufig verwiesen auf die inhaltliche Unterteilung der FI in staatliche Information, wissenschaftlich-technische Information und Wirtschaftsinformation. Denn nach Ansicht von Goebel reicht die staatliche Verantwortung von einer *"[u]nbestritten unbegrenzte[n] Verantwortung des Staates für die Bereitstellung von Fachinformationen aus seinem hoheitlichen Aufgabenbereich und aus dem Verwaltungsvollzug"*, über eine nur begrenzte Verant-

²⁸ Zur juristischen Auseinandersetzung mit dem Subsidiaritätsprinzip vgl. die Zusammenfassung in [Goebel/Schadt/Schwuchow 1984, S. 13 ff.].

wortung hinsichtlich der wissenschaftlich-technischen FI, die *"nur im Einzelfall unter Würdigung der Marktlage und Abwägung berechtigter gesellschaftlicher Interessen zu bestimmen"* sei, bis hin zu einer auf die Rahmenbedingungen begrenzten Verantwortung des Staates im Bereich der Wirtschaftsinformation [Goebel/Schadt/Schwuchow 1984, S. 16].

Abschließend kann festgehalten werden, daß der Staat in vielfacher Hinsicht Aufgaben im Fachinformationsbereich wahrnimmt. Dazu gehört u. a., daß er selbst Fachinformationen anbietet und nachfragt. Außerdem beeinflusst er durch ordnungspolitische Maßnahmen und finanzielle Mittel sowohl direkt als auch indirekt den Fachinformationsmarkt. Als ein Beispiel für die Tätigkeit des Staates auf der Grundlage seiner gesamtgesellschaftlichen Verantwortung kann die Förderung von Lösungsversuchen für die Langzeitarchivierung von Dokumenten bzw. Informationen genannt werden, denn – wie Lorenz bereits normativ formulierte – den *"Erhalt des Gedächtnisses einer Gesellschaft kann man nicht vom kommerziellen Erfolg eines Unternehmens abhängig machen"* [Lorenz, S. 2].

3 Entwicklung der Fachinformationsprogramme

3.1 Ausgangssituation

In der Bundesrepublik existierten Anfang der 1960er Jahre bereits mehrere hundert Dokumentationsstellen in öffentlicher und privater Trägerschaft [BRH 1962, S. 22]. Diese waren jedoch i.d.R. völlig unabhängig voneinander aufgrund des Informationsbedarfs von einzelnen Behörden, wissenschaftlichen Instituten und Wirtschaftsunternehmen entstanden, weshalb man von einem *"allgemeinen Wildwuchs ohne Koordination"* [Butzek/Windel 1978, S. 81] sprach. Es gab in dieser Zeit keinerlei Anzeichen für staatliche Koordinierungsmaßnahmen im Sinne einer Infrastrukturpolitik für den IuD-Bereich und nur in sehr geringem Maße eine staatliche Finanzierung des Informations- und Dokumentationswesens.

Dies änderte sich erst Anfang der 60er Jahre, als nach Ende des sogenannten "Wirtschaftswunders", d.h. des ersten wirtschaftlichen Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg, und aufgrund des zunehmenden internationalen Wettbewerbs *"auch von staatlicher Seite in der Bundesrepublik die Bedeutung von Forschungs-, Technologie- und Ausbildungspolitik für die Prosperität der gesamten Volkswirtschaft"* [Kuhlen 1995, S. 207] erkannt wurde. Verbunden war dies mit einem wachsenden Bewußtsein für die Rolle des Informations- und Dokumentationswesens in diesen Bereichen.

Auf internationaler Ebene wurde der sogenannte "Sputnik-Schock"²⁹ im Jahr 1957 zum entscheidenden Auslöser für die Beschäftigung mit Fragen der Information und Dokumentation in den westlichen Staaten. Er führte dazu, daß *"wissenschaftliche Forschung und Förderung der Technikentwicklung als eine gesamtstaatliche Aufgabe 'entdeckt' und in ihrer strategischen Bedeutung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und internationale Konkurrenzfähigkeit der Nationen erkannt wurde"* [Stroetmann 1990, S. 663]. Damit verband sich gleichzeitig die Erkenntnis, daß wissenschaftliche Information und Dokumentation für diesen Prozeß von zentraler Bedeutung ist. In den USA wurden daraufhin zahlreiche Aktivitäten gestartet, die u.a. bereits wenige Monate später zu einem Vorschlag für ein von der Bundesregierung einzurichtendes *"National Technical Information Center"* sowie 1963 zum international einflußreichen "Weinberg-Report" führten.

Eine weitere Voraussetzung für die Entwicklung des Fachinformationswesens war neben dem wachsenden staatlichen Engagement, daß sich in den 50er und 60er Jahren die Leistungsfähigkeit der Dokumentation an sich verbesserte, weil der technologische Fortschritt die elektronische Speicherung und Verarbeitung von Dokumenten ermöglichte.

3.2 Etappen auf dem Weg zum IuD-Programm von 1974

Bereits Ende der 50er Jahre erkannten einzelne Politiker, daß die wissenschaftliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik durch die fehlende Koordinierung und mangelnde Infrastruktur im Informationswesen stark beeinträchtigt wurde. Sie verstanden die Dokumentation zunehmend als ein Mittel zur Rationalisierung geistiger Arbeit und damit zur Effizienzsteigerung in Wissenschaft und Wirtschaft. Der damalige Staatssekretär im bayerischen Wirtschaftsministerium forderte beispielsweise: *"Es müßte zur allgemeinen Auffassung werden, daß die Dokumentation heute eine der wichtigsten Voraussetzungen, ja vielleicht der Beginn der Rationalisierungsarbeit schlechthin für die technisch-ökonomische Forschung und Praxis geworden ist."* [Guthsmuths 1958, S. 3]

3.2.1 Erstes Gutachten des Bundesrechnungshofes von 1962

Der Präsident des Bundesrechnungshofes veröffentlichte 1962 in seiner Funktion als Bundesbeauftragter für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung eine "Untersuchung über die

²⁹ Zur Überraschung der westlichen Welt war es der damaligen Sowjetunion am 04.10.1957 als erster Nation gelungen, einen Satelliten ("Sputnik") in die Erdumlaufbahn zu schicken. Schockierend war zunächst, daß der Westen vom technologischen Stand der Sowjetunion völlig überrascht wurde und die Politik nicht über die sich anbahnende Entwicklung informiert war. Zusätzlich wurde im Nachhinein bekannt, daß alle Informationen bereits vor dem Satellitenstart publiziert worden waren und beispielsweise englische Übersetzungen des Signalcodes des Satelliten in mindestens 6 amerikanischen Bibliotheken zur Verfügung standen. Bei einer besseren Organisation des Informationswesens wären somit die Aufklärungsaktionen der Geheimdienste, insbesondere die Entschlüsselung des Codes durch die Amerikaner, welche erst nach 6 Monaten und mit einem Aufwand von 20 Millionen Dollar gelang, nicht nötig gewesen [vgl. Kühlen 1995, S. 208].

wissenschaftliche Dokumentation in der Bundesrepublik Deutschland". Dieses Gutachten wurde später zu einer der zentralen Grundlagen für die Planung des ersten Förderprogramms der Bundesregierung im Fachinformationsbereich (IuD-Programm 1974 – 1977). Das Gutachten bemängelte insbesondere das Fehlen einer einheitlichen Ausrichtung der Dokumentationsstellen und *"einer zweckentsprechenden Koordinierung ihrer Arbeiten"* [BRH 1962, S. 3] und betonte gleichzeitig, daß Dokumentation ein geeignetes Mittel zur *"Leistungssteigerung bei Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung"* [BRH 1962, S. 23] sei. Eine wesentliche Kernaussage der Untersuchung war der Hinweis, daß Organisation und Finanzierung des Dokumentationswesens als Infrastrukturaufgaben des Staates verstanden werden, vergleichbar mit der staatlichen Zuständigkeit für das Bibliothekswesen [BRH 1962, S. 2]. Die Beteiligung der Wirtschaft wurde dabei jedoch nicht ausgeschlossen, sondern vielmehr als notwendig für *"eine wirklich leistungsfähige Dokumentation"* [BRH 1962, S. 2] erachtet. Der Präsident forderte den Aufbau eines nationalen Dokumentationsnetzes sowie die Einrichtung eines Instituts für das Dokumentationswesen, welches *"für die Koordinierung und Förderung aller Dokumentationsvorhaben der Bundesrepublik sowie für die Entwicklung neuer Dokumentationsverfahren zuständig sein"* [BRH 1962, S. 3] sollte. Dafür sollten in den einzelnen Fachbereichen *"bei Bedarf fachliche Dokumentationsstellen eingerichtet [... und die] Arbeiten der fachlichen Dokumentationsstellen eines größeren Fachbereiches [...] von einer Leitstelle zusammengefaßt und aufeinander abgestimmt werden"* [BRH 1962, S. 3]. Diese Empfehlungen des Gutachtens stellten *"einen wichtigen Anstoß zum Aufbau einer nationalen Infrastruktur"* [Butzek/Windel 1978, S. 106] dar.

3.2.2 Erste staatliche Koordinierungsmaßnahmen

Vor dem ersten Förderprogramm der Bundesregierung und z.T. auch vor Veröffentlichung des Gutachtens des Bundesrechnungshofes kam es bereits zur Gründung von einzelnen Einrichtungen, welche für die weitere Entwicklung des deutschen Informationswesens relevant wurden und somit als erste staatliche Koordinierungsmaßnahmen gewertet werden können. Dazu zählen die "Zentralstelle für Atomkernenergie-Dokumentation" (ZAED), das "Institut für Dokumentationswesen" (IDW), die "Zentralstelle für Maschinelle Dokumentation" (ZMD) sowie das "Referat für Dokumentation" im damaligen BMFT.

Die "Zentralstelle für Atomkernenergie-Dokumentation" (ZAED) wurde bereits 1957 im Auftrag des damaligen Atomministeriums, aus dem später das Wissenschaftsministerium (Bundesministerium für Forschung und Technologie, BMFT) hervorging, gegründet. Dabei handelte es sich allerdings noch *"um einen relativ isolierten Vorgang, der aber die ökonomischen und politischen Dimensionen von Dokumentation im internationalen Maßstab deutlich werden läßt"* [Butzek/Windel 1978, S. 93].

Mit dem "Institut für Dokumentationswesen" (IDW), das 1961 in der Max-Planck-Gesellschaft gegründet wurde, entstand dann eine erste zentrale Infrastruktureinrichtung für den IuD-Sektor der Bundesrepublik. Es hatte die Aufgabe, *"als nationale Steuerungsstelle das gesamte Dokumentationswesen in der Bundesrepublik zu erfassen, zu koordinieren, zu fördern und die internationale Zusammenarbeit zu pflegen, ohne selbst Dokumentation zu betreiben"* [Lechmann 1964, S. 164]. Damit war bereits ein Grundstein gelegt für die in den folgenden Jahren durch das IuD-Programm von 1974 geplante Infrastrukturpolitik.

1963, also ein Jahr nach dem Gutachten des Bundesrechnungshofes, wurde im damaligen Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung (das spätere BMFT) ein "Referat für Dokumentation" eingerichtet. Damit waren *"Information und Dokumentation erstmalig in institutionalisierter Form im Regierungsapparat verankert"* [Butzek/Windel 1978, S. 115]. Die Ansiedlung des Referats im Forschungsministerium legte zugleich die Zuordnung des Fachinformationsgebiets zum Wissenschaftssektor und damit die Zuständigkeit des BMFT für die späteren Fachinformationsprogramme fest.

1964 folgte dann die Gründung einer weiteren übergeordneten Einrichtung für den IuD-Bereich, nämlich die "Zentralstelle für Maschinelle Dokumentation" (ZMD). Ihre Aufgabe bestand in der *"organisatorisch-methodische[n] Beratung EDV-gestützter Verfahren im Dokumentationsbereich"* [Seeger 1997, S. 851].

3.2.3 Konzeptionen der Bundesregierung zur zukünftigen IuD-Politik

Dr. Heinz Lechmann, der damalige Leiter des Dokumentationsreferats im Bundesministerium, veröffentlichte 1964 und 1966 zwei grundlegende Beiträge, in denen er seine *"Vorstellung über die Gestaltung einer nationalen IuD-Politik"* [Seeger 1997, S. 851] formulierte. Die darin angesprochenen Ziele und geplanten Maßnahmen zur Strukturierung des Informations- und Dokumentationswesens wurden zusammen mit den Empfehlungen des Bundesrechnungshofes von 1962 zur maßgeblichen Grundlage für die Planung des ersten nationalen IuD-Förderprogramms in der Bundesrepublik Deutschland.

In den sogenannten Lechmann-Thesen befaßte er sich v.a. mit der Notwendigkeit staatlicher Förderung des IuD-Wesens. Das Ziel staatlicher Aktivitäten in den nächsten Jahren sei es, *"mit Hilfe einer dynamischen Informationspolitik den Auf- und Ausbau eines möglichst lückenlosen und leistungsfähigen Informationsnetzes sicherzustellen, das den Erfordernissen der Wissenschaft und Technik sowie der Legislative und Exekutive in gleicher Weise gerecht wird"* [Lechmann 1964, S. 164]. Dieses Netz sollte als ein *"dezentralisiertes*

Dokumentationssystem mit einer koordinierenden Zentrale" [Lechmann 1964, S. 164] strukturiert werden.

Aufbauend auf seine noch relativ allgemeinen Aussagen im Jahr 1964 stellte Lechmann zwei Jahre später 20 "Leitsätze für eine nationale Dokumentations- und Informationspolitik im Bereich der Wissenschaft und Technik" [Lechmann 1967] vor, die bereits detailliertere Ansätze für die zukünftige Entwicklung des IuD-Wesens enthielten. Er konkretisierte darin die geplante Struktur nach dem *"Prinzip der koordinierten Dezentralisation mit Fachgebietsgliederung"* [Lechmann 1967, S. 16] durch Beispiele und erläuterte die Aufgaben von zentralen Einrichtungen des IuD-Bereichs. Es sollten sowohl die "klassischen" IuD-Stellen als auch die *"Fach-, Spezial und Informationsbibliotheken und [...] Archive zu einem integrierten nationalen Dokumentations- und Informationssystem"* [Lechmann 1967, S. 16] zusammengefaßt werden. Aus- und Fortbildung sowie Professionalisierung von Fachkräften sollten ebenso gefördert werden wie die Nutzung von Informationsdienstleistungen *"durch entsprechende Aufklärung der potentiellen 'Informationsverbraucher'"* [Lechmann 1967, S. 18]. Eine seiner wesentlichen Forderungen deutete bereits die spätere Förderpolitik mit Hilfe der Fachinformationsprogramme an: Es sollte *"ein langfristiger Forschungs- und Entwicklungsplan [... erstellt werden, bei dem] der gesamte Informationsprozeß von der Informationserzeugung über die Dokumentation – unter Einschluß der wissenschaftlichen Bibliothek und des Archivs – bis zur Informationsnutzung zu berücksichtigen"* [Lechmann 1967, S. 18] sei. Lechmann dachte dabei insbesondere an *"eine Gesamtkonzeption und eine Gesamtplanung nach Maßstäben der Großforschung"* [Lechmann 1967, S. 19].

3.2.4 Planung eines Informationsbankensystems

Anfang der 70er Jahre begann die konkrete Planungsphase des Bundes für die zukünftige Gestaltung des Informationswesens. 1971 veröffentlichte eine interministerielle Arbeitsgruppe den Planungsbericht für ein nationales Informationsbankensystem [Informationsbankensystem 1971], der jedoch nie realisiert wurde. Auf nähere Einzelheiten dieses geplanten Systems und die Ursachen für dessen fehlende Umsetzung kann im Rahmen dieser Arbeit nicht eingegangen werden.³⁰ Aus zwei Gründen ist die Erwähnung dieser Bundesinitiative im Vorfeld des ersten IuD-Programms jedoch angebracht. Zum einen verzögerte die Erarbeitung des Informationsbankenberichts die Planung des IuD-Programms deutlich, da es zwischen den einzelnen Ressorts zu Kompetenzkonflikten kam und Mitarbeiterkapazitäten für die Erstellung des Berichts abgestellt werden mußten [s. Hahn 1992, S. 21]. Kompetenzkonflikte zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den beteiligten

³⁰ Vgl. hierzu ausführlicher [Informationsbankensystem 1971], [Seeger 1997, S. 852 f.] sowie [Hahn 1992, S. 20 f.].

Bundesministerien waren später auch charakteristisch für die Realisierungsprobleme der Fachinformationsprogramme. Obwohl der Bericht schließlich nicht weiter verfolgt wurde, finden sich – und das ist der wesentliche Grund für dessen Erwähnung – Elemente seiner Grundprinzipien im nachfolgenden Förderprogramm der Bundesregierung wieder. Dazu gehörte insbesondere, daß alle Wissensgebiete und alle denkbaren Benutzergruppen einbezogen sowie ein koordiniertes, aber dezentral organisiertes Institutionensystem aufgebaut werden sollte [s. Seeger 1997, S. 853].

3.3 Das erste Förderprogramm der Bundesregierung: IuD-Programm 1974 – 1977

Nach mehreren Jahren der Planung verabschiedete das Bundeskabinett schließlich 1974 ein Programm zur Förderung der Information und Dokumentation, das sogenannte "IuD-Programm 1974-1977" [BMFT 1975³¹]. Es stellte *"den erstmaligen Versuch auf gesamtstaatlicher Ebene dar, das Informations- und Dokumentationswesen in der Bundesrepublik nach einheitlichen Prinzipien organisatorisch wie fachlich zu gestalten"* [Funk/Krüger, Kap. 7.1].

3.3.1 Ziele, geplante Maßnahmen und Finanzierung

Das übergeordnete Ziel des IuD-Programms war es, *"einen besseren Zugang zu Informationen aller Art aus den verschiedenen Fach- und Aufgabenbereichen sicher[zu]stellen, damit die auf der Welt vorhandenen Erkenntnisse und Fakten zur Lösung der wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, technischen, politischen und sozialen Aufgaben unserer Zeit eingesetzt und Doppelarbeit und Fehlinvestitionen vermieden werden können"* [BMFT 1975, S. 10]. Insbesondere sollte das Programm dafür sorgen, *"daß das auf der Welt vorhandene Wissen der Allgemeinheit uneingeschränkt zur Verfügung steht"* [Lechmann 1977, S. 3]. Als Schwerpunkt wurde zwar die wissenschaftliche und technische Information genannt, aber gleichzeitig wies das Programm darauf hin, daß *"unter den Begriffen 'wissenschaftlich und technisch' alle Fachdisziplinen sowie interdisziplinäre und aufgabenbezogene Bereiche [...] verstanden"* [BMFT 1975, S. 18] werden. Zu den Adressaten des Programms zählten daher neben den Wissenschaftlern auch Wirtschaftsunternehmen, die politische Ebene (Regierung, Verwaltung) sowie der einzelne Bürger.

Im einzelnen sollten mit dem Programm folgende Ziele verfolgt werden [BMFT 1975, S. 10]:

- 1.) Erhöhung der Effizienz von *Forschung, Entwicklung und Ausbildung*
- 2.) Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der *Wirtschaft und Technik*, besonders auch der *Mittel- und Kleinbetriebe (KMU)*

3.) Unterstützung der Planungs- und Entscheidungsfähigkeit von *Parlament, Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung*

4.) Verbesserung der Informationsmöglichkeiten für den *Bürger* und *gesellschaftliche Gruppen*, vor allem zur Stärkung ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens

Das Ziel war es also, eine flächendeckende Informationsvermittlung und –versorgung zu erreichen. Für deren Realisierung beinhaltete das IuD-Programm ein *Strukturkonzept* und ein *Aktionsprogramm*.

3.3.1.1 Strukturkonzept

Das Strukturkonzept vermittelte "*die Vorstellungen der Bundesregierung über die anzustrebende Grundstruktur des wissenschaftlichen und technischen Informationswesens*" [Lechmann 1977, S. 3]. Diese Grundstruktur umfaßte drei wesentliche Aspekte: (1) die Informationseinrichtungen mit dem Konzept der Fachinformationssysteme, (2) die Informationsinfrastruktur sowie (3) den Bibliotheksbereich. Zum Bibliothekswesen wurden im IuD-Programm jedoch (mit Ausnahme der Zentralen Fachbibliotheken) keine eigenen Konzepte vorgestellt, da bereits mit dem "Bibliotheksplan '73" ein Entwurf für ein umfassendes Bibliotheksnetz der Bundesrepublik vorlag, welcher auch von der Bundesregierung unterstützt wurde. Die beiden Schwerpunkte des Strukturkonzepts stellten daher die Fachinformationssysteme sowie die geplante Infrastruktur dar.

3.3.1.1.1 Fachinformationssysteme

Durch Umgestaltung und Neuorganisation sollten Dokumentationseinrichtungen, Zentrale Fachbibliotheken und Übersetzungsdienste zu 16 überregionalen Fachinformationssystemen (FIS) mit jeweils einem Fachinformationszentrum (FIZ) als organisatorischem Kern sowie zu 4 Informationseinrichtungen mit besonderer Zweckbindung (IZ) zusammengefaßt und ausgebaut werden.

Folgende 16 FIS³² waren geplant [s. BMFT 1975, S. 26]:

- FIS 1: Gesundheitswesen, Medizin, Biologie, Sport
- FIS 2: Ernährung, Land- und Forstwirtschaft
- FIS 3: Chemie
- FIS 4: Energie, Physik, Mathematik
- FIS 5: Hüttenkunde, Werkstoffe, Metallbe- und –verarbeitung
- FIS 6: Rohstoffgewinnung und Geowissenschaften

³¹ Das Jahr 1975 bezieht sich auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Programms.

³² Die hier verwendete Numerierung der einzelnen FIS weicht von der im IuD-Programm aufgestellten Reihenfolge ab und entspricht statt dessen der Numerierung der später veröffentlichten Planungsberichte zu den Fachinformationssystemen und damit auch der in der Sekundärliteratur verwendeten FIS-Numerierung [vgl. Seeger 1997].

- FIS 7: Verkehr
- FIS 8: Raumordnung, Bauwesen, Städtebau
- FIS 9: Verbrauchsgüter
- FIS 10: Wirtschaft
- FIS 11: Recht
- FIS 12: Bildung
- FIS 13: Sozialwissenschaften
- FIS 14: Geisteswissenschaften
- FIS 15: Auslandskunde
- FIS 16: Elektrotechnik, Feinwerktechnik, Maschinenbau

Für solche Informationsaufgaben, die sich keinem bestimmten Fachbereich zuordnen lassen, sollten folgende IZ aufgebaut werden [s. BMFT 1975, S. 33 f.]:

- (1) Patente
- (2) Forschungsinformation
- (3) Umwelt
- (4) Technische Regelwerke

Als Aufgaben der Fachinformationssysteme nannte das IuD-Programm u.a. Sammlung, Erfassung und inhaltliche Erschließung von Dokumenten und Daten, Recherchen, allgemeinverständliche Informationsbereitstellung für den fachlich nicht vorgebildeten Benutzer (!), Versorgung mit Übersetzungen, Zusammenarbeit mit dem Ausland, Analysen des Informationsbedarfs, fachspezifische Ausbildung und Benutzerschulung sowie den Aufbau von Informationsspeichern [s. BMFT 1975, S. 26 f.]. Zur Koordination dieser Aufgaben sollten die Fachinformationszentren für ihr jeweiliges FIS insbesondere Managementfunktionen wahrnehmen und dazu beispielsweise die Informationsdienstleistungen planen und kontrollieren, deren Inanspruchnahme und Effizienz analysieren, Aufträge für dezentral durchzuführende Aufgaben vergeben, die Zusammenarbeit mit anderen FIS und ausländischen Stellen regeln sowie schließlich die für das eigene FIS bestimmten finanziellen Mittel des IuD-Programms verwalten [s. BMFT 1975, S. 28].

3.3.1.1.2 Informationsinfrastruktur

Die Infrastruktur des Informationsbereichs sollte verbessert werden durch

- Zusammenfassung der bereits vom Bund geförderten Infrastruktureinrichtungen zur Gesellschaft für Information und Dokumentation (GID)
- Verstärkung von Forschung und Entwicklung im Informationswesen
- internationalen Erfahrungsaustausch
- ein gemeinsames Ausbildungskonzept für das Bibliotheks-, Dokumentations- und Archivwesen [s. BMFT 1975, S. 43 ff.].

3.3.1.2 Aktionsprogramm

Das Aktionsprogramm betraf die Sach- und Finanzplanung bis 1977 und enthielt *"die an der mittelfristigen Finanzplanung orientierten konkreten Fördermaßnahmen des Bundes"* [Lechmann 1977, S. 4]. Es sollte die einzelnen IuD-Aktivitäten schrittweise in das Strukturkonzept überführen, die Grundlagen für ein effizientes Informationssystem legen und die Voraussetzung für die Erfüllung internationaler IuD-Aufgaben schaffen [s. Funk/Krüger, Kap. 7.1]. Darin wurden sowohl institutionelle als auch projektbezogene Fördermaßnahmen aufgeführt. Das Aktionsprogramm sah für den Zeitraum von 1974 bis 1977 Fördergelder in Höhe von 442,3 Mio. DM vor, wobei 243 Mio. DM für die überregionalen Infrastruktureinrichtungen, 115 Mio. DM für Bibliotheken mit überregionalen Aufgaben,³³ 43 Mio. DM für die GID und 41 Mio. DM für sonstige infrastrukturelle Maßnahmen³⁴ eingeplant waren [s. BMFT 1974, S. 109 f.].

3.3.2 Realisierung und Kritik

Das IuD-Programm der Bundesregierung erfuhr einerseits internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung [s. Lechmann 1977, S. 4], wurde aber andererseits in der BRD von verschiedenen Seiten, insbesondere von Bibliothekaren, Verlegern und Buchhändlern kritisiert. Das Bibliothekswesen vermißte *"eine angemessene Berücksichtigung bibliothekarischer Belange"* [Lechmann 1977, S. 4] und befürchtete auseinanderstrebende Entwicklungen bei der Literaturversorgung – dem Schwerpunkt des Bibliotheksbereichs – und der Informationsvermittlung durch die IuD-Stellen. Die Fachverlage und Buchhändler monierten das Eingreifen des Staates in den Informationsmarkt und befürchteten ihre Verdrängung aus dem wissenschaftlichen Informationsprozeß durch öffentlich finanzierte und damit nicht konkurrenzfähige Informationsdienstleistungen [s. Lechmann 1977, S. 4 f.]. Außerdem beinhaltete das Programm zwei entscheidende Problembereiche, die sich auf dessen Realisierung und die Formulierung der nachfolgenden Fachinformationsprogramme auswirkten:

- (1) Politisch-rechtliche Probleme: Das IuD-Programm brachte vielfältige Kompetenzschwierigkeiten mit sich. Das betraf insbesondere die Frage nach der Abgrenzung von Bundes- und Länderkompetenzen, die sich durch den föderalen Aufbau der BRD und die damit verbundene Kulturhoheit der Länder ergab. Eine unzureichende Beteiligung der Länder an der Planung des Programms führte nach Ansicht des Bundesrechnungshofes dazu, *"daß die Bundesregierung ihr Strukturkonzept nicht verwirklichen konnte"* [BRH 1984, S. 20]. Auch die anfangs alleinige Zuständigkeit des BMFT für den gesamten IuD-Bereich wurde teilweise bemängelt. Außerdem beruhte das Programm auf dem

³³ Deutsche Bibliothek und Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz.

³⁴ Z.B. für das Forschungsprogramm Informationswissenschaft an Hochschulen.

Grundsatz, daß Information und Dokumentation in erster Linie Staatsaufgabe sei, was v.a. von den kommerziellen Informationsvermittlern deutlich kritisiert wurde.

- (2) Finanzielle Probleme: Der finanzielle Aufwand für das Programm war bei der Planung unterschätzt worden und wurde zu einem schwerwiegenden Problem bei dessen Umsetzung. Die tatsächlichen Kosten hätten die im Aktionsplan vorgesehenen 442 Mio. DM bei weitem überschritten. Insbesondere auch durch die Mitte der 70er einsetzende allgemeine Rezession ließ sich schließlich die umfassende Zielsetzung des Programms nicht mehr finanzieren.

Zu den wesentlichen Ergebnissen des IuD-Programms zählte die Gründung der zentralen Infrastruktureinrichtung "Gesellschaft für Information und Dokumentation" (GID). Nach langwierigen Verhandlungen wurden 1977 fünf bereits existierende Informationseinrichtungen³⁵ zur GID zusammengefaßt und deren gemeinsame Finanzierung durch Bund und Länder geregelt [s. Wissenschaftsrat 1984, S. 16]. Des weiteren wertete es der Bundesrechnungshof in seinem zweiten Gutachten zum deutschen Fachinformationswesen als Erfolg, daß die geförderte Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im IuD-Bereich eine schnelle und umfassende Nutzung der Informationsdienstleistungen ermöglichte [BRH 1984, S. 12].

Von den ursprünglich geplanten 20 Informationssystemen hatten mit dem Auslaufen des IuD-Programms Anfang 1978 allerdings nur wenige die formelle Gründung bereits vollzogen. Die für jedes FIS gebildeten "Fachplanungsgruppen" konnten zu diesem Zeitpunkt lediglich 10 der 20 benötigten Planungsberichte vorweisen [s. Seeger 1997, S. 855]. Außerdem wurden nur einige der für die Fachinformationssysteme vorgesehenen FIZ und IZ neu gegründet. Im Laufe der folgenden Jahre übernahmen statt dessen teilweise – besonders durch die Förderung der Nachfolgeprogramme – bereits bestehende Einrichtungen die Funktionen eines Fachinformationszentrums.

Heute existieren folgende öffentlich geförderte Fachinformationseinrichtungen:³⁶

- Fachgebiete Bio-, Agrarwissenschaften und Umwelt: DIMDI, ZADI, UMPLIS und BISP
- Fachgebiete Naturwissenschaften, Technik, Patente: FIZ Karlsruhe, FIZ Chemie, FIZ Technik, GEOFIZ, DITR, IRB, BAST, Deutsches Patentamt
- Fachgebiete Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: BfAI, STATIS-Bund, Juris, ZPID, FIS Bildung, Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen und Länderkunde, GESIS, IAB [s. BMBF 1996, S. 130 ff.]

³⁵ IDW, ZMD, SfS, Arbeitsgruppe für Nichtnumerik der GMD und ZDOK.

³⁶ Abkürzungsverzeichnis s. S. 57.

Die anfangs geplanten Fachinformationssysteme für Verbrauchsgüter (FIS 9), Wirtschaft (FIS 10) und Geisteswissenschaften (FIS 14) wurden dagegen nie realisiert [s. Henzler 1992, S. 16]. Dies hatte verschiedene Gründe, zu denen u.a. die in den 70er Jahren einsetzende Finanzknappheit sowie Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern zu rechnen sind. Beispielsweise wurde im Jahr 1980 die für das FIS Geisteswissenschaften vorgesehene staatliche Förderung eingestellt, nachdem sich Bund und Länder aufgrund der damals angespannten Haushaltslage *"nicht mehr auf ein gemeinsames finanzielles und organisatorisches Konzept einigen"* [Horvath 1997, S. 163] konnten. Des Weiteren entschied man sich auch gegen die ursprünglich geplante Errichtung eines FIZ Wirtschaft und argumentierte, daß die Wirtschaft bei Bedarf ein Fachinformationszentrum mit eigenen Mitteln aufbauen könne [s. Hahn 1992, S. 27]. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung für die Informationsversorgung der *wirtschaftswissenschaftlichen* Forschung wurde demnach bereits damals nicht berücksichtigt. Im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich fehlt also bis heute eine dem FIZ Karlsruhe oder dem FIZ Chemie vergleichbare öffentlich geförderte Institution. Diesem Problem versuchen allerdings in jüngster Zeit verschiedene Kooperationen zwischen staatlich finanzierten und zum Teil auch kommerziellen Informationsanbietern zu begegnen. So entstand z.B. im Jahr 2000 die – nicht mit der im IuD-Programm geplanten Einrichtung zu verwechselnde (!) – Internet-Plattform "FIZ-Wirtschaft" (<http://www.fiz-wirtschaft.de>), die von der ZBW (Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Kiel), den beiden Wirtschaftsforschungsinstituten HWWA (Hamburg) und ifo (München) sowie dem kommerziellen Datenbankanbieter GBI betrieben wird und eine einheitliche Suchmöglichkeit für die Recherche in den Informationsbeständen dieser vier Kooperationspartner bietet.

3.4 Neuorientierung auf dem Weg zum Fachinformationsprogramm von 1985

Die finanziellen Probleme bei der Umsetzung des IuD-Programms und die allgemeine Trendwende in der Wirtschaftspolitik aufgrund der Wirtschaftskrise in den 70er Jahren führte Anfang der 80er Jahre zu einer Neuorientierung in der deutschen Fachinformationspolitik, die die Gestaltung aller weiteren Förderprogramme maßgeblich bestimmte. Diese Neuorientierung setzte bereits vor dem Wechsel von der sozial-liberalen zur konservativ-liberalen Regierungskoalition (1982) ein und wurde erstmals in einem Kabinettsbeschluss am 23.01.1980 offiziell verkündet. Zu den wesentlichen Punkten dieses Beschlusses zählten die Forderungen, daß langfristig eine Vollkostendeckung der Fachinformationszentren angestrebt und Dienstleistungen der Fachinformationseinrichtungen in der Regel zu marktorientierten Konditionen vertrieben werden sollten [s. Hahn 1992, S. 48]. Mit diesem Beschluss wurde erstmals das Postulat von der "Fachinformation als Infrastrukturaufgabe des Staates" in Frage gestellt und eine *"Orientierung an Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und damit eine am Markt ausgerichtete Fachinformationspolitik"* [Kuhlen 1995, S. 210] ange-

strebt. Des Weiteren sprach sich das Bundeskabinett gegen die bis dahin geltende alleinige Planungs- und Implementierungszuständigkeit des BMFT und statt dessen für eine Verteilung der Fachinformationszentren an die einzelnen Ministerien, entsprechend der Ressortzuständigkeit, aus. Diese neuen Grundprinzipien wurden schließlich am 18.02.1983 auch vom konservativ-liberalen Kabinett bestätigt und galten bis in jüngster Zeit als Rahmenrichtlinien für die Fachinformationspolitik und insbesondere für die entsprechenden staatlichen Förderprogramme [s. Kuhlen 1995, S. 210].

3.4.1 Leistungsplan Fachinformation des BMFT für 1982 – 1984

Noch unter der sozial-liberalen Regierungskoalition verabschiedete das BMFT im Jahr 1982 den "Leistungsplan Fachinformation, Planperiode 1982 – 1984". Er war im Gegensatz zum IuD-Programm kein Förderprogramm der Bundesregierung, sondern ein rein ressortspezifischer Plan und wurde " [o]ffenbar als Brücke zu einem späteren Programm angelegt" [Seeger 1997, S. 856]. Der Leistungsplan beschränkte die institutionelle Förderung im IuD-Bereich auf die GID, fünf Fachinformationszentren³⁷ sowie die Technische Informationsbibliothek (TIB) [BMFT 1982, S. 26]. Er deutete mit folgender Feststellung bereits die sich wandelnde Rolle des Staates in den nachfolgenden Förderprogrammen an: *"Auch im [...] Bereich der Fachinformation darf [...] die Formulierung staatlicher Ziele nicht mißverstanden werden als Anspruch des Staates auf weitgehende Steuerung oder gar als Versuch, Fachinformation grundsätzlich als Staatstätigkeit zu reklamieren. Vielmehr lassen sich staatliche Ziele auf dem Gebiet der Fachinformation vielfach am besten durch autonomes Handeln von gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere von Marktkräften im staatlich gesetzten, ordnungspolitischen Rahmen erreichen"* [BMFT 1982, S. 22]. Allerdings stellte die Marktorientierung im Leistungsplan noch nicht die allein maßgebliche Richtlinie dar. Der *"Zugang zur Fachinformation auch für Bürger und gesellschaftliche Gruppen"* [BMFT 1982, S. 24] spielte in diesem Plan immer noch eine gewisse Rolle, wenn auch nur als eines der *"Nebenziele"* [BMFT 1982, S. 24].

3.4.2 Zweites Gutachten des Bundesrechnungshofes von 1983

1983 veröffentlichte der Präsident des Bundesrechnungshofes eine zweite Untersuchung zur Fachinformation in der Bundesrepublik Deutschland [BRH 1983], mit der er die Einschätzungen des ersten Gutachtens von 1962 revidierte. Die Kritik des neuen Gutachtens am IuD-Programm von 1974 sowie die nachfolgende Stellungnahme der Bundesregierung bildeten *"die Marksteine der Demontage der informationspolitischen Weichenstellung der*

³⁷ Dies waren das FIZ Chemie, das heutige FIZ Karlsruhe, IRB, IZ und ZA.

70er Jahre" [Seeger 1997, S. 858] und mündeten schließlich in die Neuformulierung der Fachinformationspolitik durch das "Fachinformationsprogramm 1985 – 1988" [BMFT 1985].

In seinem zweiten Gutachten kritisierte der Bundesrechnungshof insbesondere, daß das IuD-Programm die Notwendigkeit für das staatliche Engagement nicht ausreichend begründete, daß es von einem Bedarf an Dokumentationen ausging, der jedoch nie hinreichend untersucht wurde und daß es v.a. zu weitgehende Ziele formulierte und besonders bei seinem flächendeckenden Ansatz zur Erschließung der gesamten Fachliteratur aller Wissensbereiche den dafür benötigten Personal-, Sachmittel- und Organisationsaufwand völlig unterschätzte [s. BRH 1983, S. II f.]. Das Gutachten konstatierte, daß aufgrund der technologischen und wirtschaftlichen Veränderungen *"die Grundlagen der damaligen Entscheidungen überholt"* [BRH 1983, S. III] seien und forderte daher eine Neuformulierung der Fachinformationspolitik. Dabei sah es die ursprünglich geplante Zentralisierung der Fachinformationseinrichtungen wegen der Entwicklungen in der Mikrorechner-technik als nicht mehr zwingend notwendig an und betonte, daß die Ausdifferenzierung des sogenannten Informationsmarktes eine verlässliche Orientierung für alle Betroffenen (Verleger, Dokumentare, Datenbasenproduzenten, Datenbankanbieter und Informationsvermittler) erforderlich mache [s. BRH 1983, S. III]. Der Bundesrechnungshof vermied ein abschließendes Urteil über die künftige Gestaltung der Fachinformationspolitik, weil dies als politische Aufgabe angesehen wurde [vgl. Kuhlen 1995, S. 212]. Er forderte von der Politik jedoch die Klärung der zentralen Frage, *"inwieweit es sich bei dem Bereich Information und Dokumentation um eine Infrastruktur handelt, die die öffentliche Hand vorzuhalten hat, oder um einen Teilmarkt, bei dem der Staat nur die Rahmenbedingungen setzt"* [BRH 1983, S. 88].

In einer Stellungnahme zum Gutachten des Bundesrechnungshofes kündigte die Bundesregierung daraufhin an, ihre Fachinformationspolitik neu zu formulieren und dazu ein "Fachinformationsprogramm 1985 – 1988" vorzulegen [BMFT 1983, S. 7]. Sie begrüßte ausdrücklich die Empfehlungen des Bundesrechnungshofes und legte bezüglich der zentralen Fragestellung "Staat oder Privatwirtschaft?" für das zukünftige Förderprogramm folgenden Grundsatz fest: *"Im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft ist Produktion und Vertrieb von Fachinformation in der Regel Aufgabe der privaten Wirtschaft und unterliegt damit der privaten Initiative"* [BMFT 1983, S. 9]. Als zweiten Grundsatz betonte sie allerdings das Prinzip der Subsidiarität, wonach eine staatliche Förderung der Fachinformation in denjenigen Bereichen erforderlich sei, in denen die Selbstregulierung des Marktes nicht die im öffentlichen Interesse liegenden Ergebnisse erbringe. Als dritten Grundsatz führte sie schließlich an, daß der Staat auch selbst Fachinformation produzieren und vorhalten könne, wenn dies zur Erfüllung staatlicher Aufgaben und Informationspflichten erforderlich sei [s. BMFT 1983, S. 9].

3.5 Das zweite Förderprogramm der Bundesregierung: Fachinformationsprogramm 1985 – 1988

Die Neuformulierung der deutschen Fachinformationspolitik wurde 1985 als "Fachinformationsprogramm 1985 – 1988 der Bundesregierung" [BMFT 1985] veröffentlicht. Bereits im Vorwort wies der damalige Forschungsminister Riesenhuber darauf hin, daß durch das Programm *"neue Leitlinien für das Verhältnis Staat – Wirtschaft festgelegt sowie die Förderung auf Schwerpunkte konzentriert"* [BMFT 1985, S. 7] werde. Insbesondere wolle die Bundesregierung *"den breiten Planungsansatz des IuD-Programms, gleichrangig 20 Fachinformationszentren einzurichten, nicht mehr weiterverfolgen"* [BMFT 1985, S. 7]. Die neuen Leitlinien des Programms beinhalteten v.a. eine Präzisierung der Abgrenzung zwischen Staat und Privatwirtschaft im Bereich der Fachinformation. Die Förderkompetenz des Bundes wurde beschränkt auf die im Grundgesetz ausdrücklich genannten (z.B. Bundesgesetze) und die ungeschriebenen verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten (z.B. zur Förderung der Auslandsbeziehungen) sowie die Zusammenarbeit mit den Ländern bei Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 b GG (z.B. zentrale Bibliotheken) und die Ressortzuständigkeiten, die sich aus den Aufgaben und Informationspflichten der Bundesressorts ergeben [s. BMFT 1985, S. 15]. Fachinformation sollte nun *"grundsätzlich über den Markt bzw. in [...] Ausnahmefällen zumindest gegen eine marktgerechte Vergütung angeboten werden"* [BMFT 1985, S. 116]. Bezeichnend für die neue Rolle des Staates war der Hinweis, daß die Bundesregierung nicht beabsichtige, *"die Produktions- und Angebotsstrukturen im Markt für Fachinformation in bestimmte Bahnen zu lenken"* [BMFT 1985, S. 16]. Staatliche Förderungen sollten statt dessen nur noch aufgrund übergeordneter gesellschaftlicher oder gesamtwirtschaftlicher Gründe erfolgen, d.h. sofern die Grundlagenforschung, die staatliche Daseins- und Zukunftsvorsorge oder besonders risikoreiche, aufwendige und die Privatwirtschaft überfordernde Vorhaben betroffen seien. Die Förderung mußte sich am Prinzip der Subsidiarität orientieren und durfte den Wettbewerb nicht beeinträchtigen [s. BMFT 1985, S. 16].

3.5.1 Ziele, geplante Maßnahmen und Finanzierung

Das Programm definierte folgende Ziele für die Fachinformationspolitik [BMFT 1985, S. 17]:

- Verbesserung der Rahmenbedingungen des Fachinformationsmarktes
- Stärkung des Informationstransfers innerhalb der Wissenschaft und zwischen Forschung und Wirtschaft
- Sicherung des grenzüberschreitenden Datenverkehrs
- Erhöhung von Nutzung und Akzeptanz der Fachinformation in Wissenschaft, Wirtschaft, Staat, Gesellschaft und den Medien

- Verbesserung der Marktchancen der deutschen Wirtschaft und Erschließung von Arbeitsplätzen auch in der Informationswirtschaft

Aus diesen allgemeinen Zielen ergaben sich folgende Förderschwerpunkte³⁸ [BMFT 1985, S. 23 ff.], für die insgesamt 939 Mio. DM – verteilt auf die einzelnen Bundesressorts – vorgesehen waren [BMFT 1985, S. 72 f.]:

1. Verbesserung der Rahmen- und Entwicklungsbedingungen durch Förderung im Bereich der technologischen Rahmenbedingungen (z.B. Aufbau des ISDN-Fernmeldenetzes und Förderung des Deutschen Forschungsnetzes) und durch Maßnahmen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen (z.B. Normenentwicklung durch das DIN); im Programm finden sich jedoch keine Angaben über die Höhe der hierfür evtl. vorgesehenen Fördermittel
2. Produktion und Herausgabe von Fachinformation mit einem Schwerpunkt der Förderung auf dem Aufbau von Faktendatenbanken, insbesondere Beilstein (organische Chemie) und Gmelin (anorganische Chemie); dafür waren im Programmzeitraum von 1985-88 405 Mio. DM an Bundesmitteln vorgesehen, was ca. 43 % der gesamten Fördermittel entsprach
3. Angebot der elektronischen Fachinformation mit einem Schwerpunkt der Förderung auf dem internationalen Verbundsystem und der Verknüpfung mit dem Deutschen Forschungsnetz; vorgesehene Bundesmittel: 124 Mio. DM = ca. 13 %
4. Nutzung der Fachinformation mit Schwerpunkten bei Modellversuchen zur Informationsvermittlung für Klein- und Mittelunternehmen und der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Fachinformationsträgern (z.B. durch elektronische Dokumentlieferdienste); vorgesehene Bundesmittel: 304 Mio. DM = ca. 32 %
5. Informationswissenschaft mit einem Schwerpunkt auf Projekten zu Produkt- und Verfahrensinnovationen sowie zu rechnergestützten Übersetzungssystemen; vorgesehene Bundesmittel: 106 Mio. DM = ca. 11 %
6. Internationale Zusammenarbeit bei Aufbau, Angebot und Nutzung von Informationsbanken mit den Staaten der damaligen EG, internationalen Organisationen und anderen Industrie- und Entwicklungsländern; hierfür wurden jedoch keine gesonderten Mittel ausgewiesen

³⁸ Die genaue Anzahl der Schwerpunkte des Programms ist nicht eindeutig erkennbar. Im Anhang des Programms [Teil 4, S. 72 f.] werden nur für 4 Schwerpunkte finanzielle Mittel ausgewiesen, in der "Zusammenfassung der Schwerpunkte" [Teil 2, Kapitel 4, S. 17 ff.] werden jedoch fünf Schwerpunkte genannt und im ausführlichen Teil [Teil 3, S. 23 ff.] werden sogar sechs Schwerpunkte erläutert.

3.5.2 Realisierung und Kritik

Um das Ziel einer Intensivierung des Austauschs von Fachinformationen zwischen Forschung und Wirtschaft zu realisieren, wurde mit Hilfe des zweitgrößten³⁹ Förderblocks (Nutzung der Fachinformation) von 1986 bis 1989 ein "Modellversuch Informationsvermittlung" durchgeführt [s. Schmidt 1992]. Hierdurch sollten insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) der Zugang zu Online-Datenbanken erleichtert und allgemein die Nachfrage nach Online-Informationen stimuliert werden. Dazu wurde u.a. versucht, zahlreiche staatliche und private Informationsvermittlungsstellen (IVS) *"an die freie Existenz im deutschen Informationsmarkt heranzuführen"* [Seeger 1997, S. 861]. Die Ergebnisse dieses Modellversuchs waren interessant und ernüchternd zugleich: Außer im Bereich der Wirtschaftsinformationen existierte in Deutschland kein nennenswerter Markt für kommerzielle Fachinformationsdienste. Es bestand außerdem nur eine sehr begrenzte Nachfrage nach Online-Fachinformationen durch die KMU, die jedoch eine der wichtigsten Zielgruppen des Fachinformationsprogramms darstellten. Die geringe Nachfrage dieser Unternehmen resultierte u.a. daraus, daß die dargebotene Form der Informationsdienste nicht akzeptiert wurde, die Unternehmen nicht bereit waren, für derartige Dienste Gebühren zu zahlen und häufig die bisherige Informationsversorgung als ausreichend empfunden wurde [s. Seeger 1997, S. 862]. Eine weitere Erkenntnis war, daß die IVS nicht mit der "reinen" Informationsvermittlung, sondern nur durch eine Verknüpfung der Informationsbeschaffung und -vermittlung mit zusätzlichen Beratungsdiensten eine Chance auf *"längerfristige Verankerung im Informationsmarkt außerhalb staatlicher Verantwortung"* [Seeger 1997, S. 862] haben könnten.

Aus Fachkreisen wurden verschiedene Aspekte des Programms heftig kritisiert. Kuhlen weist beispielsweise darauf hin, daß die Gruppe der Wissenschaftler im Vorwort des Programms aus gutem Grund nicht als Mitglieder desjenigen Ausschusses erwähnt wurde, welcher das Programm beraten und dessen Verabschiedung empfohlen hat. Denn sie haben zwar auch *"in zwei Hearings beraten, aber zugestimmt, wohl als einzige Zielgruppe – und deshalb ist sie vermutlich vergessen worden -, haben sie nicht. Ganz im Gegenteil. Wohl selten ist ein Programmentwurf so einmütig 'verrissen' worden wie das Fachinformationsprogramm auf dem zweiten Wissenschaftler-Hearing [...] 1984"* [Kuhlen 1986, S. 74]. Es wurden u.a. das Fehlen einer konzeptionellen Struktur, mangelnde Innovationen und Kreativität sowie eine vorschnelle Reduktion der Fachinformation *"auf eine enge Informationswirtschaft"* [Kuhlen 1986, S. 74] beanstandet.

³⁹ Bezogen auf die dafür vorgesehenen Finanzmittel von 32 % der Gesamtförderung.

3.5.2.1 Die Chemiedatenbanken Beilstein und Gmelin

Einer der vielen Kritikpunkte bezog sich auf den Aufbau der chemischen Datenbanken Beilstein und Gmelin. Aus den beiden gleichnamigen Handbüchern wurden mit Hilfe der BMFT-Gelder elektronische Faktendatenbanken aufgebaut, deren Vertriebsrechte jedoch beim Springer-Verlag liegen, welcher somit *"Nutznießer der öffentlichen Fördermittel"* [Hahn 1992, S. 62] ist. Das BMFT förderte diese Datenbanken u.a. mit dem Argument, *"daß sich Deutschland nicht von US-amerikanischen Datenbanken wie CAS [= Chemical Abstracts Service, Anm. d. Verf.] abhängig machen dürfe"* [Hahn 1992, S. 62]. Kritisch zu bewerten ist jedoch, daß sich die chemische Industrie als Hauptnutzer der Online-Chemieinformation am Aufbau dieser Datenbanken *"nicht oder nur minimal beteiligt"* [Kienbaum 1988, S. A-66] hat. Eine Evaluationsstudie zum Fachinformationsprogramm wies darauf hin, daß *"die seitens der öffentlich geförderten Anbieter erhobenen Nutzungsgebühren im Bereich der Industrie [...] recht gering"* [Kienbaum 1988, S. A-66] seien und nur unzureichend den hohen Aufwand für die Erstellung der Datenbanken berücksichtigen. In Anbetracht der Finanzkraft der Chemischen Industrie widersprach somit die intensive staatliche Förderung der beiden Datenbanken dem im Fachinformationsprogramm geforderten Subsidiaritätsprinzip, weil *"der Markt und das notwendige Geld zum Aufbau dieser Datenbanken vorhanden waren"* [Hahn 1996, S. 63]. Statt dessen fehlten Fördermittel für diejenigen Disziplinen, die aufgrund ihrer mangelnden ökonomischen Relevanz auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, d.h. insbesondere für die Geistes- und Sozialwissenschaften.

3.5.2.2 Die Auflösung der zentralen Infrastruktureinrichtung GID

Ein für die weitere Entwicklung des deutschen Fachinformationswesens nachhaltiges Problem bestand außerdem darin, daß das Programm keine besondere Infrastruktureinrichtung mehr vorsah. Bereits 1984 hatte der Wissenschaftsrat in einer "Stellungnahme zur Gesellschaft für Information und Dokumentation" Bund und Ländern empfohlen, *"die Förderung der GID nicht fortzuführen"* [Wissenschaftsrat 1984, S. 83], weil sie ihre Aufgaben nicht ausreichend erfülle. Auf die Ursachen für die *"im wesentlichen erfolglose Arbeit der GID"* [Seeger 1997, S. 859] kann hier nicht näher eingegangen werden. Aus der Stellungnahme des Wissenschaftsrats seien jedoch beispielhaft die mangelnde Qualifikation und Kompetenz der Mitarbeiter, unklare Aufgabenbeschreibungen, ungenügende Realisierungskontrollen und schließlich organisatorische Schwierigkeiten innerhalb der GID genannt. Die GID wurde daraufhin schrittweise aufgelöst und zum Teil in die "Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD)" fusioniert. Dies führte zu einem vielfach bis heute beklagten *"dauerhaften Verlust einer zentralen Infrastruktureinrichtung des deutschen Fachinformationsgebietes"* [Kuhlen 1995, S. 214]. Denn obwohl der Wissenschaftsrat in seiner Stellungnahme gleichzeitig darauf hinwies, daß die Aufgabe einer zentralen

Infrastruktureinrichtung für die FI *"von überregionaler Bedeutung und von gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischen Interesse"* [Wissenschaftsrat 1984, S. 83] sei und er daher Vorschläge für *"die institutionelle Förderung einer künftigen Einrichtung"* [Wissenschaftsrat 1984, S. 83] unterbreitete, bestand die einzige Aussage des Fachinformationsprogramms zu dieser Thematik in dem Hinweis, daß Bund und Länder *"über die weitere Entwicklung der Einrichtung entscheiden"* [BMFT 1985, S. 65] werden. Es kam jedoch nie zu dem erhofften *"konstruktiven Neuanfang"* [Kuhlen 1986, S. 74], den das Gutachten eigentlich anregen sollte. Statt dessen erweckte das Förderprogramm den Anschein, daß das Gutachten von staatlicher Seite gerne als Argument verwendet wurde für den Rückzug der staatlichen Verantwortung aus dem organisatorischen Informationsinfrastrukturbereich.

3.6 Das dritte Förderprogramm der Bundesregierung: Fachinformationsprogramm 1990 – 1994

Inhaltlich unterschied sich das Fachinformationsprogramm von 1990 nicht wesentlich vom Programm des Jahres 1985. Daher soll nachfolgend nur kurz darauf eingegangen werden.

3.6.1 Ziele, geplante Maßnahmen und Finanzierung

Programmatisch setzte das "Fachinformationsprogramm der Bundesregierung 1990 - 1994" [BMFT 1990] die Tendenz des Vorgängerprogramms fort, indem es der Marktorientierung und der Eigenfinanzierung sowie Privatisierung von Fachinformationseinrichtungen Priorität gab [s. BMFT 1990, S. 28; Czermak 1993, S. 21; vgl. auch Hahn 1992, S. 64]. Die Bundesregierung betonte in ihren Leitlinien erneut, daß sie *"keinen Einfluß auf Produktions- und Angebotsstrukturen zu nehmen"* [BMFT 1990, S. 22] gedenke und statt dessen Wert lege *"auf eine marktwirtschaftlich orientierte Branchenpolitik, die oligopolistischen und monopolistischen Tendenzen auf dem Fachinformationsmarkt vor allem durch eine Stärkung der Marktkräfte entgegenwirkt"* [BMFT 1990, S. 22].

Die Gewährleistung einer umfassenden Verfügbarkeit deutscher und internationaler Fachinformation für Nutzer in der BRD wurde als übergeordnetes Ziel genannt [s. BMFT 1990, S. 20]. Dafür waren folgende Maßnahmen⁴⁰ geplant: Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur zum Nachweis und zur Bereitstellung von FI, Sicherung des Zugriffs auf internationale FI, Weiterentwicklung des deutschen FI-Angebotes, Steigerung der Nutzung von FI, Förderung der Aus- und Weiterbildung sowie Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der FI [s. BMFT 1990, S. 20]. Auf die Bedürfnisse der neuen Bundesländer konnte das Programm kurz vor seiner Verabschiedung nur noch am Rande

⁴⁰ Entsprechend der heftig kritisierten sprachlichen Ungenauigkeiten des Programms [vgl. Stroetmann 1990] ist auch die Festlegung, welche Punkte die Ziele des Programms und welche seine Maßnahmen darstellen, nicht eindeutig gelungen. Die sechs Maßnahmen werden z.T. auch als Ziele bezeichnet.

eingehen und darauf hinweisen, daß eine mögliche *"Harmonisierung der wissenschaftlichen und technischen Informationssysteme der beiden deutschen Staaten"* [BMFT 1990, S. 52] vorbereitet werden soll. Trotzdem kam es im Rahmen der Programmpraxis zu zahlreichen staatlichen Maßnahmen und Förderprojekten für die Informationsversorgung der neuen Länder [vgl. Gehring/Nicolas 1995].

Bei der Finanzierung überrascht, daß das Programm trotz knapper Finanzlage mit einem Volumen von rund 1,9 Mrd. DM ausgestattet wurde, was einem jährlichen Zuwachs von durchschnittlich 400 Mio. DM entsprach. Die größten Anteile der Mittel entfielen auf die Schwerpunkte "Wissenschaftliche Bibliotheken" (690 Mio.) – wodurch sich aus deren Sicht erfreulicherweise das finanzielle Schwergewicht von den FI-Einrichtungen zu den Bibliotheken verlagerte –, "Fachinformationseinrichtungen" (621 Mio.) sowie "Produktion und Angebot" (406 Mio.) [s. BMFT 1990, S. 58].

3.6.2 Realisierung und Kritik

Für detailliertere Informationen zur Realisierung und den Ergebnissen sei an dieser Stelle auf die Evaluationsstudie zum Fachinformationsprogramm 1990 – 1994 [GIB 1995] verwiesen. Nachfolgend sollen stellvertretend nur einige der zahlreichen geförderten Einzelprojekte hervorgehoben werden.

Im Schwerpunkt "Angebotsverbesserung" förderte das BMFT u.a. den Aufbau eines integrierten Chemieinformationssystems, das über STN International angeboten wird. Dieses internationale Verbundsystem für wissenschaftliche und technische Information, dessen Host vom FIZ Karlsruhe betrieben wird, hat heute weltweit eine führende Position inne auf dem Markt für Datenbanken aus diesem Bereich, insbesondere bei den Chemie- und Patentdatenbanken [s. BMBF 1996, S. 92 ff.]. Ein wichtiger Schritt, um die angestrebte umfassende Verfügbarkeit von FI zu ermöglichen, war auch der neue Service TIBQuick der Technischen Informationsbibliothek Hannover. Denn damit konnte erstmals eine elektronische Literaturrecherche derart mit einer elektronischen Bestellung verknüpft werden, *"daß der Nutzer innerhalb von zwei Stunden die gewünschte Kopie des Volltextes per Fax erhalten kann"* [Czermak 1993, S. 21]. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Informationsmarktes wurden u.a. das Wissenschaftsnetz (WIN) auf die neuen Bundesländer ausgedehnt und die Telekommunikationsnetze insgesamt weiter ausgebaut. Zur Verbesserung der Nutzung von Fachinformation förderte das BMFT Modellprojekte, mit denen v.a. die Nutzung von elektronischer Fachinformation, d.h. Online- und CD-ROM-Datenbanken in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen gesteigert und die Informationsbeschaffung aus Datenbanken für Klein-, Mittel- und Handwerksbetriebe (MIKUM-Projekt) unterstützt werden sollte.

Das Programm wurde in den gleichen Punkten kritisiert wie sein Vorgänger. Insbesondere wurde erneut die enge Beschränkung auf den Informationsmarkt bemängelt, welche die *"demokratisch-sozialen, kulturellen oder ökologischen Aspekte der Informationswirtschaft und die staatliche Verantwortung hierfür"* [Stroetmann/Schwuchow 1990, S. 5] nicht beachtete. Nach seinen Kernaussagen zu urteilen sei es sogar noch nicht einmal ein wirkliches "Fachinformationsprogramm" gewesen, sondern durch die besondere Konzentration auf den Online-Bereich vielmehr *"ein 'Förderprogramm für elektronisch vermittelte Informationen aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich', ein geradezu marginaler Ausschnitt aus dem Gesamtbereich dessen, was die Bundesregierung unter Fachinformation(smarkt) versteht"* [Stroetmann/Schwuchow 1990, S. 4].

3.7 Das vierte Förderprogramm der Bundesregierung: Information als Rohstoff 1996 – 2000

Nach einem zweimaligen Abstimmungsprozeß in Form von jeweils sieben Gesprächsrunden mit Beteiligten⁴¹ des Informationswesens [s. Czermak 1997, S. 31] verabschiedete das Bundeskabinett schließlich im August 1996 das neue Förderprogramm "Information als Rohstoff für Innovationen" für die Laufzeit von 1996 bis 2000. Dem Vorwort nach war es *"eine von drei Säulen einer Multimedia-Politik, die Deutschlands Position in der globalen Informationsgesellschaft sichern soll"* [BMBF 1996, S. 3]. Das Förderprogramm setzte zum Teil die laufenden Projekte aus dem Vorgängerprogramm fort. Es unterschied sich jedoch in verschiedenen Punkten von den früheren Förderprogrammen. Dies ist auch in sprachlicher Hinsicht daran erkennbar, daß beispielsweise nicht mehr von "Fachinformation", sondern – wie im Programmtitel – nur noch von "Information" bzw. von "wissenschaftlich-technischer Information" gesprochen wurde. Damit manifestierte sich auch formal die bereits in der Praxis der früheren Programme deutlich gewordene Einschränkung auf diesen speziellen Teilbereich der Fachinformation. Die "ressortspezifischen Informationen" wurden zwar auch noch am Rande erwähnt [vgl. BMBF 1996, S. 22], spielten jedoch im Gesamtprogramm nur eine marginale Rolle und unterstanden ebenfalls der grundlegenden Ausrichtung des Programms, nämlich der strikten Marktorientierung. Das Programm definierte nun wirtschaftliche und technische Information eindeutig als *"ein wirtschaftliches Gut, eine Ware, die als Informationsprodukt oder -dienstleistung hergestellt, gehandelt und gekauft wird, also einen Markt besitzt"* [BMBF 1996, S. 19]. Dementsprechend sollten sich auch an der Produktion von ressortspezifischen Informationen private Unternehmen beteiligen können und diese Informationen sowohl der Wirtschaft als auch der Wissenschaft *"zu marktgerechten Bedingungen"* [BMBF 1996, S. 23] angeboten werden. Das damalige

Forschungsministerium beabsichtigte mit diesem Programm, die Privatisierungsbestrebungen und damit den Rückzug des Staates aus dem Bereich der Fachinformation fortzusetzen und zu intensivieren, was positiv formuliert wurde als eine geplante *"Überführung der jetzt noch stark staatlich geprägten Aktivitäten in eine möglichst große wissenschaftliche und wirtschaftliche Selbstverwaltung"* [Czermak 1997, S. 33]. Für die staatliche Förderung bedeutete dies, daß die Projektförderung in erster Linie als eine *"befristete Anschubförderung"* [BMBF 1996, S. 21] verstanden wurde und daß auch bei der institutionellen Förderung die staatliche Finanzierung deutlich verringert werden sollte.

3.7.1 Ziele, geplante Maßnahmen und Finanzierung

Czermak erläuterte in einer Stellungnahme folgende drei wesentlichen Programmziele und die darauf ausgerichteten Maßnahmen [vgl. Czermak 1997]:

1. Als zentrales Ziel des Programms wurde aufgeführt, daß jeder Wissenschaftler und Techniker in Deutschland von seinem Computer am Arbeitsplatz aus *"einen optimalen Zugang zu den weltweit vorhandenen elektronischen und multimedialen Volltext-, Literaturhinweis-, Fakten- und Softwareinformationen"* [BMBF 1996, S. 3] erhalten sollte. Für die Realisierung dieses Ziels waren u.a. die Projekte "MeDoC" (Multimediale elektronische Dokumente) sowie das Projekt "STN-Internet-Multimedia" geplant.
2. Wie bereits bei den Vorgängerprogrammen sollte als weiteres Ziel erneut die Nutzung von elektronisch verfügbaren Informationen insbesondere in den KMU verstärkt werden. Hierfür war v.a. das Projekt "INSTI" (Innovationsstimulierung der deutschen Wirtschaft durch wissenschaftlich-technische Information) gedacht.
3. Als drittes Ziel wurde explizit der beabsichtigte Rückzug des Staates aus der institutionellen Förderung der Fachinformationseinrichtungen genannt. Dies betraf insbesondere die beiden vom BMBF geförderten Fachinformationszentren FIZ Karlsruhe und FIZ Chemie, deren Eigenfinanzierungsquote (der sogenannte Kostendeckungsgrad) weiterhin erhöht werden sollte, damit sie in die Trägerschaft von wissenschaftlichen Organisationen und Verbänden oder privaten Unternehmen überführt werden konnten.

Die geplanten Maßnahmen des Programms waren fünf Förderschwerpunkten zugeordnet,⁴² für deren Finanzierung man wie im Vorgängerprogramm rund 1,9 Mrd. DM vorsah [s. BMBF 1996, S. 103]. Diese Mittel standen wieder den entsprechend zuständigen Bundes-

⁴¹ Wer diese "Beteiligten" im einzelnen waren, konnte von d. Verf. trotz direkter Nachfrage nicht ermittelt werden.

⁴² (1) Wissenschaftliche und technische Information und Kommunikation in Datennetzen, (2) Elektronische Publikation und multimediale Information, (3) Literatur- und Faktendatenbanken, (4) Wissenschaftliche Bibliothek und elektronische Information sowie (5) Nutzung der wissenschaftlichen und technischen Information. Für den im Programm genannten sechsten Schwerpunkt "Internationale Zusammenarbeit" wurden dagegen keine eigenen finanziellen Mittel ausgewiesen. Auch enthielt der Programmtext keine detaillierteren Angaben über konkrete Maßnahmen in diesem Bereich.

ressorts zur Verfügung. Die größten Finanzblöcke entfielen auf die beiden Schwerpunkte "Literatur- und Faktendatenbanken" (1 Mrd.) – was in erster Linie die Fachinformationseinrichtungen betraf – sowie "Wissenschaftliche Bibliotheken" (607 Mio.).

3.7.2 Realisierung und Kritik

In den folgenden Kapiteln soll zunächst ein positives Beispiel für die Entwicklung im Bereich der Fachinformation angesprochen und danach ein Problem aufgezeigt werden, welches sich direkt als Resultat aus den Zielvorgaben des jüngsten (Fach)informationsprogramms ergab.

3.7.2.1 Subito

Eines der bekanntesten und gleichzeitig eines der wenigen nahezu einstimmig positiv bewerteten Ergebnisse der Fachinformationspolitik ist Subito (<http://www.subito-doc.de>), der kooperative Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken. Bereits 1994 wurde das Subito-Projekt als "Bund-Länder-Initiative zur Beschleunigung der Literatur- und Informationsdienste" ins Leben gerufen [s. Hacker 2000, S. 306] und mit Hilfe der staatlichen Förderung ein technisches und organisatorisches Konzept für die Lieferung von Informationen erarbeitet [s. BMBF 1996, S. 63], wodurch 1997 der elektronische Lieferdienst gestartet werden konnte [s. Hacker 2000, S. 306]. Subito ermöglicht die Bestellung und schnelle Lieferung von Zeitschriftenaufsätzen und Büchern (sowie in Zukunft auch von elektronischen Publikationen) aus den beteiligten Bibliotheken zu bundesweit einheitlichen Preisen, wobei zwischen zwei Nutzergruppen unterschieden wird: Die Gruppe der Schüler, Studenten, Angehörigen von Hochschulen und sonstigen überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten Einrichtungen sowie Privatpersonen müssen im Gegensatz zur zweiten Gruppe der "kommerziellen" Benutzer nur eine relativ geringe Gebühr bezahlen. Subito war und ist ein wichtiges Element im Leitbild der "Digitalen Bibliothek", das die Fachinformationspolitik in den letzten Jahren zunehmend prägte. Denn dieser Dokumentlieferdienst ermöglicht die elektronische Bestellung und Lieferung von Dokumenten direkt vom bzw. an den Arbeitsplatz des Benutzers über das Internet und ergänzt den – zwar kostengünstigen aber langsameren – konventionellen Fernleihverkehr, bei dem der Benutzer i.d.R. mehrere Wochen auf die benötigte Literatur warten muß. Bei Subito wird dagegen eine Bearbeitung innerhalb von 72 Stunden garantiert, bei eiligen Bestellungen sogar innerhalb von 24 Stunden.

Interessant ist hierbei aber ebenfalls, daß vor kurzem auch bei Subito das programmatische Ziel des staatlichen Rückzugs aus den Fachinformationsdiensten und –einrichtungen sichtbar wurde. Denn das Projekt wurde nach der Schließung des Deutschen Bibliotheksinstituts (DBI) *"aus der Obhut der Bund-Länder-Koordinierung entlassen"* [Subito-AG] und

von einer 1999 gegründeten Subito-Arbeitsgemeinschaft übernommen. Auf der Homepage von Subito wird dieser Schritt als ein wichtiger *"Meilenstein auf dem Weg zu einem international wettbewerbsfähigen Dokumentlieferanten"* [Subito-AG] bezeichnet. Es bleibt allerdings abzuwarten, inwieweit auch in dieser Organisationsform die bisherige Preispolitik, die sich an den Bedürfnissen einer wenig finanzkräftigen Benutzergruppe aus Wissenschaft und Gesellschaft orientierte, aufrecht erhalten werden kann. Die Entwicklung bei der Preisgestaltung von Subito wird später ein entscheidendes Kriterium für eine abschließende Bewertung dieser Neuorganisation werden.

3.7.2.2 Privatisierung der Fachinformationszentren

Ein zentraler Kritikpunkt bei der Realisierung des jüngsten Programms bezog sich auf die intensiven Privatisierungsbestrebungen⁴³ hinsichtlich der Fachinformationszentren. Diese politische Zielvorgabe betraf v.a. die beiden vom BMBF geförderten Einrichtungen FIZ Karlsruhe und FIZ Chemie sowie das dem Justizministerium zugeordnete Juris. Während jedoch die Verkaufspläne bezüglich Juris, auf die das Bundesprogramm gar nicht explizit hinwies, eher leise im Hintergrund bearbeitet wurden und nur gelegentlich v.a. kleinere Bibliotheken die Besorgnis äußerten, daß bei einem Verkauf von Juris die Informationsversorgung der juristischen Lehre nicht mehr finanzierbar sein könnte, schlugen die explizit im Programm genannten Privatisierungspläne des BMBF – bzw. des zuständigen Referats – deutlich größere Wellen. Dessen Bestrebungen veranlaßte nämlich v.a. den Betriebsrat des davon betroffenen FIZ Karlsruhe mehrfach zu Aufrufen an Politiker, Landtagsausschüsse usw. Darin wies er auf die Funktion der FIZe als *"selbständige, wissenschaftliche Serviceeinrichtung von überregionaler Bedeutung"* [Lorenz 1998, S. 1] hin, deren Tätigkeit nach Ansicht des Wissenschaftsrates von *"gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse im Sinne der Kriterien für die gemeinsame Förderung von Bund und Länder"* [Wissenschaftsrat 1990, S. 101] im Rahmen der Blauen Liste sei und machte auf die durch die Privatisierung drohenden Probleme für die Fachinformationsversorgung aufmerksam. Neben der Sorge um den möglichen Verlust von Arbeitsplätzen wurde als Gefahr einer nicht-staatlichen Trägerschaft der Fachinformationszentren insbesondere angeführt, *"daß die dringend benötigte Fachinformation für Wissenschaft und Forschung künftig nicht mehr zu ähnlich günstigen Konditionen und in der gewohnten Qualität zur Verfügung stehen könnte. Angesichts des erklärten Kaufinteresses weltweit operierender Unternehmen mit erkennbarer Monopolabsicht (z.B. Reed-Elsevier) ist die Annahme durchaus realistisch, daß die Länder künftig ein mehrfaches [!] dessen für die Informationsversorgung ihrer Hochschulen zahlen müßten, was der Bund bei einer möglichen Privatisierung sparen*

⁴³ Privatisierungspolitik *"meint die Auslagerung von Vermögen und Leistungen des Staates und der Gemeinden in die Hand privater Eigentümer und Leistungsträger"* [Czada 1993, S. 559].

würde" [Lorenz 1998, S. 2]. Denn nach Ansicht der Betriebsräte des FIZ Karlsruhe könne *"nur eine unabhängige Non-For-Profit-Institution [...] sicherstellen, daß die Informationen grundsätzlich jedem in vollem Umfang zugänglich sind, indem sie den Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten der unterschiedlichen Benutzergruppen Rechnung trägt"* [Lorenz 1997, S. 1]. Selbst der Wissenschaftsrat hatte die Notwendigkeit einer Mischfinanzierung aus eigenen Einnahmen und öffentlichen Zuwendungen betont, weil die Hochschulen keine kostendeckenden Preise zahlen können.

Daß die Privatisierung zu diesem Zeitpunkt trotzdem oberste Priorität für das BMBF besaß, ließ u.a. die Vorgehensweise bei der Evaluation der beiden Fachinformationszentren durch die Unternehmensberatung Arthur D. Little (ADL) erahnen. Der Wissenschaftsrat hatte den Fachinformationszentren nämlich zuvor empfohlen, enger mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen zusammenzuarbeiten sowie die eigenen *"Arbeitsabläufe und Organisationsstrukturen von einer externen Unternehmensberatung untersuchen zu lassen. Letzteres haben Bund und Sitzländer zum Anlaß genommen, FIZ Karlsruhe und FIZ Chemie von [...] Arthur D. Little evaluieren zu lassen und gleichzeitig zu prüfen, welche Zukunftsperspektiven in nichtstaatlicher Trägerschaft es gäbe, welches die wichtigsten zukünftigen marktwirtschaftlich tragfähigen Arbeitsfelder seien, sowie welche Produkte volkswirtschaftlich notwendig, aber betriebswirtschaftlich nicht tragfähig seien"* [Lorenz 1998, S. 1]. Allerdings spielte nach Ansicht des FIZ Karlsruhe die vom Wissenschaftsrat empfohlene *"stärkere Wissenschaftsorientierung"* [Password 2001, S. 28] bereits im Prüfungsauftrag keine Rolle mehr. Die damals statt dessen durchgeführten *"Planspiele über mögliche Käufer, Beteiligungen und Besitzstrukturen"* [Lorenz 1998, S. 1] ließen vielmehr vermuten, daß *"lediglich Privatisierungs- und Teilungsmodelle wirklich ernsthaft verfolgt werden"* [Lorenz 1998, S. 1] sollten.

Daß es aber bis heute doch nicht zu der befürchteten Privatisierung der FIZe kam, lag am allgemeinen politischen Kurswechsel, den die neue Regierungskoalition aus SPD und GRÜNEN 1998 einläutete und der in Kapitel 4.2.2 als Ausblick auf eine mögliche Neuorientierung der Fachinformationspolitik skizziert werden soll.

4 Gesamtbetrachtung und Ausblick

Es ist heute unbestritten, daß die deutsche Fachinformationspolitik im Laufe ihrer Entwicklung für das Fachinformationswesen positive Impulse bieten und durchaus auch Erfolge vorweisen konnte. Sie hat v.a. dazu beigetragen, daß die zuvor völlig zersplitterten IuD-Aktivitäten einzelner Institutionen zu einer effizienter strukturierten Informationslandschaft umgestaltet wurden, auch wenn dies bei weitem nicht in dem Ausmaße realisiert werden

konnte, wie es ursprünglich mit Hilfe des IuD-Programms geplant war. Positiv wirkte sich für das Informationswesen beispielsweise auch aus, daß durch die staatliche Förderung ein Angebot an elektronischer Fachinformation initiiert wurde und in den letzten Jahren ein Aufholen der deutschen Anbieter auf dem weltweiten Online-Markt zu verzeichnen war.⁴⁴

4.1 Defizite der Fachinformationsprogramme

Allerdings überwiegen bei einer Gesamtbetrachtung der deutschen Fachinformationspolitik die kritischen Stimmen, die sowohl Ziele und Maßnahmen einzelner Programme als auch die Entwicklung der Fachinformationspolitik insgesamt betreffen. Die verschiedenen Äußerungen lassen sich unter folgender übergeordneter Kritik subsumieren:

Eine im Laufe der Jahre immer stärkere Reduktion des Fachinformationsbegriffs

- 1.) durch die zunehmende Ökonomisierung der Fachinformationspolitik und die damit verbundene enge Ausrichtung auf "Information als Ware" sowie
 - 2.) durch die Beschränkung auf die wissenschaftlich-technische Information
- führte dazu, daß andere wesentliche Bereiche der Fachinformation vernachlässigt und letztlich ausgegrenzt wurden, obwohl diese Aspekte ebenso von entscheidender Bedeutung für Wissenschaft, Gesellschaft und auch für die Volkswirtschaft sind.

Vernachlässigt wurde beispielsweise der demokratische Aspekt von Fachinformationen des Regierungs- und Verwaltungsbereiches. Denn bis heute existiert in Deutschland - im Gegensatz zu den meisten westlichen Ländern – auf Bundesebene kein gesetzlich verankertes allgemeines Zugangsrecht zu Informationen des öffentlichen Sektors nach dem Prinzip des amerikanischen "Freedom of Information Act" [vgl. Broschard 2001]. Dies wurde von Kuhlen bereits seit Ende der 80er Jahre als Defizit der deutschen Fachinformationspolitik angesehen und wiederholt kritisiert [vgl. Kuhlen 1987, S. 352; 1995, S. 223 und 1999].

Des Weiteren war die starke Ausrichtung auf den ökonomischen Aspekt von Fachinformationen auch einer der Hauptgründe dafür, daß "ökonomisch wenig relevante" Wissenschaftsdisziplinen wie die Geschichtswissenschaft oder die Geisteswissenschaften insgesamt in den auf das IuD-Programm folgenden Förderprogrammen keine Rolle mehr spielten [vgl. Horvath 1997]. Eine vom damaligen BMFT in Auftrag gegebene Evaluationsstudie zum Fachinformationsprogramm 1985 – 1988 stellte dazu fest: *"Die fehlende 'Vermarktbarkeit' geisteswissenschaftlicher Angebote und die im betreffenden Segment vorherrschende Arbeitsweise haben private Angebote bisher nicht entstehen lassen; derartiges ist auch*

⁴⁴ Statistische Daten zum Online-Markt (z.B. Umsätze von internationalen Informationsanbietern, Anzahl der angebotenen Online-Datenbanken verteilt nach Sachgebieten und Herstellerländern usw.) finden sich im Faktenteil des jüngsten Bundesprogramms [BMBF 1996, S. 108 ff.].

nicht absehbar. Unter Berücksichtigung des 'Subsidiaritätsprinzips' wäre hier durchaus eine Begründung für staatliches Eingreifen denkbar." [Kienbaum 1988, S. A-81] Trotzdem wurden die Geisteswissenschaften in den Nachfolgeprogrammen nicht berücksichtigt, was als Hinweis dafür gesehen werden kann, wie wenig das von diesen Förderprogrammen betonte "Subsidiaritätsprinzip" im Einzelfall zählte. Unter den Gesichtspunkt der "Vermarktbarkeit" kann auch der Überlebenskampf eingeordnet werden, den das IZ Sozialwissenschaften in den 80er Jahren führen mußte. Es hatte in dieser Zeit erheblich unter Mittelkürzungen zu leiden, weil die Eigenfinanzierung – und damit der von den jüngsten Fachinformationsprogrammen immer wieder hervorgehobene Kostendeckungsgrad – von sozialwissenschaftlicher Fachinformation quasi zwangsläufig nicht mit der Eigenfinanzierungsquote von "wirtschaftlich eher verwertbaren" wissenschaftlich-technischen Informationen mithalten kann. Daß das IZ Sozialwissenschaften trotz aller Probleme seitens der Politik damals nicht geschlossen wurde und statt dessen heute im Rahmen seiner Beteiligung an der "Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Struktureinrichtungen (GESIS)" weiterhin gefördert wird, ist nicht zuletzt auf die engagierte Lobbyarbeit seiner Mitarbeiter und insbesondere seines damaligen Leiters (Dr. Stroetmann) zurückzuführen [vgl. Hahn 1992, S. 32 f.].

Die zuvor genannten Kritikpunkte weisen bereits darauf hin, daß "der Markt" nicht das einzige Kriterium für eine verantwortungsvolle Fachinformationspolitik sein kann. Seit einigen Jahren wird nun die Problematik einer reinen Marktorientierung im Bereich der Fachinformationen zusätzlich aufgrund einer sich verschärfenden Zeitschriftenkrise spürbar. Die Kostenexplosion bei wissenschaftlichen Fachzeitschriften⁴⁵ zwingt nämlich immer mehr öffentlich finanzierte Bibliotheken dazu, ein Abonnement nach dem anderen zu kündigen, was letztlich die Literaturversorgung im Wissenschafts- und Forschungsbereich gefährdet. Eine wesentliche Ursache für diese Entwicklung sieht Prof. Grötschel, Vizepräsident des Konrad-Zuse-Zentrums für Informationstechnik, im "Pseudomarkt" der wissenschaftlichen Zeitschriften. Denn in Wahrheit gäbe es bei diesen Fachzeitschriften *"keinen wirklichen Markt, sondern nur eine Anhäufung von atomistisch kleinen Nischen"* [Sietmann o.J.], in denen die Marktmechanismen des Preiswettbewerbs nur unzureichend funktionieren. Aufgrund der wissenschaftlichen Spezialisierung gäbe es nämlich häufig nur wenige Titel für einen kleinen, aber hochspezialisierten Forschungsbereich, so daß die Verleger dieser Zeitschriften nicht um Autoren oder Abonnenten konkurrieren müßten [s. Sietmann 1999 a].

⁴⁵ Dies sollen folgende Vergleichszahlen verdeutlichen [s. Sietmann 1999, S. 216]: Das Etatvolumen der deutschen Universitätsbibliotheken lag 1997 nominal nur 1,3 % über dem von 1991. Im gleichen Zeitabschnitt verteuerten sich jedoch die geistes- und sozialwissenschaftlichen Zeitschriften um 27 % und die natur- und ingenieurwissenschaftlichen sogar um 77 %. Für die Situation in den USA ermittelte die amerikanische Association of Research Libraries (ARL), daß der Durchschnittspreis pro Zeitschrift von 1987 bis 1997 um 169 % und damit dreimal so stark wie die Inflationsrate angestiegen war. Die ihr angeschlossenen Bibliotheken mußten daher 1997 für 7 % weniger Zeitschriftentitel 124 % mehr an Bezugskosten aufbringen. Im gleichen Jahr erzielte Reed-Elsevier, der Marktführer unter den Verlagen, allein in seinem wissenschaftlichen Geschäftsbereich einen Gewinn von 230 Mio. Pfund bei einem Umsatz von 571 Mio. Pfund.

"Zeitschriften zur altfranzösischen Literatur stehen nicht im Wettbewerb zu Journalen in der Algebra. Selbst in der Mathematik ist die Konkurrenz unter den Zeitschriften gering." [Sietmann o.J.] Diese "Marktstrukturen" und der aus Reputationsgründen bestehende Veröffentlichungsdruck von Wissenschaftlern ermöglichen solche extremen Preissteigerungen, wie sie in den letzten Jahren zu beobachten sind.

Im Ausland, insbesondere in den USA, starteten bereits zahlreiche Initiativen aus akademischen Kreisen, mit denen nach Lösungen zur Bewältigung der Literaturversorgungskrise im Wissenschaftsbereich gesucht werden soll. Ein Versuch in dieser Richtung stellt *"der Aufbau alternativer Vertriebswege und Distributionplattformen"* [Sietmann 1999 a] dar, zu denen beispielsweise SPARC (Scholarly Publishing and Academic Resources Coalition) oder das gemeinnützige Unternehmen HighWirePress gezählt werden können.⁴⁶ Denn beide Initiativen bieten Fachgesellschaften und Universitäten kostensparende und alternative Vertriebswege für elektronische Journale an. Auch in Deutschland begannen schon vor Jahren, allerdings abseits der staatlichen Förderprogramme, ähnliche Bemühungen und führten beispielsweise 1995 zur Gründung der "Gemeinsamen Initiative der wissenschaftlichen Fachgesellschaften zur elektronischen Information und Kommunikation" (luK-Initiative), aus der inzwischen etliche Projekte hervorgingen, die – wie das Projekt "Dissertationen Online" – höchst relevant für die Weiterentwicklung im deutschen Fachinformationswesen sind. In diesem Zusammenhang war jedoch erneut zu erkennen, daß für die damalige Fachinformationspolitik unter Bundesminister Rüttgers – entgegen aller Behauptungen – die direkte Verbesserung der wissenschaftlichen Literaturversorgung eine deutlich geringere Priorität besaß als die Förderung kommerzieller Projekte, wie z.B. die *"Förderung von Verlagen bei der Umstellung auf die elektronische Produktion und Distribution"* [Sietmann 1999 a, Kap. "Deutsche Tristesse"] oder die Privatisierung der Fachinformationszentren. Dies zeigt sich beispielsweise daran, daß das Projekt MathNet (<http://www.mathnet.de>), welches auch aus der luK-Initiative entstanden war, keinerlei finanzielle Unterstützung durch das BMBF erhielt, obwohl es mit seiner Entwicklung, dem Prototypen für ein verteiltes Informations- und Publikationssystem, die Informationssituation im mathematischen Bereich maßgeblich verbesserte und dieses Konzept auch *"international breite Beachtung und Akzeptanz gefunden"* [luK 1999, Kap. 3.2] hat und sogar zur Weiterentwicklung aufgegriffen wurde.⁴⁷ Die deutsche Fachinformationspolitik zeichnete sich in den letzten Jahren also keineswegs durch eine intensive Berücksichtigung wissenschaftlicher Informationsbedürfnisse aus und war daher zunehmender Kritik seitens der Wissenschaftsgemeinde ausgesetzt.

⁴⁶ Zu den internationalen Initiativen vgl. ausführlicher [Sietmann 1999 a].

⁴⁷ Ausführlichere Informationen über MathNet finden sich bei [luK 1999, Punkt 3.2].

4.2 Neuorientierung

Mit der Übernahme der Regierungsmehrheit durch die Koalition aus SPD und GRÜNEN im Jahr 1998 scheint sich jedoch eine Trendwende in der Fachinformationspolitik anzudeuten. Dies zeigen sowohl die Absichtserklärungen und Vorschläge, wie sie beispielsweise das sogenannte "Eckwerte-Papier" [Tauss 1999] formulierte, als auch der konkrete Umgang der neuen Bundesregierung mit den Fachinformationszentren und schließlich ebenso die Ausschreibung einer Studie, welche Grundlagen für ein Strategiekonzept "Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information" erarbeiten soll. Diese drei Aspekte sollen in den folgenden Kapiteln als Hinweise auf eine mögliche Neuorientierung der Fachinformationspolitik erläutert werden.⁴⁸

4.2.1 "Eckwerte-Papier"

In welchen Bereichen der Fachinformationspolitik heute möglicherweise eine Bereitschaft der politischen Akteure zur Neuorientierung besteht, läßt sich anhand des Eckwerte-Papiers [Tauss 1999] darstellen. Es basiert auf den Beratungsergebnissen eines vom Bundestagsabgeordneten Jörg Tauss (SPD) im Jahr 1999 initiierten Expertenkreises⁴⁹ namens "Zukunft der Fachinformation" [vgl. Kühlen o.J., Sietmann 1999 b] und benennt 14 *"Eckwerte für eine neue Fachinformationspolitik in der Bundesrepublik"* [Tauss 1999, Untertitel]. Die wichtigsten Unterschiede zwischen diesen Eckwerten und der informationspolitischen Zielsetzung in den letzten 20 Jahren können wie folgt⁵⁰ zusammengefaßt werden:

Die grundlegende Forderung des Arbeitskreises an die zukünftige Fachinformationspolitik lautet: *"Oberstes Ziel einer verantwortlichen Fachinformationspolitik muß es sein, die Mitglieder und Institutionen der Gesellschaft in die Lage zu versetzen, informationell autonom zu agieren, d.h. sich den Zugriff auf die relevanten Informationsquellen zu zumutbaren fairen Bedingungen zu sichern und die Informationsprodukte bewerten und nutzen zu können."* [S. 489]

⁴⁸ Auf das Aktionsprogramm der neuen Bundesregierung "Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts" [BMBF 1999] wird dagegen nicht näher eingegangen. Zur Begründung vgl. Fußnote 21 auf S. 14.

⁴⁹ An diesem Expertenkreis nahmen u.a. teil: Dr. Michael Braun (ADL), Prof. Dr. Eberhard Hilf (Physik, Univ. Oldenburg), Prof. Dr. Rainer Kühlen (Informationswissenschaft, Univ. Konstanz), Dr. Jürgen Lorenz (Betriebsrat FIZ Karlsruhe), Hans Nerlich (DGI) und Prof. Dr. Wolfried Stucky (ehem. Präsident der Gesellschaft für Informatik). Von den zahlreichen weiteren Beteiligten möchten einige Personen, insbesondere aus dem direkten Umfeld der Fachinformationspolitik, nicht persönlich genannt werden, was als weiterer Hinweis auf die problematische Situation gewertet werden kann, in der sich die deutsche Fachinformationspolitik seit einigen Jahren befindet. Denn als Grund für die Anonymität wurde u.a. angeführt, daß die Mitwirkung bei der sog. TAUSS-Gruppe bereits zu beruflichen Schwierigkeiten geführt habe.

⁵⁰ Die nachfolgenden Zitate beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, jeweils auf [TAUSS 1999].

Dafür sei es zunächst wichtig, in den Märkten der Information *"nicht nur kommerzielle Marktplätze, sondern auch Foren des öffentlichen Austauschs von Wissen"* zu sehen [1. Eckwert]. Da jedoch der Informationswirtschaft eine Schlüsselrolle in der modernen Gesellschaft zukomme, bestehe vor diesem Hintergrund *"ein erheblicher Steuerungs- und Handlungsbedarf des Staates"* [5. Eckwert], um der Informationswirtschaft Anreize und Vorgaben für eine faire Preis- und Produktpolitik zu geben. Insbesondere solle der freie, d.h. effiziente und finanzierbare Zugang der Wissenschaft zu den von ihr benötigten Informationen gesichert sein [6. Eckwert]. Der 7. Eckwert läßt sich als Reaktion auf die Kostenexplosion im Bereich der Fachzeitschriften und die dadurch verursachte Zeitschriftenkrise in den wissenschaftlichen Bibliotheken deuten. Denn darin betont der Arbeitskreis, *"[e]s kann nicht sein, daß die Wissenschaft ihre eigenen Produkte von der Wirtschaft zurückkaufen muß"* und befürwortet daher – im Gegensatz zur konkreten Förderpolitik des früheren BMBF⁵¹ – die Entwicklung neuer Formen der wissenschaftlichen Direktpublikation und Direktverteilung. Des weiteren geht das Eckwerte-Papier auf den in den vergangenen Jahren nahezu völlig ausgegrenzten Bereich der öffentlichen Fachinformation aus Politik und Verwaltung ein und betont sowohl deren Bedeutung für die *"Rationalität und Effizienz von politischen und administrativen Handlungen"* [8. Eckwert] als auch für die *"Bildung von aufgeklärter Öffentlichkeit im demokratischen Gemeinwesen"* [9. Eckwert]. Es wird zwar nicht explizit ein Gesetz im Sinne des "Freedom of Information" gefordert. Der ungehinderte Zugang zu Regierungs- und Verwaltungsinformationen ist jedoch mit dem 8. und 9. Eckwert durchaus vereinbar und wurde auch bereits von der neuen Bundesregierung aufgegriffen, allerdings nicht in direktem Zusammenhang mit der Formulierung der Fachinformationspolitik [vgl. Broschard 2001, S. 14]. In diesem Punkt, d.h. in der Frage, ob und in welcher Form ein Zugangsrecht zu solchen Informationen in Zukunft ermöglicht wird, wird sich letztlich auch erweisen, wie grundlegend die Neuorientierung der Fachinformationspolitik von der derzeitigen Bundesregierung angegangen wurde. Ein weiterer deutlicher Unterschied zur bisherigen Fachinformationspolitik zeigt sich auch im 10. Eckwert. Darin weist nämlich der Expertenkreis darauf hin, daß *"Sicherung von Fachinformation, Archivierung von Wissen zum Zweck zukünftiger, gegenwärtig vielleicht noch unbekannter Nutzung [...] eine der zentralen Kulturaufgaben"* eines Staates sei. Damit wird betont, daß Fachinformation nicht nur eine ökonomische und eine politische, sondern auch eine gesellschaftliche Funktion hat. Als direkte Kritik an der bisherigen Praxis des zuständigen BMBF(–Referates) ist auch die Forderung nach mehr *"Transparenz und Mitwirkung aller dabei beteiligten Gruppen"* [12. Eckpunkt] zu sehen, obwohl gleichzeitig befürwortet wird, daß das BMBF weiterhin koordinierend und stimulierend tätig sein solle. Hinsichtlich der zukünftigen Situation der Fachinformationszentren hält es der Expertenkreis für wichtig, daß diese Einrichtungen *"in leistungsfähige vernetzte Organisationsformen eingebettet werden, anstatt eine*

⁵¹ Vgl. die Erläuterungen zu MathNet auf S. 46.

unreflektierte Privatisierung vorschnell als oberstes Ziel zu verfolgen" [13. Eckwert]. Im 14. Eckwert wird schließlich betont, daß die inzwischen unbefriedigende Situation des deutschen Fachinformationsgebietes seit der Auflösung der Gesellschaft für Information und Dokumentation (GID) auch auf das Fehlen einer solchen Infrastruktureinrichtung zurückzuführen sei. Daher müsse nun eine neue Fachinformationspolitik prüfen, unter welchen Bedingungen eine Fachinformationsinfrastruktur geschaffen werden könne.

Ob und wie weitgehend diese Vorstellungen tatsächlich von den relevanten politischen Akteuren, d.h. insbesondere vom BMBF, aufgegriffen und umgesetzt werden, wird sich noch zeigen müssen. Konkrete Ansatzpunkte für eine solche Neuorientierung sind jedoch heute schon in der gewandelten Einstellung des BMBF⁵² gegenüber den Fachinformationszentren und in der zur Zeit laufenden Studie für ein Strategiekonzept erkennbar.

4.2.2 Heutige Situation der Fachinformationszentren

Die kritische Stellung der SPD gegenüber den Privatisierungsbestrebungen der Vorgängerregierung im Hinblick auf die Fachinformationszentren wurde schon vor dem Regierungswechsel und damit auch vor dem Entstehen des Eckwerte-Papiers in einem Brief [Bulmahn/Tauss 1998] erkennbar, mit dem die beiden Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn (inzwischen Bundesministerin für Bildung und Forschung) und Jörg Tauss auf ein Schreiben der Betriebsräte des FIZ Karlsruhe reagierten. In diesem Brief wiesen sie nämlich darauf hin, daß sich eine AG Bildung und Forschung *"bereits seit einiger Zeit mit der geplanten Privatisierung der Fachinformationszentren in Berlin und Karlsruhe beschäftigt und auch mehrfach Stellung bezogen"* [Bulmahn/Tauss 1998, S. 2] habe und diese Privatisierung nach Ansicht der SPD *"aus ökonomischer Perspektive zu kurzfristig gedacht und informationspolitisch falsch"* [Bulmahn/Tauss 1998, S. 2] sei. Zu ihren Forderungen zählte des weiteren *"nicht nur die Fortsetzung der Förderung der Fachinformationszentren in Berlin und Karlsruhe im Rahmen der Blauen-Liste, sondern darüber hinaus der deutliche Ausbau der Fachinformationszentren zu möglichst alle Disziplinen umfassenden wissenschaftlichen Fachinformationsanbietern"* [Bulmahn/Tauss 1998, S. 2], was ein wenig an die ursprünglichen Intentionen des IuD-Programms erinnert.

⁵² Dies betrifft zumindest die Leitungsebene. Denn auch nach dem Regierungswechsel scheint man in dem für die Fachinformationspolitik zuständigen Referat eher der Zielrichtung der Vorgängerregierung zugeneigt zu sein, wie z.B. folgende Äußerung des noch amtierenden Referatsleiters erahnen läßt: *"Meine Ministerin hat die Frage der Zukunftsgestaltung [bzgl. FIZ Karlsruhe und FIZ Chemie; Anm. d. Verf.] vom Inhalt der neuen Programmatik abhängig gemacht, weil sie nicht 'vorschnell' eine Privatisierungsentscheidung der Vorgängerregierung übernehmen wollte. Es ist aber klar, je näher eine Eigenfinanzierungsquote von 100 % rückt, desto unvermeidbarer wird eine Entscheidung über die Zukunftsgestaltung beider Einrichtungen werden. Ich werde diese Entscheidung persönlich nicht mehr vorzubereiten haben, da ich am 31.8.2001 aus dem aktiven Dienst ausscheiden werde. Aber ich habe dazu eine dezidierte persönliche Meinung, für die Sie*

Die heutige Situation des FIZ Karlsruhe zeigt, daß die damaligen Äußerungen der SPD nicht als reine "Oppositionstaktik" angesehen werden können, sondern auch nach dem Wechsel von der Opposition in die Regierung weiter Gültigkeit zu haben scheinen. Denn erst kürzlich erklärte der Geschäftsführer des FIZ Karlsruhe, Herr Prof. Dr. Schultheiß: *"Die neue Bundesregierung hat relativ früh einen Kurswechsel vorgenommen und mehrfach festgestellt, dass die von der früheren Regierung angestrebte Privatisierung der FIZe derzeit kein Thema sei. [...] Das BMBF bleibt Hauptgesellschafter im FIZ."* [Password 2001 a, S. 28 f.] Des Weiteren bestätigte der Betriebsrat des FIZ, daß sich durch diesen politischen Kurswechsel auch der Charakter der ADL-Evaluierung verändert habe und betonte: *"Aus Gegnern sind Partner geworden"* [Lorenz 1999 a, S. 1]. Die Empfehlungen des inzwischen abgeschlossenen ADL-Gutachtens werden nun nicht mehr als Bedrohung, sondern als Chance zur Weiterentwicklung aufgefaßt. Insbesondere der Vorschlag von ADL, die bisherige institutionelle Förderung *"auf eine aufgabenbezogene Förderung einzelner Produkte oder Leistungen mit gesamtstaatlicher Relevanz"* [Password 2001 a, S. 28] umzustellen, wird vom FIZ Karlsruhe begrüßt und als "Versöhnung" von Markt und öffentlicher Aufgabe bzw. von betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interessen gewertet [vgl. Lorenz 1999 a, S. 1 und Password 2001 a, S. 29].

Auch bei Juris kam es – entgegen aller Spekulationen und Befürchtungen in den vergangenen Monaten – nicht zum vollständigen Verkauf an einen der in- oder ausländischen "Giganten" der Informationsbranche. Statt dessen verkaufte der Bund nur 47 % seiner Anteile an das niederländische Unternehmen Sdu und wird die ihm verbleibenden 50,1 % an Juris auch auf Dauer behalten, um dadurch Mehrheitsgesellschafter zu bleiben.⁵³ Ein interessanter Aspekt bei diesem Teilverkauf ist, daß es sich bei Sdu um die frühere niederländische Staatsdruckerei handelt, die selbst 1988 privatisiert wurde. *"Sdu dürfte als Partner ausgewählt worden sein, weil er die Vorgaben der Bundesrepublik Deutschland akzeptierte und als ehemaliger Staatsbetrieb und mit seinen weiterhin staatsnahen Aufgaben den Strukturen von Juris ähnelt."* [Password 2001 b, S. 4] Die Entwicklung bei Juris stellt aber, im Gegensatz zur Entwicklung beim FIZ Karlsruhe, keine Neuorientierung im eigentlichen Sinne dar. Denn im Gegensatz zum BMBF ist das für Juris zuständige Justizministerium mit dieser Strategie weitgehend seinen früheren *"ordnungspolitischen Vorstellungen treu geblieben"* [Password 2001 b, S. 2]. Dazu gehörte insbesondere die frühe Erkenntnis des Justizministeriums, daß Juris als juristisches Informationssystem eine nicht aufhebbar Doppelfunktion besitze, nämlich einerseits *"die infrastrukturelle Aufgabe der Informationsversorgung der obersten und eventuell weiterer Gerichte und [andererseits] die kommer-*

im abgelaufenen Programm *"Information als Rohstoff für Innovationen" die Formel lesen können: Fortführung in wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Selbstverwaltung!*" [Czermak 2000, Punkt 1.1]

⁵³ Vgl. zur Entwicklung von Juris ausführlicher mehrere Artikel in [Password 2001].

zielle Aufgabe der Informationsversorgung beispielsweise für Anwälte, die ihr Einkommen auf dem Markt verdienen" [Password 2001 b, S. 4].

4.2.3 Strategiekonzept "Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information"

Als Ausblick und Hinweis für eine mögliche Neuorientierung der deutschen Fachinformationspolitik soll abschließend noch kurz die derzeit laufende Studie zur Erarbeitung eines Strategiekonzeptes "Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information" erwähnt werden. Diese Studie wurde im Herbst 2000 vom BMBF ausgeschrieben,⁵⁴ an Arthur D. Little (ADL) vergeben⁵⁵ und hat eine Laufzeit von einem Jahr (1.1.-31.12.2001). Das Ziel der Studie ist es, *"Grundlagen für ein Strategiekonzept zu erarbeiten. [...] Dies soll Orientierungs- und Gestaltungsgrundlage für die Politik der Bundesregierung sein [...]"* [PTF a]. Eine der zentralen Fragestellungen betrifft daher auch die Informationsinfrastruktur und damit die *"zukünftige Rolle und Aufgabe des Staates in der wissenschaftlichen und technischen Information"* [Ausschreibung b, Punkt 2]. Während die Form der BMBF-Ausschreibung hinsichtlich der von der Tauss-Gruppe angemahnten Transparenz noch zu wünschen übrig ließ,⁵⁶ deutet die von ADL inzwischen veröffentlichte Studienplanung darauf hin, daß zumindest bei der Studie selbst auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit geachtet werden soll. Denn als Vorteil des konzeptionellen Ansatzes von ADL wird aufgeführt, *"daß Stoßrichtungen und Empfehlungen transparent und nachvollziehbar aus Fakten abgeleitet werden, daß Handlungsfelder und Prioritäten klar identifiziert werden und daß dies unter enger Einbeziehung aller Beteiligten erfolgt, so daß 'Betroffene zu Beteiligten' werden"* [ADL 2001, Punkt 3]. Sollte ADL eine solch transparente Vorgehensweise tatsächlich gelingen, wäre damit bereits eines der im Eckwerte-Papier aufgeführten Kriterien für eine Neuorientierung der Fachinformationspolitik erfüllt. Unabhängig davon kann aber das Eckwerte-Papier auf jeden Fall als ein Wegbereiter dieser Studie gesehen werden, denn selbst vom BMBF wurde bestätigt, daß es *"sicherlich auch ein Verdienst von MdB Tauss und seiner Arbeitsgruppe [sei], diesen Prozeß der Entwicklung einer neuen Programmatik mit angestoßen zu haben"* [Czermak 2000, Punkt 2.1].

⁵⁴ Details der Ausschreibung findet sich bei [Ausschreibung a] und [Ausschreibung b].

⁵⁵ Studienleiter ist Dr. Michael Braun, der zuvor bereits die Evaluation des FIZ Karlsruhe leitete und auch an der Tauss-Gruppe beteiligt war.

⁵⁶ Die Ausschreibung erfolgte – relativ unbeachtet von der Öffentlichkeit – am 18.8. und nannte als Schlußtermin für den Eingang der Teilnahmeanträge den 15.9. Diese sehr kurze Ausschreibungsfrist spricht m.E. noch nicht für eine ausreichende Berücksichtigung der geforderten Transparenz. Daß die Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsprozesse in der Fachinformationspolitik noch "verbesserungsbedürftig" ist, zeigt sich ferner auch darin, daß selbst nach Abschluß des Auswahlverfahrens keine Auskunft darüber erhalten werden konnte, welche Mitbewerber es neben ADL gab und wie deren Studienkonzepte aussahen.

5 Fazit

Seit den 70er Jahren wird das deutsche Fachinformationswesen, früher Informations- und Dokumentationswesen (IuD) genannt, relativ kontinuierlich durch verschiedene Bundesprogramme gefördert. Trotz der politischen, gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Relevanz dieses Politikfeldes findet sich in der deutschen Politikwissenschaft, im Gegensatz zur Informationswissenschaft, bisher noch keine nennenswerte Reflexion über die inzwischen 30jährige Entwicklung der Fachinformationspolitik.

Das primäre Ziel der vorliegenden Arbeit war es daher, die Grundlagen der deutschen Fachinformationspolitik, ihre bisherige Entwicklung und einige der mit ihr verbundenen Probleme deskriptiv-erklärend aufzuarbeiten, um so Ansatzpunkte und Diskussionsanreize für eine tiefergehende politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik zu schaffen. Die Arbeit basiert also auf einer *"ex-post-Perspektive, der es um die Analyse stattgefundenener Politik geht"* [Jann 1993, S. 500] und beabsichtigte gleichzeitig, sofern dies im vorgegebenen Rahmen möglich war, mit der Erläuterung wichtiger Begriffe und Aspekte der Fachinformationspolitik eine Informationsgrundlage für die Politikberatung in diesem Bereich zu bieten, d.h. für eine *"ex-ante-Perspektive, der es darauf ankommt, **policies** [Hervorh. i. O.] und den Prozeß ihres Zustandekommens und Wirkens zu verbessern"* [Jann 1993, S. 500].

Ausgehend von den unterschiedlichsten Bezeichnungen in den ausgewerteten Quellen wurde dazu folgende allgemeine Definition des Fachinformationsbegriffes erarbeitet: Fachinformation bildet die materielle Grundlage für und beinhaltet das geistige Wissen, das zur Bewältigung fachlicher Aufgaben in Wissenschaft, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft benötigt wird. Inhaltlich lassen sich dabei die wissenschaftlich-technischen Informationen (die den Schwerpunkt aller staatlichen Förderprogramme bildeten) von den ressortspezifischen Informationen und den Wirtschaftsinformationen unterscheiden. Formal gesehen können Fachinformationen des weiteren gedruckt, elektronisch, aber auch durch persönliche Kommunikation vermittelt werden. Eine Analyse des Stellenwertes, der der Fachinformation von verschiedenen Seiten zugesprochen wird, weist schließlich auf die Notwendigkeit einer politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Politikfeld hin, denn es zeigt sich dabei, daß Fachinformation im Rahmen der modernen Informations- und Wissensgesellschaft zunehmend als entscheidender Faktor für die Leistungsfähigkeit und Weiterentwicklung der Wirtschaft, der Wissenschaft aber auch der politischen Ebene und der Gesellschaft im allgemeinen angesehen wird.

Zur Beantwortung der Frage, was überhaupt unter Fachinformationspolitik zu verstehen sei, wurden deren wesentlichen Aspekte und Instrumente erläutert. Allgemein läßt sich dabei feststellen, daß Fachinformationspolitik zu den Bestandteilen der Infrastrukturpolitik eines Staates zählt und grundsätzlich alle Bereiche der Produktion, Speicherung, Verbreitung und Nutzung von Fachinformationen betreffen kann. Als Steuerungspolitik gibt sie den rechtlichen Rahmen für ein organisiertes Informationswesen vor (Ordnungspolitik), formuliert die staatlichen Zielvorstellungen über die Entwicklung des nationalen Informationswesens bzw. des Informationsmarktes (Strukturpolitik) und fördert diesen Bereich sowohl institutionell als auch projektbezogen (Förderpolitik). Eine Betrachtung des Outputs der Politikformulierung zeigt ferner, daß sich die deutsche Fachinformationspolitik seit den 70er Jahren in erster Linie in Form von konkreten Förderprogrammen, anfangs IuD- später Fachinformationsprogramme genannt, artikuliert.

Zu den Adressaten dieser Programme sind einerseits die eigentlichen "Träger" von Fachinformationen, d.h. Autoren, Fachinformationszentren (FIZe), wissenschaftliche Bibliotheken, Fachgesellschaften, Verlage, Buchhandel und sonstige Informationsvermittlungstellen und andererseits die Nutzer dieser Informationen zu rechnen. Bei den Nutzern des Informationssystems lassen sich drei Zielgruppen der Förderprogramme unterscheiden, nämlich zunächst die Wissenschaftler und Forscher, dann die Praktiker in Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft (zu denen beispielsweise Führungskräfte, Entscheidungsträger, Ingenieure in Klein- und Mittelbetrieben (KMU) und Multiplikatoren wie Redakteure, Lehrer oder Sozialarbeiter zählen) sowie schließlich drittens die Bürger und gesellschaftlichen Gruppen [s. Stroetmann 1990, S. 665 f.]. Es zeigte sich jedoch bei der Untersuchung der einzelnen Fachinformationsprogramme, daß die Gruppe der Bürger nur im ersten IuD-Programm von 1974 als Zielgruppe ein gewisse Rolle spielte. Die Nachfolgeprogramme konzentrierten sich dagegen auf den "Fachmann" als Zielgruppe und vernachlässigten im Zuge einer Ökonomisierung der Fachinformation die weniger zahlungskräftigen gesellschaftlichen Gruppen und die einzelnen Bürger.

Als Akteure im Bereich der deutschen Fachinformationspolitik können neben Bund und Ländern auch der Projektträger Fachinformation (PTF), die inzwischen aufgelöste Gesellschaft für Information und Dokumentation (GID) sowie der Bundesrechnungshof und der Wissenschaftsrat genannt werden. Auf Bundesebene dominierte aber von Anfang an das Forschungsministerium (früher BMFT, heute BMBF). Obwohl die Zuständigkeit für verschiedene Fachinformationseinrichtungen in den 80er Jahren zwischen den einzelnen Bundesministerien aufgeteilt wurde, spielt das BMBF bzw. eines seiner Referate noch heute eine entscheidende Rolle in der Fachinformationspolitik. Die Akteurskonstellation ist besonders auch dadurch interessant, daß hier sogar ein individueller Akteur, nämlich der

Leiter des genannten BMBF-Referates, rund 20 Jahre lang die Formulierung und Umsetzung der Förderprogramme maßgeblich geprägt hat. Dies mag, im Zusammenhang mit den problematischen Resultaten dieser Programme, einer der Gründe für folgende kritische Stellungnahme eines Fachjournalisten gewesen sein: *"die Integration der vielfältigen Ansätze zu einem realisierbaren Infrastrukturkonzept und der Übergang von Projekten in den Wirkbetrieb [...] ist eine eminent politische Aufgabe, die auf die Leitungsebene des Bundesforschungsministeriums und der Bund-Länder-Kommission gehört; statt dessen hat ein BMBF-Referat vor sich hin gewurstelt"* [persönl. E-Mail von Richard Sietmann, 28.05.2001].

Des Weiteren wurde in der vorliegenden Arbeit auf die entscheidende Konfliktlinie "Staat oder Markt" hingewiesen, welche sowohl in den Fachinformationsprogrammen als auch in den entsprechenden kritischen Kommentaren regelmäßig zur Sprache kommt. Die Frage nach den Aufgaben des Staates in der Fachinformation und der Abgrenzung zwischen Staat und Markt ist bis heute nicht abschließend erörtert, sondern wurde jeweils unter verschiedenen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterschiedlich beantwortet. Die Entwicklung der Fachinformationsprogramme zeigt jedoch deutlich, daß seit den 80er Jahren der Trend insgesamt weg führte von der ursprünglich als gegeben vorausgesetzten umfassenden Zuständigkeit des Staates und sich statt dessen auf eine reine Marktorientierung hinbewegte. Während die ersten Programme noch in abnehmender Intensität davon ausgingen, *"daß Informationsaufgaben [...] zu den Infrastrukturaufgaben des Staates gehören"* [Kuhlen 1987, S. 345], stand beim Informationsprogramm von 1996 eindeutig die Ausrichtung auf den (Online-)Informationsmarkt im Vordergrund. Als zentrales Ergebnis der Untersuchung kann demnach festgehalten werden, daß sich die deutsche Fachinformationspolitik im Laufe der letzten 30 Jahre von einer anfangs flächendeckenden staatlichen Konzeption verabschiedet hat und statt dessen zunehmend – bis zum Regierungswechsel von 1998 – primär auf die regelnden Mechanismen des Marktes setzte. Bei dieser Zielrichtung war es letztlich eine konsequente Folge, daß man nach der Auflösung der GID darauf verzichtete, eine neue staatliche Infrastruktureinrichtung aufzubauen und statt dessen – etwas überspitzt formuliert – *"offenbar gehofft [hat], die wirtschaftlichen Interessen der an den Projekten beteiligten Verlage würden die Dinge so richten, daß alles wie von selbst an seinen Platz fällt"* [persönl. E-Mail von Richard Sietmann, 28.05.2001].

Bei der Entwicklung des Fachinformationswesens fiel jedoch keineswegs alles wie von selbst an seinen Platz. Vielmehr beruhen seit der Auflösung der GID *"politische Zielfindung, Politikberatung und die Wahrnehmung der vielfältigen informationellen Infrastrukturaufgaben und Öffentlichkeitsarbeit, auch bezüglich der Koordination in Europa, auf eher zufälligen Kontakten und sind kaum in der Öffentlichkeit nachvollziehbar"* [Tauss 1999, S. 492].

Im Laufe der vorliegenden Untersuchung konnte in diesem Zusammenhang insbesondere auf zahlreiche Probleme hingewiesen werden, die sich nicht zuletzt durch die enge ökonomische Ausrichtung der jüngsten Fachinformationsprogramme ergeben haben bzw. die zumindest aufgrund dieser einseitigen Zielrichtung von der deutschen Fachinformationspolitik bisher nicht gelöst werden konnten (z.B. die Krise der wissenschaftlichen Literaturversorgung aufgrund der Kostenexplosion im Zeitschriftenmarkt und die Vernachlässigung von solchen Aspekten des Fachinformationswesens, die zwar gesellschaftlich und demokratisch durchaus relevant, ökonomisch aber nicht oder nur schlecht "verwertbar" sind).

Erste Anzeichen einer Neuorientierung in der Fachinformationspolitik sind jedoch bereits in dem Eckwerte-Papier der Tauss-Gruppe, in der gewandelten Einstellung des BMBF bzgl. einer Privatisierung des FIZ Karlsruhe und schließlich im Bemühen um ein neues Strategiekonzept zur "Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information" zu sehen.

Es bleibt nun abzuwarten, inwieweit die genannten Probleme im Rahmen der derzeitigen ADL-Studie erörtert und von der neuen Bundesregierung bei dem möglicherweise darauf aufbauenden zukünftigen Fachinformationsprogramm aufgegriffen werden. Weitergehende Forschungsfragen zum Politikfeld der Fachinformation könnten sich daher zunächst auf eine politikwissenschaftliche Bewertung der Ergebnisse der ADL-Studie beziehen. Des weiteren wäre es jedoch auch interessant, sich eingehender mit den Entscheidungsfindungsprozessen in diesem Politikfeld zu beschäftigen, d.h. genau zu hinterfragen, wie und warum es zu bestimmten Entscheidungen gekommen ist. In diesem Zusammenhang könnte beispielsweise untersucht werden, welche politischen Faktoren möglicherweise eine Rolle bei der Schließung des Deutschen Bibliotheksinstituts (DBI) gespielt haben, weil diese zentrale Einrichtung des Bibliothekswesens trotz einer im Informationsprogramm von 1996 geplanten *"Verbesserung der Leistungsfähigkeit [...] des Deutschen Bibliotheksinstituts"* [BMBF 1996, S. 63] nur drei Jahre später nach einer negativen Beurteilung durch den Wissenschaftsrat von der Blauen Liste genommen und aufgelöst wurde.⁵⁷ Eine der wichtigsten Aufgaben der wissenschaftlichen Politikberatung wird jedoch zukünftig darin bestehen, Lösungen dafür zu finden, wie öffentliche und privatwirtschaftliche Interessen im Bereich der Fachinformation miteinander vereinbart werden können. Vielleicht bietet die von ADL empfohlene "aufgabenbezogene Förderung" tatsächlich einen Ansatzpunkt für diese Frage. Abschließend kann eine solche Frage m.E. jedoch nur im offenen Diskurs mit allen Beteiligten, insbesondere den staatlichen Förderern, den öffentlichen und privaten Informationsanbietern sowie nicht zuletzt den Nutzern dieser Informationen beantwortet werden.

⁵⁷ Nähere Informationen zu diesen Vorgängen finden sich auf der Homepage des [DBI].

6 Anhang

Exkurs: Das deutsche Bibliothekswesen

In der BRD werden zwei große Sparten von Bibliotheken unterschieden: Wissenschaftliche Bibliotheken (WB) und Öffentliche Bibliotheken bzw. Büchereien (ÖB). Zu den WB zählen solche Bibliotheken, die wissenschaftliche Literatur für Forschung, Studium und Praxis zur Verfügung stellen. Es sind teils Universalbibliotheken, die alle Wissensgebiete pflegen (z.B. Universitätsbibliotheken) und teils Spezialbibliotheken, die nur ein bestimmtes Fachgebiet betreuen. Die ÖB dagegen bieten v.a. Literatur zur allgemeinen Information sowie zur Unterhaltung und stellen ihren Bestand der gesamten Öffentlichkeit zur Verfügung. Zwischen beiden Sparten gibt es fließende Übergänge.

Beide Hauptgruppen werden zusätzlich in verschiedene Bibliothekstypen unterteilt. Bei den WB unterscheidet man folgende vier Typen: (1) Bibliotheken von nationaler/überregionaler Bedeutung, (2) Landesbibliotheken und andere Regionalbibliotheken, (3) Universitäts- und Hochschulbibliotheken sowie (4) Spezialbibliotheken (Fachbibliotheken).

Im Gegensatz zu anderen Ländern gibt es in Deutschland keine einzelne Nationalbibliothek. Statt dessen existieren mehrere große Bibliotheken von nationaler Bedeutung, die gemeinsam die Funktionen einer Nationalbibliothek erfüllen. Dazu gehören zunächst Die Deutsche Bibliothek (DDB), die vom Bund getragen wird und sich seit 1991 zusammensetzt aus der Deutschen Bücherei in Leipzig, der Deutschen Bibliothek in Frankfurt a.M. und dem Deutschen Musikarchiv in Berlin. Des weiteren finanziert der Bund gemeinsam mit den Ländern die Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin, die Deutsche Staatsbibliothek in Berlin und die Bayerische Staatsbibliothek in München als Universalbibliotheken von nationaler Bedeutung sowie schließlich vier sogenannte Zentrale Fachbibliotheken.⁵⁸ Die Aufteilung in Landesbibliotheken und andere Regionalbibliotheken ist typisch für die Gliederung Deutschlands in Länder und Landesteile. Beispielsweise ist die Badische Landesbibliothek in Karlsruhe zuständig für den Landesteil Baden in Baden-Württemberg. Diese Bibliotheken werden ebenso wie die Universitäts- und Hochschulbibliotheken von den Ländern unterhalten. Zu den Spezialbibliotheken zählen schließlich u.a. Bibliotheken von Universitätsinstituten, Forschungseinrichtungen, Firmen, Behörden, Parlamenten und Verbänden, die entsprechend von der öffentlichen Hand oder der Privatwirtschaft getragen werden. Daneben gibt es allerdings auch Mischformen, beispielsweise Landesbibliotheken, die mit einer Universitätsbibliothek zusammengeschlossen wurden.

⁵⁸ Dies sind die Technische Informationsbibliothek (TIB) in Hannover, die Zentralbibliothek der Medizin in Köln, die Zentralbibliothek der Wirtschaftswissenschaften in Kiel und die Zentralbibliothek der Landbauwissenschaft in Bonn.

7 Abkürzungsverzeichnis

BASt	Bundesanstalt für Straßenwesen
BfAI	Bundesstelle für Außenhandelsinformation
BISP	Bundesinstitut für Sportwissenschaft
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technik
bzw.	beziehungsweise
DIMDI	Deutsches Institut für medizinische Dokumentation und Information
DITR	Deutsches Informationszentrum für technische Regeln
FI	Fachinformation
FIZ	Fachinformationszentrum
GEOFIZ	Informationszentrum Rohstoffgewinnung – Geowissenschaften – Wasserwirtschaft
GESIS	G esellschaft S ozialwissenschaftlicher I nfrastruktureinrichtungen; Zusammenschluß von IZ Sozialwissenschaften (IZ), dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA)
GID	Gesellschaft für Information und Dokumentation
GMD	Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IRB	Fraunhofer-Informationszentrum RAUM und BAU
IuD	Information und Dokumentation
Juris	Juristisches Informationssystem
NfD	Zeitschrift (ehemaliger Titel: Nachrichten für Dokumentation)
STATIS-Bund	Statistisches Informationssystem des Bundes
u.a.	unter anderem
UMPLIS	Umweltplanungs- und –informationssystem des Umweltbundesamts
v.a.	vor allem
ZADI	Zentralstelle für Agrardokumentation und –information
ZPID	Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation

8 Literaturverzeichnis

[ADL 2001]

Arthur D. Little: Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information (Strategiekonzept). Im Internet: <http://www.dl-forum.de/Strategiestudie.html> (Abruf: 01.02.2001)

[Ausschreibung a]

Ausschreibung zur Erarbeitung eines Strategiekonzeptes "Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information" (Kurzfassung). 2000/S 161-106570. Im Internet: <http://www.darmstadt.gmd.de/PTF/Ausschreibungen/Strategiekonzept.html> (Abruf: 22.11.2000)

[Ausschreibung b]

Ausschreibung zur Erarbeitung eines Strategiekonzeptes "Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information" (ausführliche Fassung). 204.07.2000. Im Internet: <http://www.darmstadt.gmd.de/PTF/Ausschreibungen/Strategiekonzept.html> (Abruf: 01.02.2001)

[Bayer 1994]

Bayer, Rudolf: Plädoyer für eine Nationale Informations-Infrastruktur. In: Informatik Spektrum. 1994, S. 302-308

[BMBF 1996]

Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) (Hrsg.): Programm der Bundesregierung 1996 – 2000. Information als Rohstoff für Innovationen. Bonn, 1996

[BMBF/BMWi 1999]

Aktionsprogramm der Bundesregierung: Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Bonn, 1999

[BMFT 1975]

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hrsg.): Programm der Bundesregierung zur Förderung der Information und Dokumentation (IuD-Programm) 1974 – 1977. Bonn, 1975

[BMFT 1982]

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hrsg.): BMFT-Leistungsplan Fachinformation. Planperiode 1982 – 1984. Bonn, 1982

[BMFT 1983]

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hrsg.): Fachinformation in der Bundesrepublik Deutschland. Stellungnahme der Bundesregierung zum Gutachten des Präsidenten des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung. Bonn, 1983

[BMFT 1985]

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hrsg.): Fachinformationsprogramm 1985 – 1988 der Bundesregierung. Bonn, 1985

[BMFT 1990]

Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) (Hrsg.): Fachinformationsprogramm der Bundesregierung 1990 – 1994. Bonn, 1990

[BMFT 1992]

Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) (Hrsg.): Zwischenbilanz 1992 zum Fachinformationsprogramm der Bundesregierung 1990 – 1994. Bonn, 1993

[BRH 1962]

Bundesrechnungshof: Untersuchung über die wissenschaftliche Dokumentation in der Bundesrepublik Deutschland. (Zugesendete Kopie vom Bundesrechnungshof o. Angabe des Ortes) 1962

[BRH 1983]

Bundesrechnungshof: Gutachten über die Fachinformation in der Bundesrepublik Deutschland. (Zugesendete Kopie vom Bundesrechnungshof o. Angabe des Ortes) 1983

[Broschard 2001]

Broschard, Monica: Die Öffentlichkeit staatlichen Handelns: Freedom of Information (FOI) auch in der Bundesrepublik Deutschland? Hausarbeit an der Fernuniversität Hagen vom 21.03.2001. Im Internet: <ftp://ftp.zew.de/mbr/polha-foi-0103.pdf> (Abruf: 22.03.2001)

[Bulmahn/Tauss 1998]

Brief von Edelgard Bulmahn und Jörg Tauss an die Betriebsräte des FIZ Karlsruhe vom 28.4.1998, Betreff: Zukunft des Fachinformationszentrums (FIZ) Karlsruhe

[Butzek/Windel 1978]

Butzek, Erika/Windel, Gunther: Zum Verhältnis von Staat und Information und Dokumentation in der BRD. Entwicklung bis zur Mitte der 60er Jahre. In: Buder, Marianne/Windel, Gunther (Hrsg.): Zum Verhältnis von Staat, Wissenschaft zu Information und Dokumentation. Beiträge zur Entwicklung in Ost und West. München, 1978

[Czada 1993]

Czada, Roland: Privatisierungspolitik. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn, 1993

[Czermak 1993]

Czermak, Jan Michael: Zwischenbilanz zum Fachinformationsprogramm der Bundesregierung 1990 - 1994. In: Cogito, 1993, S. 18 – 21

[Czermak 1997]

Czermak, Jan Michael: Information als Rohstoff für Innovation. Programm der Bundesregierung 1996 bis 2000. In: NfD, 1997, Jg. 48, S. 31 – 36

[Czermak 2000]

Czermak, Jan Michael: Zukunftsperspektiven. Vortrag auf dem GLOBAL-INFO-Workshop am 10.10.2000. Im Internet: <http://www.darmstadt.gmd.de/PTF/Zukunftsperspektiven/Zukunftsperspektiven.html> (Abruf: 27.01.2001)

[DBI]

Homepage des Deutschen Bibliotheksinstituts (DBI): <http://www.dbi-berlin.de>

[EFI 1995]

Wissenschaftliche Information im elektronischen Zeitalter. Bericht der Sachverständigenkommission "Elektronische Fachinformation (EFI) an den Hochschulen in Bayern. München, 1995. Im Internet: <http://sunmedoc1.informatik.tu-muenchen.de:1111/Misc/efi/> (Stand: Juli 1995; Abruf: 28.08.2000)

[FIZ 1997]

Fachinformation als öffentliche Aufgabe – Stellungnahme der Betriebsräte des Fachinformationszentrums Karlsruhe zu den Planungen des BMBF über die Zukunft der Fachinformationszentren. In: FIZ Aktuell – Hauszeitung des Fachinformationszentrums Karlsruhe. 1997, Jg. 10, Nr. 4, Oktober, S. 2

[Funk/Krüger]

Funk/Krüger: Skript: Information und Dokumentation (I u D) I + II. Im Internet: <http://hub.ib.huberlin.de/~rfunk/lv/scripfts/iud.htm> (Abruf: 06.06.2000)

[Gehring/Nicolas 1995]

Gehring, Carmen/Nicolas, Hans-Joachim: Integration der neuen Länder. Förderprogramme in der Informationsversorgung. In: cogito. 1995, Heft 6, S. 37 – 39

[GIB 1995]

GIB (Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung): Evaluation des Fachinformationsprogrammes 1990 – 1994 der Bundesregierung. Berlin et al., 1995

[GMD 1991]

GMD (Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung mbH): Fachinformation in den neunziger Jahren. Expertise zur Fortschreibung des Fachinformationsprogramms der Bundesregierung. Sankt Augustin, 1991 (Arbeitspapiere der GMD; 517)

[Goebel/Schadt/Schwuchow 1984]

Goebel, Jürgen W./Schadt, Dieter/Schwuchow, Werner: Zum Verhältnis von Staat und Privatwirtschaft im Bereich der Fachinformation. Ein Gutachten vom 27. August 1984. Frankfurt a.M., 1984

[Guthsmuths 1958]

Guthsmuths, Willi: Dokumentation und Produktivität. In: NfD, 1958, Jg. 9, Heft 1, S. 1 – 3

[Hacker 2000]

Hacker, Rupert: Bibliothekarisches Grundwissen. 7. neubearb. Aufl., München, 2000

[Hahn 1992]

Hahn, Gottfried: Eine kritische Rekonstruktion deutscher Fachinformationspolitik. Bd. 1: Text und Bd. 2: Anhang. Konstanz, 1992 (Dipl.-Arbeit, Univ. Konstanz)

[Henrichs 1983]

Henrichs, Norbert: Informationspolitik. Stichworte zu einer Podiumsdiskussion. In: Kuhlen, Rainer (Hrsg.): Koordination von Informationen. Die Bedeutung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten und öffentlichen Verwaltungen. IX. Verwaltungsseminar Konstanz, 5.-7. Mai 1983. Berlin et al., 1984, S. 348 – 355

[Henzler 1992]

Henzler, Rolf G.: Information und Dokumentation. Sammeln, Speichern und Wiedergewinnen von Fachinformation in Datenbanken. Berlin et al., 1992

[Horvath 1997]

Horvath, Peter: Fachinformationspolitik ohne Geschichtswissenschaft oder Was ist eigentlich aus FIZ 14 geworden? In: NfD. 1997, Jg. 48, S. 159 – 166

[Informationsbankensystem 1971]

Das Informationsbankensystem. Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe beim Bundesministerium des Innern an die Bundesregierung. Bonn, 1971

[IPU]

Homepage der Information Policy Unit (IPU): <http://www.soi.city.ac.uk/~ir/ipu.htm> (Abruf: 31.08.2000)

[IuK 1999]

Schlußbericht für das Projekt "Entwicklung von Konzepten zur Neugestaltung der elektronischen Information und Kommunikation in Wissenschaft und Technik durch die 4 Fachgesellschaften DMV, DPG, GDCh und GI. Im Internet: <http://www.iuk-initiative.org/doc/IuK-Schlussbericht.htm> (Abruf: 27.05.2001)

[Jann 1983]

Jann, Werner: Staatliche Programme und "Verwaltungskultur". Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Jugendarbeitslosigkeit in Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Opladen, 1983

[Jann 1993]

Jann, Werner: Politikfeldanalyse. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Bonn, 1993

[Kienbaum 1988]

Kienbaum Unternehmensberatung: Evaluationsstudie zum Fachinformationsprogramm 85/88 der Bundesregierung. Düsseldorf, 1988

[Klaus 1998]

Klaus, Hans Gerhard: Wirkungen der Fachinformationspolitik aus heutiger Sicht – Versagen, Veränderung oder Vorbild? In: NfD. 1998, Jg. 49, S. 211-219

[Kleinsteuber 1987]

Kleinsteuber, Hans J.: Information. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Politikwissenschaft. Theorien – Methoden – Begriffe. München Zürich, 1987 (Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1), S. 366

[Kuhlen 1986]

Kuhlen, Rainer: Ein Programm ist nicht immer ein Programm. Bemerkungen zum Fachinformationsprogramm der Bundesregierung 1985-88. In: NfD. 1986, Jg. 37, Heft 2, S. 73 – 78

[Kuhlen 1987]

Kuhlen, Rainer: Information in der informierten Gesellschaft – Politische, ökonomische und technische Rahmenbedingungen von Informations- und Dokumentationsprogrammen. In: GMH (Gesellschaftliche Monatshefte). 1987, Heft 6, S. 337-352

[Kuhlen 1995]

Kuhlen, Rainer: Informationsmarkt: Chancen und Risiken der Kommerzialisierung von Wissen. Konstanz, 1995

[Kuhlen 1999]

Kuhlen, Rainer: Freedom of Information. Im Internet: <http://www.nethics.net/nethics/de/themen/freedomoi.html> (Stand: 1999; Abruf: 19.03.2001)

[Kuhlen o.J.]

Kuhlen, Rainer: Fachinformation und Fachkommunikation in der Informationsgesellschaft. Grundzüge einer neuen Fachinformationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Im Internet: http://www.nethics.net/nethics/de/brisant/fachinfo/fachinfopolitik_kuhlen.html (Abruf: 24.05.2000)

[Lechmann 1964]

Lechmann, Heinz: Dokumentation und Information als Anliegen der Bundesrepublik Deutschland. In: NfD. 1964, Jg. 15, Heft 4, S. 157 - 166

[Lechmann 1967]

Lechmann, Heinz: Leitsätze für eine nationale Dokumentations- und Informationspolitik im Bereich der Wissenschaft und Technik. In: NfD. 1967, Jg. 18, Heft 1, S. 16 - 19

[Lechmann 1977]

Lechmann, Heinz: Nationale und internationale Aspekte des IuD-Programms der Bundesregierung. In: NfD, 1977, Jg. 28, Heft 1, S. 3 – 10

[Lorenz 1997]

Brief von Jürgen Lorenz (Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des FIZ Karlsruhe) vom 18.11.1997, Betreff: Gefahr für die Zukunft der Informationsversorgung der Wissenschaft Bundesregierung plant Privatisierung der FIZ

[Lorenz 1998]

Brief von Jürgen Lorenz (Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats des FIZ Karlsruhe) an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 18.3.1998, Betreff: Versorgung von Wissenschaft und Forschung mit Fachinformation in Gefahr.

[Lorenz 1999 a]

Lorenz, Jürgen: Mut zur Veränderung. In: FIZ Aktuell – Hauszeitung des Fachinformationszentrums Karlsruhe, 1999, Jg. 12, Nr. 5, S. 1 – 2

[Lorenz]

Lorenz, Jürgen: Fachinformation als öffentliche Aufgabe. In: FIZ Aktuell, Hauszeitung des FIZ Karlsruhe. (Jg. und Nr. unbekannt, da Kopie des Originaltextes von J. Lorenz erhalten)

[Marloth 1985]

Marloth, Heinz: Probleme der Fachinformationspolitik der Bundesrepublik Deutschland. In: DGD (Hrsg.): 7. Frühjahrstagung der Online-Benutzergruppe der DGD in Bad Soden am Taunus vom 11. bis 13. März. Frankfurt a.M., 1985, S. 229 – 253

[MathNet]

Homepage von MathNet: <http://www.math-net.de> (Abruf: 01.06.2001)

[Mayntz 1993]

Mayntz, Renate: Große technische Systeme und ihre gesellschaftstheoretische Bedeutung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. 1993, Jg. 45, Heft 1, S. 97 – 108

[Moore/Steele 1991]

Moore, Nick/Steele, Jane: Information-Intensive Britain: An Analysis of the Policy Unit. London, 1991

[Ockenfeld/Rehfeld 1983]

Ockenfeld, Marlies/Rehfeld, Werner: Die eigene Position in einem weitem [!] Umfeld: Erfordernisse künftiger IuD-Politik. In: NfD, 1983, Jg. 34, Heft 6, S. 267 – 273

[Password 2001 a]

FIZ Karlsruhe – Die Privatisierung ist vom Tisch. Interview mit dem Geschäftsführer des FIZ Karlsruhe. In: Password, 03/2001, S. 28 - 29

[Password 2001 b]

Neuer Anteilseigner Sdu – Bund bleibt Mehrheitsgesellschafter. In: Password, 03/2001, S. 2 – 4

[Pham 1996]

Pham, Hong Son: Empfehlungen für die Fachinformationspolitik Vietnams unter Zugrundelegung einer Analyse von Stand und Entwicklung der Fachinformation europäischer Staaten. Berlin, 1996 (Diss., Humboldt-Univ. zu Berlin). Im Internet: <http://www.ib.hu-berlin.de/~wumsta/son0.html> (Abruf: 16.05.2000)

[PTF a]

Projekträger Fachinformation: Zukunft der wissenschaftlichen und technischen Information (Strategiekonzept). Im Internet: <http://www.darmstadt.gmd.de/PTF/Studien/Strategiekonzept.html> (Abruf: 27.01.2001)

[PTF]

Homepage des Projekträger Fachinformation (PTF): <http://www.darmstadt.gmd.de/PTF/ptfd.html> (Abruf: 01.12.2000)

[Riehm 1997]

Riehm, Ulrich: Informationsinfrastruktur. In: Buder, Marianne et al.: Grundlagen der praktischen Information und Dokumentation. Ein Handbuch zur Einführung in die fachliche Informationsarbeit. München et al., 1997, S. 1034 – 1046

[Rowlands 1996]

Rowlands, Ian: Understanding information policy: concepts, frameworks and research tools. In: Journal of Information Science. 1996, Jg. 22, Heft 1, S. 13 - 25

[Schmidt 1992]

Schmidt, Ralph: Modelle der Informationsvermittlung: Analyse und Bewertung eines experimentellen Programms. Heidelberg, 1992

[Schneider 1998]

Schneider, Volker: Korporative Akteure, Netzwerke und Öffentliche Politik. Kurs der FernUniversität Hagen, 1998

[Schubert/Klein 1997]

Schubert, Klaus/Klein, Martina: Das Politiklexikon. Bonn, 1997

[Schwuchow 1997]

Schwuchow, Werner: Die Rolle des Staates in der Informationsgesellschaft. Reflexionen zu Thesen von Nick Moore zu verschiedenen Ansätzen nationaler Informationspolitiken heute. In: NfD. 1997, Jg. 48, S. 37 - 52

[Seeger 1997]

Seeger, Thomas: Informationspolitik – IuD-Politik – Fachinformationspolitik. In: Buder, Marianne et al.: Grundlagen der praktischen Information und Dokumentation. Ein Handbuch zur Einführung in die fachliche Informationsarbeit. München et al., 1997, S. 846 - 880

[Sietmann 1999 a]

Sietmann, Richard: Zirkelspiele – Die wissenschaftliche Literaturversorgung steckt weltweit in der Krise. In: c't. 1999, Nr. 20, S. 216 ff. Im Internet: <http://www.heise.de/ct/99/20/216/> (Abruf: 24.05.2000)

[Sietmann 1999 b]

Sietmann, Richard: Wissenschaftliche IuK-Infrastruktur: Wer löst den gordischen Knoten? Im Internet: <http://ourworld.compuserve.com/homepages/sietmann/tauss.htm> (Abruf: 24.05.2000); zugl. gedruckt: Zirkelspiele II – Experten fordern, die wissenschaftliche Literaturversorgung neu zu überdenken. In: c't. 1999, Nr. 23

[Sietmann o.J.]

Sietmann, Richard: Wir müssen experimentieren (Interview mit Prof. Dr. Martin Grötschel). Im Internet: <http://ourworld.compuserve.com/homepages/sietmann/grtsch.htm> (Abruf: 24.05.2000)

[Stroetmann 1990]

Stroetmann, Karl A.: Das Öffentliche Informationssystem. In: Buder, Marianne et al.: Grundlagen der praktischen Information und Dokumentation. Ein Handbuch zur Einführung in die fachliche Informationsarbeit. München et al., 1990, S. 663 – 672

[Stroetmann/Schwuchow 1990]

Stroetmann, Karl A./Schwuchow, Werner: Eine unendliche Geschichte. Das "Fachinformationsprogramm der Bundesregierung 1990 – 1994". In: cogito, 1990, Heft 6, S. 2 – 5

[Subito-AG]

Homepage der Subito-Arbeitsgemeinschaft: <http://www.subito-doc.de/base/zielsuag.htm> (Abruf: 24.05.2001)

[Tauss 1999]

Tauss, Jörg: Fachinformation und Fachkommunikation in der Informations- und Wissensgesellschaft. Eckwerte für eine neue Fachinformationspolitik in der Bundesrepublik. In: NfD. 1999, Jg. 50, Heft 8, S. 489 – 492. Auch im Internet vorhanden: <http://www.tauss.de/bn/fachinformation-eckwerte.html> (Abruf: 20.05.2000)

[Weingarten 1989]

Weingarten, F. W.: Federal information policy development: the Congressional perspective. In: McClure, C./Hernon, P./Relyea, H. (Hrsg.): United States Government Information Policies: Views and Perspectives, Ablex, Norwood, NJ, 1989

[Windhoff-Héritier 1987]

Windhoff-Héritier, Adrienne: Policy-Analyse. Eine Einführung. Frankfurt a.M., 1987

[Wissenschaftsrat 1984]

Wissenschaftsrat: Stellungnahme zur Gesellschaft für Information und Dokumentation. Berlin, 1984

[Wissenschaftsrat 1990]

Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu Einrichtungen der Information und Dokumentation. Berlin, 1990

[Wissenschaftsrat]

Homepage des Wissenschaftsrats: <http://www.wissenschaftsrat.de> [Abruf: 09.09.2000]